Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18.

1/79



Sowjetisch-vietnamesische Kriegsvorbereitungen in Südostasien

Erklärung des ZK des KB Österreichs zur Entwicklung in Kampuchea

Die Kommunistische Partei Irans

Wohin geht die Partei der Arbeit Albaniens?

Zur Entwicklung des bisherigen Kampfes gegen das AKW-Programm in Österreich



Kommunist - Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs, **erscheint monatlich.**
Einzelpreis: S 18,-

Infolge höherer Portogebühren sind wir leider gezwungen, die Abonnementgebühren zu erhöhen!
Halbjahresabonnement (neuer Preis): S 130,-
Jahresabonnement (neuer Preis): S 260,-
Neue Preise für Auslandabonnements: Halbjahr S 150,-
Ganzjahr S 300,-

Bestellungen an: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.
Redaktionsadresse: Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. F.d.Inh.verantwortlich Wolfgang Stagel. Alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1.
Druck Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12

Inhalt:

Erklärung des ZK des KB Österreichs zur Entwicklung in Kampuchea

Wieder fallen ausländische Truppen zu einer Invasion in Kampuchea (Kambodscha) ein. Wieder laden Bombenflugzeuge ihre todbringende Last ab. Wieder werden Napalm, Giftgas, Splitterbomben, Entlaubungsmittel eingesetzt.

1970 überfielen die US-Imperialisten und ihre Saigoner Söldlinge Kampuchea. Der Krieg gegen die USA um Unabhängigkeit und Freiheit kostete dem kampucheanischen Volk ungeheure Opfer. Das Land wurde verwüstet und fast eine von acht Millionen Menschen starben unter den amerikanischen Bomben und Kugeln, an Hunger und Seuchen. Aber Kampuchea siegte und der US-Imperialismus wurde 1975 geschlagen.

Kaum drei Jahre später: Der russische Sozialimperialismus versucht, an die Stelle des US-Imperialismus in Indochina zu treten. Er hat sich Vietnam bereits unterworfen, indem er den vietnamesischen Großmachtchauvinismus ausnutzte. Kampuchea konnten sich Moskau und Hanoi trotz aller Subversion, trotz Putschversuchen, trotz ständiger Aggressionen nicht dienstbar machen. Daher bereiteten sie für die Trockenzeit ab Dezember 1978 einen großangelegten militärischen Überfall vor. Jetzt haben sie Teile des Territoriums von Kampuchea erobert, darunter auch die Hauptstadt Phnom Penh. Über 100.000 vietnamesische Soldaten, mit russischen Militärberatern und Kommandanten, russischen Bombern mit russischen Piloten, sind in ein unabhängiges, neutrales, blockfreies, der UNO angehörendes, friedliebendes Land eingefallen. Mögen Moskau und Hanoi noch so viele „nationale Befreiungsfronten" gründen, mögen sie noch so beharrlich alles leugnen: Nichts kann aus der Welt schaffen, daß hier eine brutale Aggression gegen ein Volk verübt wird, das unterjocht, versklavt, zur russisch-vietnamesischen Kolonie gemacht werden soll.

Das Volk von Kampuchea wollte in Frieden sein Land aufbauen und hat erfolgreich damit begonnen. Jetzt, nach drei Jahren Frieden, ist es wieder Opfer einer brutalen Aggression geworden, es wütet wieder der Krieg, das Land wird verwüstet, das Volk gemordet. Das Demokratische Kampuchea wollte den Frieden. Jetzt wird es dem Krieg mit Krieg antworten.

Der Angriff auf das unabhängige sozialistische Kampuchea ist der bisherige Höhepunkt der Verbrechen des russischen Sozialimperialismus, deren erstes markantes Datum die Besetzung der CSSR vor nunmehr 10 Jahren ist. Seither markiert eine Blutspur die Schritte



30.4.1970: *100.000 US-amerikanische und Saigoner Soldaten überfallen Kampuchea*

15.12.1978: *100.000 vietnamesische und sowjetische Soldaten überfallen Kampuchea und verüben Massaker an der Bevölkerung.*



der Neuen Zaren von Angola über Zaire, Jemen, Eritrea, Afghanistan bis Südostasien — ein Putsch jagt den anderen, eine russisch-kubanische Invasion die andere, ein Verbrechen das andere. Breschnew und Konsorten stellen Tag für Tag unter Beweis, daß sie die schlimmsten Unterdrücker und Ausbeuter, die größten Kriegstreiber, Kriegsverbrecher und Völkermörder, die blutigste Aggressionsmacht der Gegenwart, der Hauptfeind Nr. 1 der Völker der ganzen Welt sind. In ihren Ambitionen, in ihrer wilden Besessenheit nach der Weltherrschaft, stellen sie nicht nur den US-Imperialismus am Höhepunkt seiner Macht, sondern auch den Hitlerfaschismus weit in den Schatten. Breschnew ist der Hitler von heute, aber in potenzierter Form. Zweifellos wird er auch kein anderes Schicksal nehmen als sein Vorbild.

Jetzt jubeln Moskau und Hanoi über ihren Sieg. Aber sie jubeln zu früh. Der nationale Befreiungskrieg hat erst begonnen. Kampuchea hat nicht seine Truppen in einer sinnlosen Schlacht um Phnom Penh gegen einen militärisch weit überlegenen Gegner aufgerieben. Es geht erneut den Weg des langwierigen Volkskrieges. Das Volk von Kampuchea wollte den Frieden, aber es kann auch den Krieg führen und es hat in den wenigen Jahren des Friedens nichts vergessen, was es im Krieg gelernt hat. Unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas mit Genossen Pol Pot an der Spitze, wird es die russischen und vietnamesischen Invasoren besiegen und aus dem Land vertreiben. So wie vorher die Franzosen, Japaner und Amerikaner, werden auch die Russen und die Vietnamesen im Meer des Volkskrieges ertrinken. Aus einer großen Ambition, ganz Südostasien zu beherrschen, wird eine vernichtende Katastrophe für den Kreml werden. Über kurz oder lang wird sich auch das vietnamesische Volk gegen die ihm neuerlich aufgezwungene Fremdherrschaft, gegen die Unterwerfung unter die Neuen Zaren und gegen die herrschende vietnamesische Clique erheben.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs erklärt nochmals die uneingeschränkte und bedingungslose Unterstützung und Solidarität des KB Österreichs, mit dem Demokratischen Kampuchea, dem kampucheanischen Volk, der Revolutionären Armee Kampucheas und der Kommunistischen Partei Kampucheas mit Genossen Pol Pot an der Spitze. Das ZK des KB Österreichs hat den kampucheanischen Genossen versichert, daß sie im KB Österreichs einen entschlossenen Freund und festen Verbündeten haben. Der KB Österreichs und die KPK sind durch den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verbunden und werden sich im Kampf gegen die russisch-vietnamesische Aggression noch enger zusammenschließen.

Wir werden alles tun, um im österreichischen Volk die Wahrheit zu verbreiten und um Unterstützung und Solidarität mit Kampuchea zu mobilisieren. Das österreichische Volk hat 1938 ein ähnliches Schicksal erfahren müssen wie heute das kampucheanische Volk. Auch hat die Solidarität mit Kampuchea eine große Tradition. 1970 demonstrierten Tausende Österreicher gegen den US-Überfall. Wir sind überzeugt, daß diese Tausenden nicht „auf dem einen Auge blind sind" und die heutige Aggression billigen, nur weil sie nicht von Washington, sondern von Moskau ausgeht.

Wir werden auch alles tun, um auf die österreichische Bundesregierung Druck auszuüben. Wir fordern von der Regierung

— Verurteilung der russisch-vietnamesischen Aggression als glatter und flagranter Vergewaltigung des Völkerrechts!

— Unterstützung des Demokratischen Kampuchea! Unterstützung des Standpunktes der Regierung des Demokratischen Kampuchea, daß die UNO der Aggression entgegentreten soll!

— Diplomatische Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea, wie es neben vielen anderen Staaten vor kurzem die Schweiz getan hat, und wie es auch Österreich der Regierung des Demokratischen Kampuchea bereits zugesagt hatte! Keinerlei Beziehungen zu dem illegalen russisch-vietnamesischen Quislingregime!

Die westeuropäischen Imperialisten, darunter auch die herrschende Klasse in Österreich und die Regierung, haben zuerst die US-Aggression gegen Kampuchea unterstützt und den Befreiungskampf verleumdet. Nach dessen Niederlage haben sie eine wilde Hetz-und Lügenkampagne gegen Kampuchea geführt und damit zum Krieg gegen Kampuchea gehetzt. Einige sind jetzt stutzig geworden, weil sie als Kriegstrommler der Neuen Zaren dastehen. Einen Tag nach der Eroberung von Phnom Penh arbeiten aber die meisten Massenmedien bereits wieder auf Hochtouren auf der Linie Moskaus: „Kampuchea ist gefallen", Reklame für die sogenannte „Befreiungsfront", Hinarbeiten auf die Salonfähigkeit der neuen „Regierung", aber kein Wort des Protests gegen diese verbrecherische Aggression. „Dem Pol-Pot Regime weint keiner eine Träne nach" — was ist das anderes, als den Überfall eines Landes auf ein anderes rechtfertigen? Selbst wenn alle Greuelmärchen über Kampuchea wahr wären, wären denn dann Moskau und Hanoi berechtigt, dort einzufallen? Das ist die Gangsterlogik des Kreml! Anscheinend wird diese Logik des Kreml mehr und mehr zum Gesichts- und Orientierungspunkt der herrschenden Klasse und der bürgerlichen Öffentlichkeit in Österreich. Jetzt wird Moskau einen gewaltigen Druck ausüben, um die Anerkennung ihrer Marionette zu erzwingen und es ist zu befürchten, daß die österreichische Regierung nach der Pfeife Moskaus tanzt.

Eine solche Politik ermuntert die Neuen Zaren zu immer weiteren Aggressionen. Eines Tages werden sich diese Aggressionen gegen Westeuropa richten. Eine solche Politik gefährdet daher aufs schwerste auch die nationale Unabhängigkeit Österreichs und den Frieden in Europa. Haben denn die Lehren der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs nicht gezeigt, daß es nicht darum geht, die Aggressionen des Faschismus hinzunehmen, sondern ihm seine Verbecherhände abzuhacken? Wer für den Frieden und für die nationale Unabhängigkeit Österreichs ist, wer dagegen ist, daß Österreich eines Tages das gleiche Schicksal erleidet wie heute Kampuchea, der muß seine Stimme gegen die Invasion in Kampuchea erheben, der muß sich erheben gegen die Hegemonie- und Kriegspolitik des Kreml. Die Völker der ganzen Welt, aber auch viele Regierungen haben bereits gegen die Aggression auf Kampuchea protestiert. Österreich, das direkt an der Grenze zum Warschauer Pakt liegt, darf nicht schweigen! Der Kommunistische Bund Österreichs ruft allen demokratischen und friedliebenden Menschen zu: Geht ausschließlich von den Tatsachen aus! Die Tatsachen bestehen in der Okkupation eines unabhängigen Landes. Tretet gegen dieses Verbrechen auf, wie Ihr 1970 gegen den US-Imperialismus aufgetreten seid! Laßt Euch nicht durch die tausendfach widerlegte Hetze gegen Kampuchea in das Joch Moskaus spannen! Und glaubt nicht, daß der Kreml vor Österreich mehr „Achtung" hat, als er vor Kampuchea oder der Tschechoslowakei gehabt hat! Es ist besser, die Augen aufzumachen und zu kämpfen, als sich in Illusionen zu wiegen, aus denen es eines Tages ein böses Erwachen geben könnte. Die russischen Panzer, die MIG 23 mit ihrer Bombenlast, das Napalm und die Splittergranaten — das alles liegt auch für Westeuropa schon bereit, nicht weit hinter unseren Grenzen, in ungleich größeren Massen als in Südostasien. Und es liegt nicht zum Zeitvertreib dort, und es wird nicht zum Zeitvertreib von Jahr zu Jahr mehr aufgehäuft. Laßt Euch nicht durch Entspannungslügen den Blick verkleistern, und laßt Euch nicht einschüchtern von der Bedrohung, die der russische Sozialimperialismus für die Völker der ganzen Welt bedeutet, sondern tretet ihm entgegen!

Kampuchea ist nicht geschlagen. Kampuchea kämpft. Kampuchea kämpft nicht nur für sich selbst. Es steht heute an vorderster Front gegen die Hegemonie- und Kriegspolitik der Neuen Zaren. Es kämpft für den Frieden und die Sache der Befreiung aller Völker von Ausbeutung und Unterdrückung. Es kämpft auch für uns. Sein Kampf ist unser Kampf.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem kampucheanischen Volk!

Es lebe die Verbundenheit zwischen der Kommunistischen Partei Kampucheas und dem KB Österreichs!

Alles für die Unterstützung des nationalen Befreiungskrieges Kampucheas gegen die russisch-vietnamesische Aggression!

Alles für den Sieg des Demokratische Kampuchea!

Zentralkomitee des Kommunistischen B des Österreichs
Wien, 9. Jänner 1979

Sowjetisch-vietnamesische Kriegsvorbereitungen in Südostasien

(Aus „Proletariat" Nr. 18/78, dem theoretischen Organ der französischen Kommunistischen Partei / Marxisten - Leninisten)

Jahrelang haben wir unseren Blick auf Südostasien gerichtet. Seit Beginn der 60er Jahre und sogar früher haben kleine Länder, kleine Völker, Laos, Kampuchea, Vietnam der größten Supermacht der damaligen Epoche Widerstand geleistet: den Vereinigten Staaten. Diese Völker haben gesiegt: Sie haben dazu beigetragen, eine Bresche in die Supermacht Amerika zu schlagen; sie haben ein Beispiel geliefert für andere Völker, für andere Länder. Das war 1975. Wir waren voller Hoffnung und Bewunderung.

Nicht ganz vier Jahre später erfüllen uns Unruhe und Sorge: Eines der damals befreiten und siegreichen Länder, Vietnam, greift ein anderes, Kampuchea, an. Ist das möglich? Warum? Wie kommt es zu einer solchen Situation?

Hier in unserem Land stellen sich viele Freunde dieser drei Länder jene Fragen und bekunden ihren Kummer und ihre Bestürzung. Und trotzdem, es führt zu nichts, das Offensichtliche zu leugnen: ob es uns gefällt oder nicht, Tatsachen sind Tatsachen. Sie mit Sorgfalt zu überprüfen, in ihnen die Wahrheit suchen, jenseits aller Gefühle und aller Bindungen — es gibt heute keinen anderen möglichen Weg. Neuerlich sind unsere Blicke auf den südostasiatischen Raum gerichtet, um dort eine neue Situation vorzufinden, um ein neues Kräfteverhältnis festzustellen, und all das in den engen Grenzen unserer Kenntnisse. Die zusammengetragenen Elemente sind bescheiden; sie erklären nicht alles, aber sie genügen, scheint es uns, um die Politik und die Handlungen unserer Partei betreffs Südostasien festzulegen.

Südostasien und die sowjetische Strategie

Muß man daran erinnern? Südostasien war lange Zeit einer der neuralgischen Punkte der amerikanischen Globalstrategie; im Jänner 1954 präzisierte der amerikanische Verteidigungsminister die Ziele der USA folgendermaßen: "Die Interessen der Vereinigten Staaten im Fernen Osten sind vom strategischen Gesichtspunkt aus eng verbunden mit dem, was man die Kette der Kücteninseln nennt. Diese Kette umfaßt zwei Kontinentalbasen: Nordkorea und wenn möglich Indochina im Süden. Zwischen den beiden liegen die japanischen Inseln, Ryuku, die chinesische Insel Taiwan, die Phillipinen, Australien und Neuseeland." Die amerikanische Politik in diesem Raum ist mit dieser nämlichen Kette verbunden; das Ziel Washingtons ist die Einkreisung Chinas, die erreicht werden soll durch ein komplexes System militärischer Allianzen, eine Reihe wirtschaftlicher Zusammenschlüsse und vor allem durch Luftwaffen- und Flottenstützpunkte in Thailand und auf den Phillipinen.

Wie der langandauernde Krieg der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea hat eines der Glieder diese Kette, die sich in diesen letzten Jahren einmalig gelockert hat, gesprengt. Die Supermacht USA ist aus drei Länder hinausgeworfen worden; sie hat teils durch Gegenschläge Terrain in den anderen Ländern dieser Region verloren. Ein Beispiel? Thailand, das eines der proamerikanischen Bastionen war, von denen aus die B 52-Bomber starteten, um den Tod über indochinesisches Land zu bringen, beherbergt nur mehr einige Dutzend US-Berater. Es nimmt eine distanzierte Haltung ein. Washington bestimmt nicht mehr das Geschehen in dieser Region.

Eine andere, neue Gefahr aber bedroht sie: das ist die Sowjetunion.

Den Platz einnehmen

Den Platz einnehmen, das ist eine konstante Politik der neuen Supermacht Sowjetunion. Überall, wo der amerikanische Imperialismus seinen Schritt hinsetzt, ist die Sowjetunion bestrebt, nachzuzrücken, zu infiltrieren, Positionen einzunehmen. Ebenso in Südostasien. Das ist übrigens nichts Neues. Bereits seit mehreren Jahren bemüht sich die Sowjetunion um die Unterzeichnung eines „kollektiven asiatischen Sicherheitsvertrages", einer Art asiatischen Helsinki.

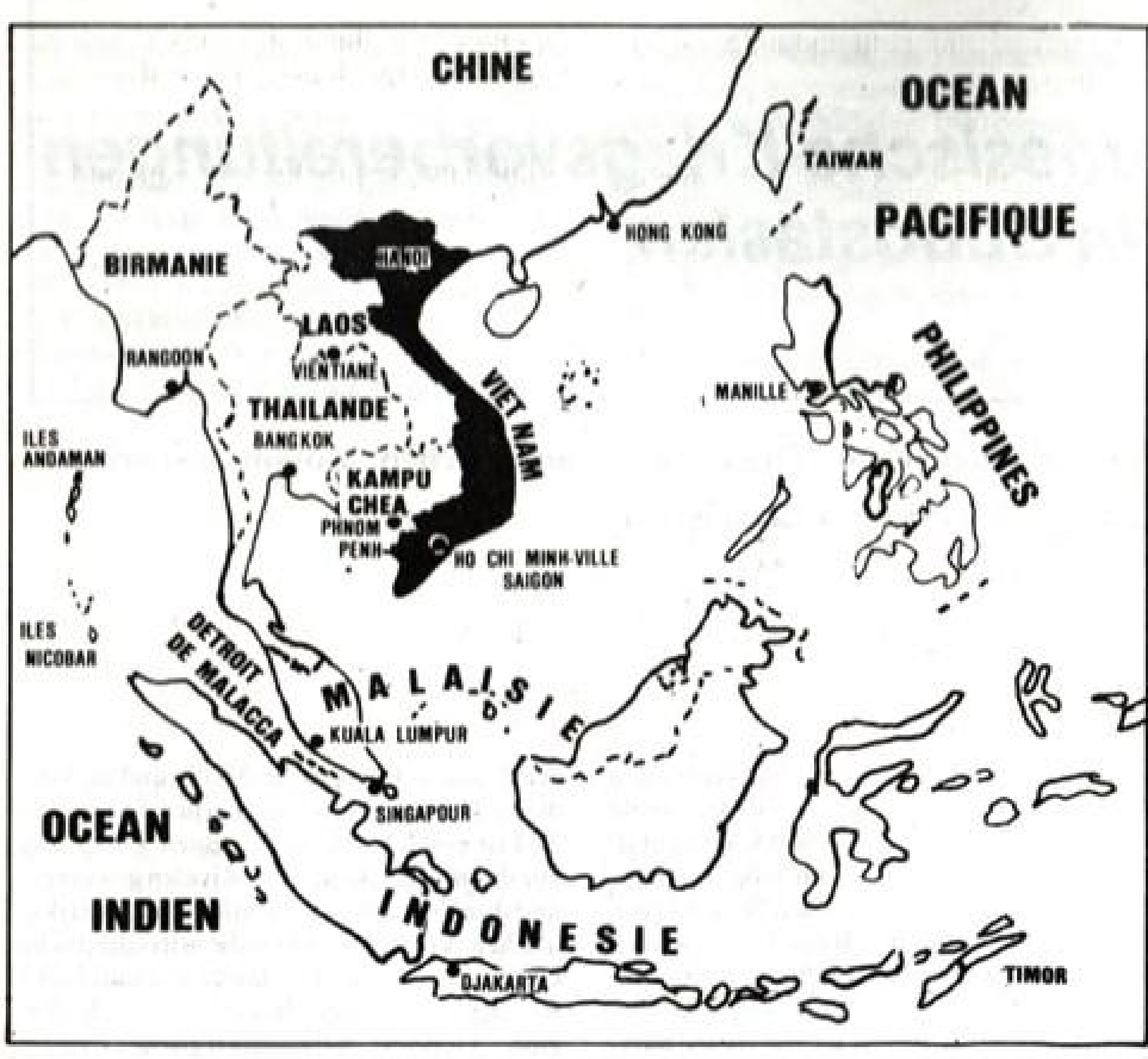
In den letzten Monaten haben die sowjetischen Führer diesen Kurs beschleunigt; sie haben an fast allen Fronten angegriffen: An den Flanken Europas, in Afrika und im Vorderen Orient, ebenso im Fernen Osten. Ihr Ziel ist einfach: Sie wollen einen Vorsprung vor ihrem amerikanischen Rivalen gewinnen; und ihre Vorhaben sind ähnlich dem amerikanischen Vorhaben. Dieselbe wirtschaftliche Gier nach den landwirtschaftlichen Reichtümern und den Bodenschätzen der Region. Derselbe militärstrategische Zwang: Um die Meere des Erdballs beherrschen zu können, muß man Südostasien kontrollieren, das die Verbindung zwischen dem indischen Ozean und dem Pazifik beherrscht.

Das Ziel der Einkreisung und Isolierung Chinas existiert wohl immer noch, doch steht es heute nicht an erster Stelle. Die amerikanischen Streitkräfte verdrängen, die beiden Ozeane, den Indischen und den Pazifischen, durch die Kontrolle Südostasiens zu kontrollieren, und schließlich und endlich seine strategische Position zu stärken, das ist das hauptsächliche Ziel der russischen Sozialimperialisten in dieser Region. Und es mangelt nicht an Tatsachen, um das zu beweisen.

Unwiderlegbare Tatsachen

Es genügt, eine Karte anzusehen. Der Sozialimperialismus hat seine Flottenbasen im Indischen Ozean vervielfacht; vor allem hat er zwei Basen, auf den Inseln Nicobar und Andaman errichtet, die die Meerengen von Malakka und nach Nordosten blockieren (Siehe Karte). Im Pazifik setzt er dieselben Anstrengungen, um Positionen zu halten. So hat er eine Militärbasis für Landtruppen auf der Insel Kunashiri (eine der vier Kurilen-Inseln, die zu Japan gehören). Darüber hinaus fanden sowjetische Militärmanöver auf einer anderen Insel, Etorofu, im letzten Juli statt. Weiter im Süden errichtet die UdSSR eine Flottenbasis von großer Reichweite im Cam Ranh Bay, einem Ort wo einst die Amerikaner eine ihrer stärksten Basen errichtet haben.

Um noch mehr zu erreichen, müßte man die Meerenge von Mallaka zwischen Malaysia und Indonesien kontrollieren. Denn Malakka kontrollieren heißt, die japanische Benzinversorgung kontrollieren: 90 % seines Benzins werden hier verschifft.



Mallaka kontrollieren bedeutet auch die militärischen Flottenbewegungen in den beiden Ozeanen zu kontrollieren. Mit anderen Worten, kontrolliert man die Meerenge von Mallaka, kann man Japan ersticken und die US-Flotte zweiteilen. Im Falle eines weltweiten Konflikts werden als zwei wichtige Trümpfe gegen den amerikanischen Rivalen. Ein Beweis für das extrem starke Interesse, das die Kreml-Herren der Meerenge von Mallaka entgegenbringen? Sie haben haben riesige Denkmäler zum Andenken an die Soldaten des Zaren, die im russisch-japanischen Krieg vom 1905 gefallen sind, hingeschickt, genau an dem Tag, an dem Malaysien und Indonesien die 6-Meilen-Zone auf 12 Meilen ausgedehnt haben: Ein Schlag, der Bände spricht über die Unabhängigkeitsgarantie und die Garantie für die Souveränität, die von der Sowjetunion heute angeboten werden!

Südostasien ist also aus der Sicht Moskaus ein neuralgischer Punkt in der Strategie der Weltbeherrschung. Es handelt sich sehr wohl um eine Strategie der Weltbeherrschung, denn wie sollte man anders die zahlreichen Militärbasen erklären, die tausende von Kilometern von der Sowjetunion entfernt, in Ozeanen liegen, die nicht einmal an dieses Land angrenzen! Es handelt sich sehr wohl um einen neuralgischen Punkt, Beweis dafür ist auch die fieberhafte diplomatische Tätigkeit, die die Sowjetunion in diesem Gebiet entwickelt, Während langer Jahre haben die sowjetischen Führer die Länder Südostasiens als „proamerikanisch, reaktionär" usw. abqualifiziert; im letzten Juli haben sie das von Grund auf geändert und sind zu einer Politik des Schmeichelns und des Lächelns übergegangen. Kürzlich haben sie ihren Außenminister Firjubin auf die Philippinen, nach Indonesien und Thailand geschickt, um die Verbindung mit ihnen zu stärken. Vor allem versuchen sie, offizielle Kontakte mit der ASEAN, einer Wirtschaftsverbindung der Fünf Länder der Region, zu knüpfen und so ihre Infiltration in Südostasien zu beschleunigen. Um also diese Politik in die Tat umsetzen zu können, hat sich die Sowjetunion ein Werkzeug geschmiedet, das sie für sehr wirkungsvoll hält: Vietnam.

Vietnam, Vorposten des sowjetischen Eindringens

Tatsächlich ist vor Firjubin Pham Van Dong im letzten September in die fünf ASEAN-Länder gereist und sprach dort davon, „eine Zone des Friedens, der Unabhängigkeit und Neutralität" zu errichten. Er predigte für die sowjetische Sache, ohne sich irgendwie zu verstellen.

Es ist übrigens längst nicht mehr so, daß die vietnamesischen Führer ihre Huldigung an die Sowjetunion Breschnews verbergen. So zum Beispiel erklärte Hoang Tung, Chefredakteur des „Nau Dhan", Organ der Kommunistischen Partei Vietnams, einem westlichen Journalisten 1976: *„Während des Vietnam-Krieges war es wichtig für Vietnam, China und die Sowjetunion dazu zu bringen, Nordvietnam mit allen ihren Möglichkeiten und Kräften zu unterstützen; jetzt ist es für Vietnam nicht mehr so wichtig, diese Politik fortzusetzen (...), heute spielt die Verbindung mit der Sowjetunion eine extrem wichtige Rolle für Vietnam. Die Sowjetunion hofft sehr stark, den chinesischen Einfluß in diesem Teil der Welt abzuschwächen, also etwas, was mit den Interessen Vietnams zusammenfällt (.. .). Wir neigen mehr und mehr zur Sowjetunion."*

Seither hat sich diese Entwicklung beschleunigt; im letzten Juni trat Vietnam dem COMECON ‚der europäischen Wirtschaftsorganisation unter der Vormundschaft Moskaus bei. Im November 1978 schlossen die beiden Länder unter dem Vorwand, einen Freundschafts- und Friedensvertrag zu schließen, in Wahrheit einen Militärpakt, der die Intervention des einen vorsieht, falls der andere einer Aggression unterliegt. Man kann sich vorstellen, mit welcher Großzügigkeit man einen solchen Text interpretieren kann! Alle diese Abkommen werden jetzt bereits in die Tat umgesetzt; Die Sowjetunion rüstet Vietnam im Übermaß mit militärischem Material aller Arten aus; sie liefert ihm heute die hochentwickelte MIG 23, welche sie während des Kampfs gegen die amerikanischen Aggression verweigert hatte. Sie zwingt ihm Militärberater auf, die man in Saigon herumspazieren sieht; sie organisiert eine Munitionsluftbrücke, um die Aggression gegen Kampuchea vorzubereiten. Sie begrüßt oder unterstützt alle expansionistischen Initiativen Vietnams gegen Kampuchea oder gegen China. Hinter Vietnam, wer kann es leugnen?, steht die Sowjetunion die herummanövriert, Komplotte schmiedet, die Fäden zieht, die sich bemüht, aus den expansionistischen Bestrebungen der vietnamesischen Führung den bestmöglichen Vorteil für sich selbst herauszuschlagen.

Vietnam in Südostasien zu benützen, so wie Kuba in Afrika im Dienste der Interessen des Sozialimperialisten eingesetzt wird. Das ist die neue Taktik, die Breschnew in diesem Jahr angewendet hat. Sehen wir uns die Auswirkungen davon in Südostasien an.

Unter der Bedrohung durch den vietnamesischen Expansionismus

Vor allem die Aggression gegen Kampuchea im letzten Jänner ist es, die vor den Augen der gesamten Welt die expansionistische Ziele der vietnamesischen Führer offengelegt hat.

Die Aggression gegen Kampuchea

Es handelt sich sehr wohl um eine vietnamesische Aggresion; in diesen Tagen sind sogar die vietnamesischen Führer zu Geständnissen übergegangen. Noch einmal zitierte Hoang Tung: *„In den Jahren 70 bis 72 standen in Kampuchea mehrere vietnamesische Divisionen, und die Schlagkraft der bewaffneten Streitkräfte Kampucheas war begrenzt.*

Hätten wir damals interveniert, hätte sich die Situation bestimmt anders entwickelt. Vielleicht zahlen wir heute für diesen Irrtum."

Geht es noch deutlicher? Trotzdem täuscht die vietnamesische Regierung offiziell immer noch vor, daß die Aggression von der anderen Seite kommt; sie organisiert Theaterszenen für westliche Journalisten und bemüht sich, mit allen Mitteln, in dieser Frage Verwirrung aufrechtzuerhalten.

Einige vernünftige Überlegungen genügen, einen Schluß ziehen zu können, daß die Aggression von seiten Vietnams kommt. Zuerst einmal finden die Kämpfe auf dem Boden des Demokratischen Kampuchea statt: Wie kann man seinen Nachbarn angreifen, indem man bei sich selbst bleibt? Und warum sollte das Demokratische Kampuchea ein nahegelegenes Land angreifen? Nach dem nationalen Befreiungskrieg war das Land verwüstet; in Kampuchea gibt es viel Land und Reichtum im Überfluß: Man muß produzieren, das Land aufbauen, nicht eine einzige Arbeitskraft, die beim Aufbau des Landes helfen kann, sinnlos vergeuden. Warum also seinen Nachbarn unter solchen Bedingungen angreifen? Das demokratische Kampuchea hat eine Titanenarbeit auf sich genommen, um aus der Armut und aus der Unterentwickeltheit herauszukommen. Seine revolutionäre Armee wäre besser auf den Reisfeldern als auf der Ostfront. Ein, wenn auch kurzer Besuch im Demokratischen Kampuchea, führt deutlich zu dieser Erkenntnis. Beachten wir übrigens auch, daß die Regierung von Kampuchea keine einzige territoriale Forderung an Vietnam stellt. Und daß, obwohl eine Khmer-Minderheit im Süden Vietnams lebt. Andere Tatsachen beweisen die aggressive Natur Vietnams gegenüber Kampuchea. Es handelt sich um direkte Zeugnisse des vietnamesischen Volkes. Anwerbung von Intellektuellen für „Selbstmordeinsätze" in Kampuchea. Verschleppung von chinesischen Staatsbürgern zur Vergrößerung der Reihen der Aggressionsarmee. Briefe von jungen Vietnamesen, geschickt unter dem Pseudonym einer Untergrundbewegung in Kampuchea sind ebenso handfeste Beweise der Aggression, Beweise, die heute bereits zu zahlreich sind, als daß sie von Vietnam verborgen werden könnten. Man kennt die Wahrheit; sogar hier, sogar bei einer starken antikampucheanischen Stimmung erkennt man mehr und mehr die Aggression Vietnams.

Warum eine solche Aggression? Die Gründe sind vielfach. Es gibt rein wirtschaftliche Gründe, die man in zwei Zahlen zusammenfassen kann: Fünfzig gegen sieben, fünfzig Millionen Vietnamesen auf einem Territorium, dem es an bebaubarem Land fehlt, und das seine Einwohner kaum ernähren kann, gegen 7 Millionen Menschen auf riesigen Landflächen, von denen ein Teil noch unbebaut ist. Seit Beginn der Aggression sind die Reisspeicher der Kooperativen geplündert oder zerstört; die Lastwägen werden zusammen mit Panzerwägen eingesetzt, und die Militärregierung Vietnams verkauft den gestohlenen Reis auf dem Schwarzmarkt in Saigon.

Es gibt auch rein politische und militärisch Gründe. Kampuchea ist ein „Riegel", den man aufbrechen muß, um die Ausbreitung in ganz Südostasien zu garantieren. Diese Taktik hat nicht funktioniert: Kampuchea hat nicht akzeptiert, sich unter dem Deckmantel einer besonderen Freundschaft knechten zu lassen. Also ging man dazu über, die Taktik des „Biltzangriffs" einzuschlagen. Ein langandauernder Krieg gegen Kampuchea, in dem es seinen Widerstand organsieren kann, würde nämlich eine große Unzufriedenheit unter dem vietamesischen Volk hervorrufen, und die öffentliche internationale Meinung alarmieren. Deshalb sollte der Riegel schnell und ohne Lärm aufgebrochen werden! Dieser hinterhältige Schlag hat im letzten Jänner nicht funktioniert; er kann jederzeit aufs Neue versucht werden, aber jeder Tag, der vergeht, macht ihn für Vietnam gefährlich.

Dennoch zeigt die Mobilisierung von mehreren vietnamesischen Divisionen an der Grenze zu Kampuchea deutlich genug, daß die Führer von Hanoi sich nicht von einem Angriff abbringen lassen. Warum das?

Die Indochina-Föderation und die regionale Expansion

Die Politik der vietamesischen Führer gegenüber Kampuchea läßt sich mit einem Begriff erklären: Die Indochina-Föderation: Sie wollen einen Staat, eine Armee, ein Volk unter der Führung Vietnams schaffen, logischerweise wollen sie dazu Laos und Kampuchea unter ihre Vorherrschaft ziehen. Die vietnamesischen Führer dringen bereits in großem Stil in Laos ein. Unter dem Deckmantel eines „Friedens-und Zusammenarbeitsvertrags" vom Juli 1977 haben sie die Grenze zwischen den beiden Ländern praktisch durchbrochen und forcieren die Ansiedlung von Vietnamesen in Laos, das selbst nur 3 Millionen Einwohner hat. 80.000 vietnamesische Zivilbevölkerung und 50.000 Militärs sind jetzt bereits dort; die vietnamesischen Kader garantieren eine systematische Verdoppelung des militärbürokratischen Apparats. Das ist die konkrete Politik der „Indochinaföderation", alles unter dem Deckmantel „besonderer Freundschaft"! Sie richtet sich gegen die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker!

Die „Indochinaföderation" stützt sich in keiner Weise auf irgendeine historische Realität. Indochina ist eine französische Schöpfung, eine Schöpfung des Kolonialismus. Als die französischen Kolonialisten sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts dieser Region bemächtigten, nahmen sie nach und nach Tonkin, Annam, Cochinchina, Laos und Kampuchea ein. In der Einheit „Indochina", die sie



Unwiderlegbare Beweise der vietnamesischen Aggression

schaffen, praktizieren sie die Politik des „Teilens und Herrschens", indem sie Asiaten gegen Asiaten ausspielen. Vor allem die Einwohner von Tonkin, die sie als „fleißig und intelligent" bezeichnen, und gegen die anderen, ausspielen, vor allem gegen die „dummen und bornierten" Khmer. Auf den Kautschukplantagen Kampucheas setzten sie zum Beispiel vietnamesische Vorarbeiter ein, die so die Khmer-Arbeiter herumkommandieren usw. Man sieht, Jean Lacouture hat seine unseriösen Beschuldigungen gegen das Khmer-Volk nicht erfunden, er hat sich nur an Praktiken des Kolonialismus angelehnt, der immer wieder versucht hat, nationale Widersprüche früherer Epochen zu seinem Vorteil zu benutzen.

Wie es auch sei, weder Indochina, noch die Indochina-Föderation stützen sich auf eine frühere Realität. Es gibt Verschiedenheiten in Sprache und Geschichte, die sehr wichtig sind. Nationale Veschiedenheiten, vor allem zwischen dem vietnamesischen Volk und den Khmer. Der Besuch Angkor Wats zeigt ganz deutlich diese Autonomie die Geschichte der Khmer. Bei uns hat man lange Zeit diese drei Völker in denselben Sack gesteckt, und man hat sich geirrt. Es bedeutet nichts anderes, als auf die Konzeption der Kolonialisten hineinzufallen. Der Kampf der Völker gegen den französischen Kolonialismus, gegen die japanischen Militaristen und schließlich gegen amerikanischen Imperialisten implizieren es keineswegs, heute daraus die Errichtung eines einzigen Landes, einer einzigen Armee, eines einzigen Staates zu konstruieren. Er impliziert auch keineswegs die Vorherrschaft der Nation, die am zahlreichsten ist, über die anderen Nationen, er impliziert keineswegs die Vormundschaft Vietnams.

Es ist so, daß sich die Linie der Unabhängigkeit und Autonomie, die Linie, nach der das Volk von Kampuchea kämpft, geschmiedet hat in dem Kampuchea sich mehr und mehr von der geplanten vietnamesischen Vorherrschaft löste. Diese Frage wirklich zu studieren, würde bedeuten, lange Entwicklungen zu beobachten, und den Rahmen dieses Artikels bedeutend sprengen. Es bleibt die Tatsache, daß heute, 1978, Kampuchea ein eminentes Hindernis für die Expansionsbestrebungen in Südostasien darstellt. Solange sich Kampuchea hält, bedeutet es zur selben Zeit ein Bollwerk und ein Beispiel für die anderen Länder. Die vietnamesische Ausbreitung und mit ihr das Eindringen der Sowjetunion fühlen sich dadurch behindert. Wäre es anders, könnten die gegenwärtigen vietnamesischen Führer ihre Träume von der „Indochinaföderation" sofort verwirklichen und ihre Expansion weiter vorantreiben.

Andere Tatsachen beweisen die Politik der Expansion des heutigen Vietnam: Es gibt die Politik der Zwangsassimilation nationaler Minderheiten im Inneren Vietnams; sie richtet sich gegen die Staatsbürger chinesischer Nationalität, gegen die Khmer-Minderheit, die gezwungen werden, sich zu „vietnamisieren". Fügen sie sich dem nicht, unterliegen sie Mißhandlungen, moralischen und physischen Verfolgungen. Das ist eine neue Politik



Aus Vietnam vertriebene Chinesen.

der vietnamesischen Führer, die zusammenfällt mit der Aggression nach außen. Es gibt schließlich und endlich auch noch die provozierten Grenzzwischenfälle und Einfälle an der chinesischen Grenze, besonders in den letzten Wochen, und die wundervolle antichinesische Kampagne, die Hanoi in den letzten Monaten angestellt hat.

Die Dinge sind einfach genug. Um ihre strategische Position gegenüber den Vereinigten Staaten im östlichen Pazifik wahren zu können, versucht die UdSSR, sich Vietnams zu bedienen. Was Vietnam betrifft, so braucht es die UdSSR, damit es ihr Vorhaben unterstützt. Hier also ist das Band, das die beiden verbindet. China sowie auch Kampuchea stellen sich diesen Vorherrschaftsbestrebungen in der Region entgegen.

Im betroffenen Gebiet bildet sich eine antihegemonistische Einheitsfront

Die Führer Moskaus und Hanois treffen aber auf einen harten Gegner! Im südostasiatischen Raum stößt die Politik der Vereinigung gegen den Hegemonismus, gegen die expansionistischen Ziele der Sowjetunion auf ein immer größeres Echo. Der Sozialimperialismus hat kaum begonnen, seine Krallen auszustrecken, und schon bereiten sich die Länder und Völker vor, sie ihm zu stutzen.

In der letzten Zeit steht der Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen China und Japan und vor allem seine antihegemonistische Klausel einen bedeutenden Faktor für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im Raum Asiens und Südostasiens dar. Das ist es auch, was die Länder der ASEAN unterstreichen; so haben der Vizepremierminister Malaysias, die Herausgeber verschiedener Zeitungen, "Kuang Hua Yit Pao" von Malaysia, „United Day" von Thailand „Orient News" auf den Philippinen sehr erfreut die Unterzeichnung dieses Vertrages begrüßt, weil er die Möglichkeit eines Abkommens zwischen einem Land der Dritten und der Zweiten Welt gegen den Hegemonismus manifestiert.

Der Fortschritt der ASEAN

Die Verstärkung der Einheit der Länder der ASEAN geht im selben antihegemonistischen Sinn vor sich. Diese wirtschaftliche Union vereinigt fünf Länder: Thailand, Malaysia, Singapure, Indonesien und die Philippinen. 1977 wurde sie zehn Jahre alt. Sie löste sich mehr und mehr von der ausschließlich amerikanischen Beeinflussung und begab sich Schritt für Schritt auf den Weg der Einheit, der gemeinsamen Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität. Im Laufe der Jahre konnten die internen Widersprüche der ASEAN geregelt werden. Die Philippinen verzichteten auf ihre territorialen Forderungen gegenüber Malaysia (Sabah); Malaysia, Indonesien und Singapure unterzeichneten einen Schiffahrtssicherheitsvertrag in der Meerenge von Malakka. Auch auf dem Gebiet des ökonomischen Zusammenarbeit gab es Fortschritte: Vorratsbildung vor allem an Getreide und Benzin, die Errichtung von Unterseekabeln. Regelungen der Schiffahrt, gemeinsame industrielle Projekte. Diese Bewegung, die sicher und ohne Zweifel sehr langsam vor sich geht, richtet sich nichtsdestotrotz gegen die Vorhaben der beiden Supermächte, vor allem des Sozialimperialismus in Südostasien. Der Besuch des sowjetischen Außenministers war für letzten September angesetzt; er fand im November statt, doch seine Tournee hatte keinen größeren Erfolg als der Besuch Phan Van Tongs. Die Länder der ASEAN waren bereits alarmiert durch die größte Veränderung des Verhaltens Vietnams und der SU. Ein Lächeln nach einem Fluch? Versteckt das nicht irgendetwas? Und das umso mehr als die Tatsachen, die den Friedensparolen

widersprechen Pham Van Tong, der von Frieden und Neutralität in Südostasien spricht, greift Kampuchea an. Das ist eine Realität, die die Führer der ASEAN-Länder in keinster Weise anzweifeln. Bei seinen verschiedenen Reisen in diesem Gebiet konnte der Außenminister des Demokratischen Kampuchea Ieng Sary den Beziehungen seines Landes mit den anderen Nachbarländern der Dritten Welt normalisieren. Sie haben verschiedene gesellschaftliche Systeme, aber die Wachsamkeit gegen den vietnamesischen Expansionismus und die Hegemoniebestrebungen der Sowjetunion vereinigen sie. In Thailand sagten die Führer zu Ieng Sary: *„Haltet Euch gut, haltet Euch für uns!"* Der umstrittene Ausgang des anti-amerikanischen Krieges konnte geregelt werden in Hinblick auf die neue Bedrohung.

China und Kampuchea an der Seite der kleinen Länder

Die beiden sozialistischen Länder in diesem Gebiet der Welt, Kampuchea und China, sind feste Bollwerke gegen die Politik des Hegemonismus.

Philippinens Marcos drückte dies in eigenen Worten anläßlich des Besuchs des chinesischen Vizepremierministers Li Hsiennien im letzten März aus: *„Den großen Beitrag, den China zur Erhaltung des Friedens in der Welt leistet, besteht in seiner Unterstützung des Wohlergehens der kleinen Entwicklungsländer, wie es die Philippinen sind. Es ist manchmal schwierig, die Politik der großen Mächte zu durchschauen. Was aber China betrifft, so ist es klar, daß es sich auf die Seite der kleinen Entwicklungsländer der Welt stellt. Wir sagen also zu dem Führer der Volksrepublik China: Wir danken Euch. Dank Eures Vertrauens in unsere Fähigkeiten können wir den Frieden in Eurem Gebiet aufrechterhalten. Ich bin überzeugt, daß meine Worte die Gefühle aller kleinen Entwicklungsländer ausdrücken."*

In seiner Antwort drückte der Vizepremierminister Li Hsien-nien die chinesische Politik gegenüber der ASEAN aus: *„In diesen letzten Jahren haben die Länder der ASEAN ihre Einheit gestärkt und neue Fortschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemacht. Sie haben aktiv die Freundschaftsbeziehungen und ihre Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und Völkern der Dritten Welt gestärkt und ebenso ihre Verbindungen mit den Ländern der Zweiten Welt gestärkt auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens. Diese Anstrengungen der ASEAN-Länder dienen vor allem dazu, der Infiltration und Expansion der Hegemonisten entgegenzutreten, und fallen deshalb zusammen mit den Interessen aller Länder im südostasiatischen Raum. (. . .) Wir unterstützen den gerechten Kampf dieser Länder in der Region zur Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und ihren Widerstand gegen die Kontrolle und Intervention der Supermächte. Wir unterstützen den positiven Vorschlag der ASEAN-Länder zur Aufrechterhaltung der Neutralität in Südostasien, einen Weg, den sie seit Jahren verfolgen. Und wir unterstützen ihre Anstrengungen zum Schutz ihrer Bodenschätze und zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Rechte und Interessen."* Diese Politik hat nichts gemeinsam mit der Kriegspolitik, die die Sowjetunion in Südostasien betreibt, in der sie sich Vietnams bedient, um dort ihre Positionen zu stärken. Die Führer Moskaus versuchen, glauben zu machen, daß die nationalen chinesischen Minderheiten, die es in mehr oder weniger großer Zahl in den Ländern Asiens gibt, Stützpunkte einer chinesischen Expansion in diesem Gebiet gibt. Solche Verwirrungen und Verleumdungen sind nur Strohfeuer; der Erfolg des kürzlichen Besuches des Vizepremierministers *Deng Xiaoping ist Zeuge davon.*

Der harte Kern des Widerstands gegen den Hegemonismus in diesem Gebiet ist sicher die beste Allianz des Demokratischen Kampuchea mit China. Vor einigen Tagen weilte eine Partei- und Staatsdelegation Chinas in Kampuchea. Das brüderliche Bündnis, welches im Kampf den beide Völker gemeinsam führen, geschmiedet wurde, das Band der beiden Parteien, der beiden Staaten, wird neuerlich gefestigt. Das ist eine Geste, die sich klar und deutlich gegen die Kriegsvorbereitungen Vietnams und der Sowjetunion richtet. Das Demokratische Kampuchea, das in vordester Front gegen den regionalen Expansionismus kämpft, hält sich gut und wird sich gut halten, indem es in großem Maßstab sein Volk in diesem Krieg mobilisiert, wenn es sein muß, auch für lange Dauer. Das chinesische Volk seinerseits wird auf der Seite des Volkes von Kampuchea stehen und ohne Rückhalt seine gerechte Sache, die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit unterstützen. Anläßich des 18. Jahrestags der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas machte der Parteisekretär und Premierminister Pol Pot einen Vorschlag für die friedliche Lösung des Konfliktes mit Vietnam. Auch die chinesische Regierung hat vielfältige Vorschläge zur Regelung der Frage der chinesischen Staatsbürger in Vietnam gemacht. All das sind vernünftige Vorschläge. Einzig und allein das Bestreben des Sozialimperialismus, die Weltherrschaft anzutreten, und die expansionistischen Vorstellungen Vietnams sind der Grund für die Unruhen, die Südostasien erschüttern und erschüttern werden.

Die Situation ist anders, unser Kampf ist derselbe wie gestern

Wir haben wissentlich bestimmte Aspekte der Situation in Südostasien außer Acht gelassen, vor allem den Kampf der Völker der Asienländer um ihre Unabhängigkeit und gegen ihre reaktionären Regierungen. Wir haben nicht die Quellen und Gründe für die heutige Politik des Expansionismus der vietnamesischen Fürhung gesucht; das würde genauere Untersuchungen erfordern und andere Artikel.

Eine Sache ist nichtsdestoweniger sicher: Die Situation in Südostasien hat sich tiefgehend verändert. Heute kommt die hauptsächliche Bedrohung von sowjetischen Sozialimperialismus vor allem durch das das dazwischengeschaltete Vietnam.

Auf der anderen Seite verstärkt sich die Einheit der Völker und Länder gegen die sowjetische Strategie. Man versteht, warum der „Riegel" Kampuchea entscheidend für Frieden und Sicherheit ist. Die Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen des Demokratischen Kampuchea unterstützen, bedeutet die Unterstützung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Länder Südostasiens. Es bedeutet auch einen Beitrag zur Verhinderung des Weltkrieges, es bedeutet einen Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit der Völker. Auch heute erfüllt uns, wenn wir unseren Blick nach Südostasien richten, dasselbe Gefühl wie gestern: die unvergängliche Verbundenheit mit der Sache der Unabhängigkeit der Nationen. Es ist wahr, der Weg ist nicht geradlinig, der zur Befreiung der Völker führt. Und trotzdem ist es dieser Weg, so gewunden er auch sein mag, den die Völker in diesem Gebiet folgen.



Die Kommunistische Partei Irans

Erklärung zur Lage

Mit der Einsetzung der Militärdiktatur setzte das faschistische und abhängige Schah-Regime sein letztes Mittel ein, um die reaktionären herrschenden Klassen im Iran aufrechtzuerhalten und die Interessen des Imperialismus, insbesondere des US-Imperialismus zu schützen. Für ein Regime, das keinerlei Basis unter den iranischen Völkern hat, ist auch dieses letzte Mittel zum Scheitern verurteilt.

Die Massenkämpfe im Iran haben im letzten Jahr einen neuen Aufschwung erfahren. Sie schufen eine revolutionäre Lage und wuchsen ständig an. Diese Kämpfe führten dazu, daß die politischen und ökonomischen Streiks der Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Händler, Intellektuellen und der anderen revolutionären Menschen das aufgezwungene Regime lahmlegten.

Das schnelle Anwachsen der Massenkämpfe im Iran, das politische Bewußtsein der Massen, die massive Beteiligung der Werktätigen an diesen Kämpfen mit ihrer kämpferischen Entschlossenheit zeigen, daß das Schah-Regime nicht mehr imstande ist, durch Verschwörung, Betrug und die Ausübung der faschistischen Diktatur diese Kämpfe zu unterdrücken und seine Herrschaft nach wie vor fortzusetzen.

Das verräterische Schah-Regime hat im Laufe seiner reaktionären Herrschaft tausende tapfere Söhne des Volkes umgebracht. Die Militärregierung will durch weitere Massaker das iranische Volk von seinem Kampf abhalten. Das vergossene Blut der unzähligen Märtyrer erhöht die Entschlossenheit der iranischen Völker im Kampf für den völligen Sturz des gehaßten Schah-Regimes.

Die reaktionären Klassen und ihre imperialistischen Herren, insbesondere der US-Imperialismus, betrachten das Schah-Regime als wirkungsvollen und stabilen Verteidiger ihrer Interessen im Iran. Nun sind sie aber durch die heldenhaften Kämpfe der iranischen Völker verwirrt. Sie wußten immer, daß ihre verhaßte Herrschaft im totalen Widerspruch mit den Interessen und Forderungen unseres Landes stehen. Sie machten sich Illusionen darüber, durch Volksbetrug ihre Herrschaft weiter fortsetzen zu können.

Aber der heldenhafte Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Massen machten süßen Träume dieser Ausbeuter und Unterdrücker zum Alptraum. Nun sehen sich diese Plünderer dem Tag gegenüber, an dem die iranischen Völker ihre Rechte erkämpfen. Sie wissen jetzt, daß das faschistische Schahregime nicht stabil ist und nicht vermag, ihre Interessen zu verteidigen. Diese Plünderer und Diebe machen sich einerseits um ihre Zukunft große Sorgen und andererseits entfalten sie eine intensive Aktivität und wechseln jeden Tag ihre Farbe, um ihre Herrschaft im Iran aufrechtzuerhalten.

Der verräterische Schah ist einerseits mit dem entschlossenen Kampf der Bevölkerung konfrontiert und andererseits mit der Enttäuschung der Reaktionäre und Imperialisten über die Kapazität seines diktatorischen Regimes, ihre Interessen zu wahren. Deswegen bittet der Schah, der die Bevölkerung mit Erschießung, Folterung und Verbannung bedrohte, das Volk wie ein verprügelter Hund um Verzeihung, aber befaßt sich in Wirklichkeit mit Verschwörung, um die Militärregierung ans Ruder zu bringen.

Der Schah wollte den Zorn der Massen gegen den herrschenden Apparat ausnutzen und hat die subversiven Aktionen der 14. Aban verbreitet mit dem Gedanken, die Massen der Bewegung und Revolutionären gegenüber mißtrauisch zu machen, um die Bildung einer Militärregierung rechtferigten zu können.

Aber die Massen, die mit ihren Parolen wie „Tod dem diktatorischen Schah" und „Es lebe der blühende, unabhängige und auf eigene Kraft gestützte Iran" alle Reaktionäre in panische Angst versetzt haben, werden weder diesem verräterischen Henker verzeihen, noch sich durch seine Manöver herumkriegen lassen. Der Kampf um den Sturz des Schah wird bis zum Ende weitergehen. Der letzte Schlag des Schah, d.h. die Einsetzung einer Militärregierung, ist zum Scheitern verurteilt.

Die Regierung von Ashari, diesem schmutzigen alten Vermittler des Schah bei seinen Waffenkäufen, der Millionen Dollar des Volkseigentums in seine und in die Tasche seines Herrns fließen ließ, wird auf keinen Fall den Schah retten können, genausowenig wie sein Vorgänger, der Sharif Emami es tun könnte. Mit einem Wort, der Kampf der Massen wird bald auf den Schah stürzen. In dieser günstigen Situation der Massenbewegung muß man unseres Erachtens einige grundlegende Punkte beachten, die für die Sicherung des völligen Sieges und die Führung der Bewegung besonders wichtig sind.

1. Der Sturz der Diktatur des verräterischen Schah ist keineswegs das Ende des revolutionären Kampfs unseres Volkes, sondern der erste Schritt eines langwierigen Weges. Die Schahdiktatur ist Beschützer der Herrschaft des Kompradoren- und bürokratischen Kapitalismus und der Großgrundbesitzer und insbesondere Beschützer der Interessen jhrer imperialistischen Herren. Eine grundlegende Änderung der Lage des Iran und ein Fortschritt auf dem Wege der Entwicklung und der Revolution hängt ab von der völligen Beseitigung dieser Herrschaft. Der Sturz der Schahdiktatur ist der erste Schritt der Beseitigung der Herrschaft der reaktionären Klassen und der Imperialisten. Deshalb ist unsere Aufgabe, mit der Hauptforderung des Tages, d.h. den Sturz des faschistischen und diktatorischen Schah-Regimes, die Fahne des Kampfes gegen Imperialismus weiter hoch zu halten und den Kampf gegen die Schahdiktatur umso intensiver mit dem Kampf für die völlige Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus zu verbinden. Das Erheben der Fahne der Unabhängigkeit, die völlige Beseitigung der Einflüsse des Neokolonialismus und das Stützen auf die Kraft der iranischen Völker erlangt vor allem in einer Situation große Bedeutung, in der die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, die Hoffnung auf das niedergeschlagene Schah-Regime aufgegeben haben und nun versuchen, mit tausend Tricks und Verschwörungen auf neue Art ihren kolonialistischen Einfluß zu bewahren bzw. zu erweitern. Beharren auf der nationalen Unabhängigkeit erlangt vor allem in einer Situation, in der die Rivalität der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte USA und SU, für die Wahrung bzw. Ausdehnung ihres Einflusses im Iran verschärft worden ist, große Bedeutung. In der Realität tritt klarer zutage, daß die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, ihre Hände nicht so leicht vom Iran lassen werden.

Einerseits hat die imperialistische Supermacht USA die Bemühungen für die Wahrung ihrer Herrschaft über den Iran verhundertfacht und andererseits läßt der sowjetische Sozialimperialismus, diese neuaufkommende Supermacht, keinen Versuch entgehen, um seinen Einfluß im Iran auszuweiten. Die gegenseitigen Warnungen der beiden Su-

permächte bezüglich des Iran sind ein kleines Beispiel für die Intensität dieser ungeheuren Konkurrenz.

Wir müssen die Erhöhung des Bewußtseins der Massen bezüglich der Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes, die Aufstellung der konkreten antiimperialistischen Forderungen im Kampf, die allseitige Entlarvung der Ausplünderung und Unterdrückung und der gierigen Ziele der Imperialisten, insbesondere des amerikanischen Imperialismus als herrschender Imperialismus im Iran, den antiimperialistischen Kampf mit dem Kampf gegen die Diktatur enger zu verbinden und sie in die Richtung der völligen Beseitigung der Herrschaft des US-Imperialismus und Verhinderung der Einflußnahme des sowjetischen Sozialimperialismus lenken.

2. Die Wahrung der Einheit und Einigkeit des Volkes in der gegenwärtigen Situation bildet einen der Grundsteine für den Kampf und den Sieg des Volkes und garantiert den revolutionären Inhalt dieser Kämpfe. Die Imperialisten, Reaktionäre und ihr Regime versuchen mit allen Mitteln, die Reihen des Volkes zu spalten und mit der Schwächung der Bewegung die Bedingungen für die Fortsetzung ihrer ausplünderischen und unterdrückerischen Herrschaft zu schaffen. Sie sind bisher im Hinblick auf die Entfachung der inneren Konflikte der fortschrittlichen religiösen Geistlichen gescheitert und ihr Versuch, die Widersprüche zwischen der Nationalen Front und der fortschrittlichen religiösen Geistlichen zu schüren, ebenfalls eine Niederlage erlitten. Aber ein heimtückischer Versuch von innen ist es, die Widersprüche zwischen den Marxisten-Leninisten und den islamischen Patrioten zu schüren. Dieser Versuch ist insofern besonders heimtückisch, weil manche antiimperialistischen Kräfte, unter Verweis auf die Bedeutung des ideologischen Kampfes, Öl ins Feuer gießen. In der gegenwärtigen Etappe bestehen zwischen den Marxisten-Leninisten und den revolutionären Moslems keine grundlegenden Differenzen über die Ziele der national-demokratischen Revolution im Iran. Die letzten siebzig Jahre der Geschichte der iranischen Revolution zeigen deutlich, daß der demokratische Kampf des Volkes von Anfang an diese beiden Kräfte umfaßte und immer hatte die Einheit dieser beiden Kräfte Aufschwung und Sieg, die Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen Scheitern des Kampfes zur Folge. Gerade deshalb muß man auf die Einheit der nationalen und fortschrittlichen Kräfte mit verschiedenen Ideologien unterstreichen und das selbst ist der Prüfstein dafür, um den wahren Revolutionär vom falschen zu unterscheiden. Die Tendenz, nur Anhänger einer Ideologie zu akzeptieren und die Demokratie innerhalb der Bewegung nur für eine Ideologie anzuerkennen, [illegible] bekämpft werden. Es muß durch politische Arbeit Klarheit darüber geschaffen werden, daß ein wichtiger Garant der Freiheit und Unabhängigkeit des Iran in der Existenz verschiedener Ideologien in Volk und in der politischen Einheit der Anhänger dieser Ideologien besteht. Die ideologischen Widersprüche zu schüren, eine bestimmte Ideologie aufzuzwingen und das Existenzrecht nur für eine Ideologie anzuerkennen, nützt zwangsläufig den Imperialisten und Reaktionären und schadet der Revolution. Unser Volk kann gegenwärtig, infolge der Existenz verschiedener revolutionärer Klassen, nur unter der Führung verschiedener Volksideologien mobilisiert und organisiert werden. Und das ist der wichtigste Grund dafür, warum man für die politische Einheit der verschiedenen Ideologien unter den Volksmassen kämpfen muß.

3. Es muß den Hauptkräften der iranischen Revolution, d.h. den Arbeitern und Bauern, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Werktätigen sind die sichere Stütze für den völligen Sieg des national-demokratischen Kampfes im Iran. Die Arbeiter und Bauern haben keinerlei Interesse am bestehenden Regime und sind die konsequentesten Verteidiger der national-demokratischen Revolution im Iran. Das Anwachsen der Kämpfe der Werktätigen, insbesondere der Arbeiter, ist ein klarer Grund für die Notwendigkeit, die Kräfte für die Agitation, Propaganda und Organisierung der Arbeiter und Bauern dem Kampf zu konzentrieren.

Die Werktätigen werden zweifellos ihre grundlegenden Rolle in der Revolution spielen, wenn die revolutionären Kräfte ihnen genügend Aufmerksamkeit zuwenden.

„Werktätige"
Organ des Vorbereitungskomitees für die Gründung der Kommunistischen Partei Irans (der Revolutionären Organisation der Tudeh-Partei zugehörig)

Die Kommunistische Partei Irans

Die Zeitung der „Werktätige" hat im Namen des Vorbereitungskomitees für die Gründung der Kommunistischen Partei **Irans in ihrer ersten Nummer, die im Oktober 1978 erschien, die Vorbereitung** der Gründung der Kommunistischen Partei angekündigt. Diese Nachricht wurde von den klassenbewußten Arbeitern, Marxisten-Leninisten und vielen Revolutionären mit Begeisterung aufgenommen und festigte ihre Entschlossenheit, ihren Kampf unter Führung eines einheitlichen kommunistischen Stabes fortzusetzen.

Der „Werktätige" widerspiegelt die realen Bedürfnisse der Werktätigen und Völker ihres Landes und ist deshalb von ihnen begrüßt und unterstützt worden.

Die Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei hat die mehr als siebzigjährige Tradition der Arbeiter- und revolutionären Bewegung unseres Landes übernommen. Sie stellt sich am Vorabend ihres fünfzehnjährigen Bestehens mit aller Kraft in den Dienst der Vorbereitung für die Gründung der Kommunistischen Partei Irans. Vor fünfzehn Jahren, nach einem langwierigen Kampf zwischen zwei Linien in der Tudeh-Partei Irans, nach Entlarvung des Reformismus und historischen Opportunismus (1*) der Führung der Tudeh-Partei, wurde die Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei gegründet und hat die Fahne des Marxismus-Leninismus und des Kampfes gegen den modernen Revisionismus in einem Land, in dem lange Zeit die Reformisten und Opportunisten die Arbeiter- und revolutionäre Bewegung beherrschten, hoch gehalten. Diese revolutionäre Fahne ist seit dieser Zeit entschlossen und unbeirrbar von wirklichen Kommunisten getragen worden.

Die Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei hat konsequent mit dem Pseudokommunismus Chruschtows gebrochen und ist im Kampf gegen den modernen Revisionismus und sowjetischen Sozialimperialismus zu einer soliden und unbeugsamen Basis für die Schaffung der Kommunistischen Partei Irans geworden. Die Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei hat sich stets einen prinzipiellen ideologischen Kampf gegen jede abweichende Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung und für die ideologische Reinheit der Kommunistischen Bewegung Irans geführt.

Die Einschätzung der Vergangenheit der Arbeiterbewegung („Tudeh" Nr.15 und Nr.21) hat die ideologische Basis geschaffen, auf deren Grundlagen der moderne Revisionismus mit Chruschtschow und der Breschnewclique im Zentrum entlarvt werden konnte.

Die Ideologie der Revolutionären Organisation der Tudeh-Partei ist im Kampf gegen den modernen Revisionismus gestählt worden und leitet wie ein Polarstern ihren Weg vorwärts. Andererseits hat die Revolutionäre Organisation auch den Kampf gegen den „linken" Opportunismus konsequent geführt, der heute hauptsächlich die Form der vom Kampf der Massen getrennten, bewaffneten Aktionen der revolutionären Intelligenz, „linken" Phraserei und Trotzkismus annimmt. Der Kampf wurde geführt auf der Grundlage, daß der „linke" Opportunismus objektiv dem modernen Revisionismus dient.

Fünfzehn Jahre der Praxis des antiimperialistischen und revolutionären Kampfes der Massen, fünfzehn Jahre ideologischer Kampf innerhalb der Organisation gegen den modernen Revisionismus und „linken" Opportunismus, in deren Laufe die antimarxistischen und antiproletarischen Elemente gesäubert wurden und der Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong (Mao Tse-tung)-Ideen gesiegt haben, waren die politische und ideologische Vorbereitung für die Gründung der Kommunistischen Partei. Gerade deshalb bildet die ideologisch-politische Linie der Revolutionären Organisation der Tudeh-Partei die theoretische Grundlage und Leitgedanken des Vorbereitungskomitees für die Gründung der Kommunistischen Partei.

Diese ideologisch-politische Linie ist im Laufe der Praxis, in enger Verbindung mit dem Kampf der Massen und schließlich im Laufe der Verbindung des Marxismus-Leninismus und Mao Tse-tung Ideen mit den konkreten Verhältnissen der iranischen Ge-

sellschaft erarbeitet worden. Die rote Linie der Revolutionären Organisation und ihre rote Fahne hat uns nah an jenes Ziel geführt, welches vor fünfzehn Jahren die Gründer der Organisation sich und der gesamten kommunistischen Bewegung Irans gestellt hatten.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Irans

Die Bildung des Vorbereitungskomitees für die Gründung der Kommunistischen Partei Irans ist in Wirklichkeit der letzte Schritt für die Gründung der KP Irans, die die Revolutionäre Organisation gemeinsam mit anderen Marxisten-Leninisten und mit Unterstützung der revolutionären Massen zu Ende gehen werden.

Die Tudeh-Partei Irans ist völlig entartet und heute zu einem Apparat in der Hand einer Handvoll Söldner des russischen Imperialismus geworden, die kein anderes Ziel verfolgt, als der sowjetischen Supermacht zu dienen. Zwischen dieser Partei und der KP, deren Schaffung die Marxisten-Leninisten anstreben, besteht ein antagonistischer Widerspruch. Die Sache der Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, Freiheit und des Sieges der Revolution im Iran ist unvermeidlich abhängig vom Kampf gegen diese Marionettenpartei der sowjetischen Revisionisten und deren völliger Niederlage und Vernichtung.

Die „linken" Opportunisten, die in verschiedenen Formen den Revisionisten Dienste leisten, proklamieren in letzter Zeit Organisationen wie „Bund" und „Kommunistische Partei", um innerhalb der kommunistischen Bewegung Verwirrung zu stiften.

Diese Intellektullengruppen spielen in Wirklichkeit die Rolle des Stoßtrupps der Revisionisten im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong-Ideen.

Die praktischen Kämpfe der Revolutionäre der Organisation, Ausarbeitung des Minimal- und Maximalprogramms vom ersten Tage der Gründung und der allseitige Kampf für die Durchführung der Aufgaben, insbesondere die Betonung auf die Massenbewegung, auf die Verbindung mit den werktätigen Klassen, mit Arbeitern und Bauern, hat heute nach fünfzehn Jahren unermüdlicher Arbeit von tausenden Kadern, Mitgliedern und Sympatisanten der Organisation die Bedingungen für die Gründung der KP Irans geschaffen. Der Aufschwung der kraftvollen Bewegung der Massen macht die Schaffung der KP notwendiger denn je. Unsere Genossen haben überall in die Kämpfe der Massen eingegriffen und wirken heute mehr als je auf sie ein. Insbesonders müssen wir von der wirkungsvollen Arbeit der Märtyrer der Revolutionären Organisation reden. Diese Märtyrer waren meistens die hervorragenden Kader der Organisation, die in komplizierten Verhältnissen und unter Verfolgungsjagd der SAVAK den Kampf der Organisation in Illegalität weiterführten. Unter diesen Märtyrern waren die Genossen Khosrow-Safai und Parvis-Vaeszadeh Marjani von der Führung der Organisation. Sie alle waren konsequente Kommunisten, die felsenfest überzeugt waren vom Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen und der Sache der iranischen Revolution, der zentralen Aufgabe der Marxisten-Leninisten, d.h. die der Schaffung der KP Irans bis zum letzten Atemzug treu blieben.

Wir stehen am Vorabend des Todestages unseres gefallenen Genossen Parvis-Vaeszadeh Marjani. Sein Todestag fällt mit dem gewaltigen Aufschwung der Massenkämpfe und der Herausgabe des „Werktätigen" zusammen. Die Arbeit unserer gefallenen Genossen ist ein Teil der Vorbereitung für die Schaffung der KP Irans und ohne ihre Arbeit wären wir nicht so weit, wie wir jetzt sind.

Hoch die Fahne der KP Irans! Wir unterstützen konsequent diese Losung und rufen alle Genossen, Sympatisanten, Freunde und die kämpfende Bevölkerung Irans auf, mit aller Kraft das Vorbereitungskomitee zu unterstützen und mit ihrer unermüdlichen und selbstlosen Arbeit der Sache der Schaffung der KP Irans zu helfen. Wir rufen alle Marxisten-Leninisten, all diejenige, die dem Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen treu sind, all diejenige, die eine klare antirevisionistische Fahne tragen und sich von der neuen trotzkistischen Strömung innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung abgegrenzt haben, die in Wirklichkeit Revisionismus ist und objektiv dem sowjetischen Sozialimperialismus dient, auf, sich um dieses Komitee zu sammeln, um gemeinsam und schneller die KP Irans siegreich zu gründen.

Die große Bewegung des Volkes unterstreicht noch einaml die Notwendigkeit der Schaffung der KP. Die Lage ist sowohl national als auch international für die Schaffung der KP günstig!

HOCH DIE FAHNE DER KP IRANS!

Fußnote

(1*)
Die Tudeh-Partei wurde gegründet auf Basis eines reformistischen, nicht eines revolutionären Programms. Die Beschlüsse des 1. und 2. Kongresses zeigen, daß ihr Leitgedanke nie der Marxismus-Leninismus war, daher die Bezeichnung „historischer Opportunismus".

رنجبر

"شعار رنجبران وحدت و تشکیلات است"

ارگان کمیته تدارک تشکیل حزب کمونیست ایران
(وابسته به سازمان انقلابی حزب توده ایران)

شماره ۱ — آذر ماه ۱۳۵۷

برافراشته باد پرچم وحدت
مارکسیست ـ لنینیست های ایران

برافراشته باد پرچم حزب کمونیست ایران

Nummer Eins der Zeitung „Der Werktätige"

Wohin geht die Partei der Arbeit Albaniens?

Der folgende Artikel ist in der „Roten Fahne", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Nr. 46 und 47 erschienen. Der Artikel soll eine Übersicht über die Entwicklung der Positionen der Führung der Partei der Arbeit Albaniens und Hinweise zum Studium einzelner Probleme geben. Einige Fragen, die hier nur berührt werden können, sollen in zukünftigen Stellungnahmen behandelt werden. Seit dem VII. Parteitag der PAA vergeht kaum ein Tag, an dem nicht auf irgendeinem Forum heftige Angriffe gegen die KP Chinas, gegen Genosse Mao Zedong sowie ander marxistisch-leninistische Parteien gerichtet werden. Ideologie und Politik der KP Chinas werden in eine Reihe mit dem modernen Revisionismus und Sozialimperialismus gestellt. (1), der „chinesische Revisionismus" wird als „große Gefahr für die Sache der Revolution" (2) bezeichnet, weshalb die Hauptrichtung des ideologischen Kampfes der PAA gegen die KP Chinas gerichtet werden müsse (3), insbesondere gegen die Gedanken Mao Zedongs (4). Die Theorie der Drei Welten des Genossen Mao Zedongs wird als „konterrevolutionär", seine Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats als „Revisionismus„, die Große Proletarische Kulturrevolution als „Fraktionskampf" und „Chaos" verleumdet; auf politischer Ebene wird der KP Chinas „Hegemonismus" vorgeworfen; inzwischen bezeichnet die PAA-Führung die VR China als „sozialimperialistische Macht" auf gleicher Stufe wie die Sowjetunion, bezeichnet sie als „Anstifter eines Dritten Weltkrieges" usw. Demgegenüber ist Albanien „eine einsame strahlende Insel mitten im kapitalistischen und revisionistischen Ozean" (5), dessen vornehmste Aufgabe jetzt darin besteht, eine internationale Front gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistischen Parteien zu bilden. Wie ist es dazu gekommen?

Unfähig, die internationale Lage zu analysieren

Auf dem VII. Parteitag der PAA (1.—7. November 1976), der unmittelbar nach dem Tode des Genossen Mao Zedong und dem Sturz der "Viererbande" abgehalten wurde, beschäftigte sich die PAA-Führung ausführlich mit dem Verhältnis von USA-Imperialismus und sowjetischem Sozialimperialismus. Sie kam zu folgendem widersprüchlichen Ergebnis: „Nach wie vor bleibt er (d. US-Imp., d. Verf.) das politische und ökonomische Hauptbollwerk des kapitalistischen Ausbeutersystems, der große Verteidiger des Kolonialismus und Neokolonialismus, der Hintermann des Rassismus und der Obergendarm der Weltreaktion." (6) In der zusammenfassenden Feststellung aber benennt die PAA-Führung keinen Hauptfeind, sondern setzt USA und SU gleich: „Die Supermächte sind, einzeln oder gemeinsam, im gleichen Maß und auf der gleichen Ebene der Hauptfeind...." (7)

VI. Parteitag: USA und Sowjetunion bilden Allianz

Damit wiederholte E. Hodscha seine Worte auf dem VI. Parteitag vom November 1971, wo er ausgeführt hatte, daß der amerikanische Imperialismus der „der Hauptfeind aller Völker, der größte Unterdrücker und Ausbeuter der anderen Länder, die Bastion der Weltreaktion" (8) sei und bleibe (!) ... daß aber andererseits „ein genauso gefährlicher, genauso listiger und aggressiver Feind...auch der neue revisionistische Sojwetimperialismus" sei. (9) Eine Unterscheidung von sowjetischen Sozialimperialismus und USA-Imperialismus hatte er durch folgende Wendungen abgelehnt: „Die größte konterrevolutionäre Kraft, die dem Kampf der Völker um Freiheit und Sozialismus entgegensteht, ist die sowjetisch-amerikanische Allianz." (10)

Diese „Allianz", also die engste Zusammenarbeit, wurde so nachdrücklich hervorgehoben, daß der Schluß nahegelegt wurde, die Zusammenarbeit und nicht die Rivalität bilde die Hauptseite im Verhältnis von SU und USA: „Die jeweiligen Einflußbereiche werden von beiden Supermächten als vollendete Tatsachen behandelt und respektiert, und sie bemühen sich, einander bei der Beherrschung und Ausbeutung dieser Gebiete nicht im Wege zu stehen." (11) Lediglich ganz zum Schluß einer 21-seitigen Schilderung des angeblichen Gleichgewichts der Supermächte fand sich ein (!) Satz, der folgendermaßen lautete: „Beide Teile beabsichtigen **unter anderem auch**, sich gegenseitig aufzufressen." (12)

Europäische Gemeinschaft und Supermächte werden gleichgestellt

In der Einschätzung der Weltlage ergänzte E. Hodscha auf dem VII. Parteitag die Reihe der Hauptfeinde um die europäischen kapitalistischen Länder: „Das Vereinigte Europa, welches das westeuropäische Kapital ausgeklügelt hat, soll eine neue imperialistische Supermacht werden, mit **gleichen** hegemonistischen Anmaßungen wie die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion ... Sie betreiben den anderen Ländern gegenüber die **gleiche** Politik der wirtschaftlichen Expansion und des Neokolonialismus ..." (13)

Irrige Ansichten über die Kriegsgefahr

In seinen Reden und Aufsätzen macht E. Hodscha deutlich, daß er die Frage der Kriegsgefahr nicht im Zusammenhang mit der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus und nicht im Zusammenhang mit der Zuspitzung **aller** grundlegenden Widersprüche in der Welt behandelt.

Vielmehr betonte er: „Wie unsere Partei

gelehrt hat und jeden Tag lehrt, ist die Welt revolutionär. In einer solchen Weltlage ist der Imperialismus in Gefahr. Deshalb bereitet er den Krieg vor." (14)

Lenin hat grundlegend festgestellt, daß die internationale Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus gezwungen ist, will sie weiter Höchstprofite erzielen, den Kampf um die **„Teilung der Welt"** zu führen. Dieser Kampf kann die verschiedensten **Formen** annehmen („friedliche" und unfriedliche), aber letztlich nimmt er die Form des Krieges an — als der Fortsetzung der Politik. Aufteilung und Neuaufteilung der Welt, sagt Lenin, erfolgt **„nicht etwa aus besonderer Bosheit"** der Kapitalisten, sondern aus ökonomischem Zwang, aus dem Druck der imperialistischen Konkurrenz.

Aber nicht nur die der **kapitalistischen Welt** innewohnenden Widersprüche, die unvermeidlich zu einem erbitterten Ringen unter den imperialistischen Staaten führen, bedeuten Krieg, sondern z.B. auch (um einen der vier grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt herauszugreifen) die Entwicklung des Widerspruchs zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus. **Alle** grundlegenden Widersprüche verschärfen sich, wenn auch in unterschiedlichem Maß. Deshalb ist es unzulässig, nur die Entwicklung eines Widerspruchs isoliert zu betrachten; völlig unzulässig hingegen ist es, wenn man, wie E. Hodscha, nach eigenem Gutdünken behauptet, der Imperialismus treibe nur **deshalb** zum Krieg, weil er durch eine revolutionäre Weltlage „in Gefahr" sei.

Die albanischen Führer gehen diesen Weg der Abwendung von elementaren Erkenntnissen des Leninismus noch einen Schritt weiter, wie wir an folgender Einschätzung zur Weltkriegsgefahr sehen können: „Im Gegensatz zu Lenin, der die Kriegshetze ein Verbrechen genannt hat, weil die Völker den Krieg mit ihrem Blut bezahlen müssen, heizt die Pseudotheorie der ‚Drei Welten' den Weltkrieg an, anstatt sich zu bemühen, die imperialistischen Kriegspläne zu zerschlagen." (15)

Wie kann man so etwas behaupten? Mao Zedong und die KP Chinas haben ununterbrochen betont, daß sie gegen einen Weltkrieg sind, der **„ohne Zweifel der Menschheit enormes Unheil bringen"** wird, und daß niemand diesen Krieg will, „ausgenommen einige wenige Kriegstreiber, die die Weltherrschaft an sich reißen wollen". Sie betonten stets, daß der Weltkrieg verhindert werden könne, wenn es in den Ländern der Supermächte **„zu einer gesellschaftlichen Revolution kommt und sie dadurch zu sozialistischen Ländern werden"**.

Ist eine solche Entwicklung gegenwärtig und in nächster Zukunft absehbar? Sicherlich nicht. Tatsache hingegen ist, daß sich die Rivalität der beiden Supermächte SU und USA von Tag zu Tag verschärft und daß diese Rivalität nicht friedlich beigelegt werden kann. Deshalb betreibt China eine Politik **„für die Hinausschiebung des Kriegsausbruchs"** und der Stärkung des Verteidigungsvermögens aller Völker. Zu dieser Politik zählt auch, Widersprüche zwischen den beiden Supermächten taktisch auszunutzen, um damit dafür zu sorgen, **„daß die beiden nirgendwo auf der Welt Einflußsphären errichten, erweitern, aufteilen und rivalisieren"**. (siehe „Peking Rundschau", Nr. 45, 1977)

Alles in allem kann der Kampf der Dritten sowie der Zweiten Welt gegen den Hegemonismus der Sowjetunion und der USA dazu führen, daß **„der Zeitpunkt der Entfesselung eines Weltkrieges durch die beiden Hegemonialmächte hinausgeschoben"** wird.

Diese Politik ist etwas gänzlich anderes als „Kriegshetze" oder „Kriegstreiberei". Es ist offensichtlich, daß die PAA-Führung den Beweis des Gegenteils nicht antreten kann, sondern bloße Verleumdungen ausstreut. Zum Beispiel bemerkt sie zu dem kürzlich abgeschlossenen Freundschaftsvertrag zwischen China und Japan: China „versucht, diesen Vertrag in eine Barriere gegen die Sowjets im Osten Asiens zu verwandeln und gleichzeitig in ein Mittel für einen eventuellen Marsch Chinas auf die Sowjetunion." (16) Hier wird einerseits richtigerweise festgestellt, daß der Vertrag eine Barriere gegen die SU ist — wohl doch, weil die SU expansionistisch ist. Aber warum wird dann der Spieß umgedreht, warum wird dasselbe der VR China unterstellt? Glaubt die PAA-Führung, daß China so selbstmörderisch sein werde, einen Aggressionskrieg gegen eine Supermacht zu führen? Hat E. Hodscha vergessen, daß China eine reine Verteidigungsarmee besitzt? Glaubt er, daß China die gewaltigen Aufgaben der vier Modernisierungen lösen und gleichzeitig einen solchen Krieg führen könnte? Über Ostasien zu sprechen, ohne ein Wort darüber zu verlieren, welche Macht als einzige in diesem Teil der Welt alle Vorbereitungen, einschließlich militärischer, dafür trifft, die Hegemonie zu erringen — nämlich die SU — das bedeutet, jeden Bezug zur Realität verloren zu haben!

Albanische und sowjetische „Analysen" zum Verwechseln ähnlich

Indem die PAA-Führung den Boden der marxistisch-leninistischen Analyse verläßt, nicht mehr die Tatsachen beachtet und sich über die Wahrheit hinwegsetzt, gerät sie in die Umarmung der sowjetischen Sozialimperialisten. Verfolgt man deren Stellungnahmen zur Politik der VR China, so erkennt man, daß ihre zentrale Behauptung gleichfalls die der „Pekinger Weltherrschaftspläne" und der „Kriegshetze" der VR China ist. (17)

Augenblicklich hat diese Verleumdungskampagne gegen die VR China einen neuen Höhepunkt erreicht. Im sogenannten „Freundschaftsvertrag" zwischen der SU und der SR Vietnam wird vom „Expansionismus Pekings" gesprochen, gegen den sich die SU und Vietnam zusammenschließen müssen. („Neues Deutschland", vom 4.11.78) Im sowjetischen Fernsehen werden vietnamesische Filme gezeigt, die den Angriff chinesischer Soldaten auf Vietnam beweisen sollen.

Jede Reise jeder chinesischen Delegation in irgendein Land wird als „Schüren von Spannungen" bezeichnet, jeder Wirtschaftsvertrag als unmittelbar gegen die SU gerichtet, usw. Und in Gleichschritt mit dieser massiven Verleumdungskampagne der sowjetischen Sozialimperialisten steigert die PAA-Führung ihre antichinesischen Angriffe, bezichtigt die VR China der Expansion, unterstützt in auffallender Weise die Politik Vietnams in Südostasien, verschweigt in ebenso auffallender Weise die Rolle Kubas in allen Aggressionsgebieten der SU!

Es ist nichts Neues, daß die modernen Revisionisten versuchen, China als Kriegstreiber zu verleumden. Darauf hat die KP Chinas bereits 1963 in der „Polemik über die Generallinie" geantwortet. (18) Schon damals gelang es den modernen Revisionisten nicht, auch nur den Schein eines Beweises für den „Expansionismus" oder gar das „Weltherrschaftsstreben" Chinas anzutreten. Genausowenig heute! Wo gibt es denn Belege dafür, daß das Gesellschaftssystem der VR China den Drang nach Expansion hervorbringt? **Wo ist der Beweis für die Behauptung, China sei „sozialimperialistisch"?** Gibt es zwischen der VR China und irgendeinem Land der Welt ein Verhältnis der Abhängigkeit oder den Versuch, ein Land irgendwie unter Druck zu setzen? Hat nicht kürzlich erst der laotische Präsident Souphanouvong, dessen Land man nicht gerade der Gegnerschaft zur Sowjetunion bezichtigen kann, entsprechende Verleumdungen mit den Worten zurückgewiesen: „Dadurch wird ein Keil zwischen **das laotische Volk und das chinesische Volk getrieben." (19) Und schließlich: Kann man,** um eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung einer angeblich expansionistischen Politik zu nennen, einen Ausbau der chinesischen Streitkräfte, einer reinen Verteidigungsarmee, für eine solche Aufgabe erkennen? Dies alles ist nicht der Fall. Es kann böswillig behauptet werden — einen Beweis dafür müssen sowohl die sowjetischen Sozialimperialisten als auch die PAA-Führer schuldig bleiben!

Die PAA-Führer verwechseln objektiv und subjektiv Allgemeines und Besonderes

Auf dem VII. Parteitag sagte Hodscha über die Blockfreienbewegung: „Das Schlagwort von den „blockfreien Staaten" ruft den falschen Eindruck hervor, es habe sich eine Gruppe von Staaten gebildet, der es möglich sei, sich den Blöcken der Supermächte „entgegenzustellen"; es entsteht der Eindruck, diese Länder seien alle ausnahmslos antiimperialistisch, gegen den Krieg, gegen das

Diktat anderer, sie seien **„demokratisch"**, ja sogar **„sozialistisch"**.(20)

Dieser Eindruck entsteht keineswegs, wenn man nur etwas genauer hinsieht, was die KP Chinas dazu sagt, erfährt man, daß die Theorie der Drei Welten von erheblichen Unterschieden in den einzelnen Ländern ausgeht. **„Manche sind Revolutionäre...Andere sind Fortschrittliche und in der Mitte stehende mit unterschiedlichen Anschauungen. Wenige sind Reaktionäre. Es gibt sogar einzelne Agenten des Imperialismus oder Sozialimperialismus. Solche Phänomene sind unvermeidlich, solange Klassen existieren, solange Proletariat, Bauernschaft, Kleinbürgertum, verschiedene Arten von Bourgeoisie Gutsbesitzerklasse und andere Ausbeuterklassen existieren".** (S. 53, Broschüre)

Doch: ist die Bewegung der blockfreien Länder, bei allen inneren Unterschieden, ein Fortschritt oder nicht gegenüber jenen Zeiten, da der Imperialismus in diesen Ländern tun und lassen konnte, was er wollte? Stärkt oder schwächt es den Imperialismus, wenn er nicht mehr auf die Gefolgschaft einer Reihe von Ländern rechnen kann? Wird das Potential des Imperialismus dadurch größer oder geringer?

Die Stellungnahme der PAA-Führer gegen die blockfreien Länder ist keine einzelne, zufällige Äußerung. Das Beispiel zeigt aber in deutlicher Weise: die PAA-Führer setzen deren objektive Bedeutung bei der Schwächung des Imperialismus gleich mit einer subjektiven revolutionären Haltung und Politik der Regierungen dieser Länder.

Blockfreie Länder — subjektiv und objektiv revolutionär?

Die Kritik all dieser zitierten Auffassungen kann nicht auf der Ebene einfacher politischer „Fehleinschätzungen" geführt werden; vielmehr bedeuten die Auffassungen der PAA-Führer eine Abkehr von dialektischem Materialismus und der marxistisch-leninistischen Methode einer **„konkreten Analyse einer konkreten Situation"**! Im (internen) Zirkular der Parteileitung der KPD vom Dezember 1976 hieß es zu den Ergebnissen des VII. Parteitages der PAA: **„Wie können zwei Mächte, „im gleichen Maß und auf der gleichen Ebene der Hauptfeind sein? das würde bedeuten, daß zwischen ihnen ein Gleichgewicht besteht, dieses Gleichgewicht im Widerspruch der Supermächte untereinander kann aber nur ein vorübergehendes sein".(21)**

In seinem theoretischen Werk „Über den Widerspruch" stellte Mao Zedong allgemeingültig fest: „Die Seiten eines Widerspruchs entwickeln sich ungleichmäßig. Zuweilen scheint es, daß zwischen ihnen ein Gleichgewicht besteht; doch ist dieses nur vorübergehend und relativ, während die ungleichmäßige Entwicklung das Grundlegende bleibt".(22)

E. Hodscha und andere PAA-Führer rührt anscheinend überhaupt nicht, daß schon Lenin die materialistische Dialektik bei der Analyse des Imperialismus anwendend, das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung als grundlegend festhielt. Bezogen auf das Verhältnis der einzelnen Monopole und Länder zueinander analysierte Lenin: „Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben."(23)

Die PAA-Führung erkennt zwar diese Feststellungen an, aber dabei bleibt es. Die Aussagen Lenins werden nicht dazu verwendet, eine konkrete Analyse der heutigen Situation zu leisten - deshalb beantwortet die PAA-Führung auch nicht die Frage, wer der absteigende und wer der aufsteigende Imperialismus ist. Die albanischen Führer verstehen den Marxismus-Leninismus, die materialistische Dialektik, nicht als Methode der Analyse von widersprüchlichen Erscheinungen. Grundlegende marxistisch-leninistische Feststellungen (wie, daß es in der gegenwärtigen Epoche vier hauptsächliche Widersprüche in der Welt gibt) werden von der PAA-Führung bereits als die konkrete Analyse einer konkreten Situation angesehen; sie begreift nicht, daß es - von der Existenz dieser vier grundlegenden Widersprüche **ausgehend** - darauf ankommt, den widersprüchlichen Prozeß der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Welt konkret zu analysieren. Hinter den zitierten Äußerungen, wie allgemein hinter der Kritik der Theorie der Drei Welten durch die PAA-Führer, steht eine **Methode, die unsere Partei** anhand der Ergebnisse des VII. Parteitages der PAA so charakterisierte:

Dabei zeigt sich besonders eine durchgehende Verwechslung des Allgemeinen mit dem Besonderen, des grundsätzlichen Standpunkts mit der konkreten Analyse, der grundlegenden Widersprüche mit ihren konkreten Ausprägungen".(24)

Dies wird nirgends deutlicher, als wo aus einer solchen allgemeingültigen Feststellung - als konkrete Analyse einer konkreten Situation ausgegeben - die strategischen Schlußfolgerungen gezogen werden, wie das folgende Beispiel zeigt: „Auch was die Einschätzung der von den verschiedenen Staaten und Regierungen verfolgten Politik betrifft, gehen die Marxisten ebenfalls vom Klassenstandpunkt aus, von der Haltung, die diese Regierungen und diese Länder zum Imperialismus und zum Sozialismus, zum eigenen Volk und zur Reaktion einnehmen".(25) Was folgt aus dieser „Analyse", die „vom Klassenstandpunkt aus" hingeschrieben wurde?

„Die Freiheit und die Unabhängigkeit, der Sozialismus und die Revolution können nur dann verteidigt und erfolgreich vorangetrieben werden, wenn man **mutig und entschlossen** gegen **alle Feinde** des Proletariats und der Völker, gegen die Imperialisten, seien es nun die amerikanischen und sowjetischen, die neuen oder die alten Imperialisten, gegen die Revisionisten aller Schattierungen und gegen die Reaktionäre aller Länder kämpft, gegen all diejenigen, die die Völker und das Proletariat überlisten wollen"(26) Ergebnis: Erstellt man keine konkrete Analyse, sondern zitiert allgemein richtige Lehrsätze, dann folgt für die Strategie, daß man „mutig" und „entschlossen" gegen „alle" kämpfen muß. Eine wahrhaft „revolutionäre" Strategie!

Was gebietet der Leninismus? Daß man vom Klassenstandpunkt — und dies bedeutet vom Standpunkt des Proletariats, bezogen auf die Weltrevolution - die Weltlage analysiert. So stellte Lenin nach der Oktoberrevolution fest, daß die „Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden" muß, „daß diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht..."(27) Leugnet diese Einteilung, daß es bürgerlich-kapitalistische Länder und das sozialistische Land gibt? Verließ Lenin bei dieser Einteilung der Kräfte auf der Welt den Klassenstandpunkt?

Es ist gerade die Verwechslung von Allgemeinem und Besonderem, was die „wissenschaftliche Methode" der PAA-Führer auszeichnet, wenn sie zu einer so wichtigen Frage wie der Beurteilung der verschiedenen imperialistischen Länder nichts anderes auszuführen haben als dies: „Jeder Imperialismus ist aufgrund seiner Natur stets ein wütender Feind der proletarischen Revolution, daher ist vom strategischen Standpunkt der Weltrevolution aus die Einteilung der Imperialismen in mehr oder weniger gefährliche falsch."(28) Nicht nur Lenin, sondern auch Stalin und Mao Zedong werden durch diese Aussage zu „Revisionisten"; Stalin unterschied bekanntlich vor dem 2. Weltkrieg zwischen aggressiven und nichtaggressiven imperialistischen Staaten (29) und entwickelte auf dieser Grundlage die Strategie der weltweiten Einheitsfront gegen den Faschismus! Dasselbe tat Mao Tsetung, der 1940 feststellte: **„Obwohl die Kommunistische Partei gegen jedweden Imperialismus ist, muß sie zwischen dem japanischen Imperialismus , der eine Aggression gegen China verübt, und den anderen imperialistischen Mächten, die gegenwärtig keine aggressiven Handlungen unternehmen, einen Unterschied machen..."(30)**

Man könnte die Reihe der Beispiele beliebig fortsetzen und wird immer wieder auf das Gleiche treffen, was wir 1976 wie folgt beschrieben:

„Grundlage für all diese Fehler ist, daß die an sich richtige Erkenntnis der Unversöhnlichkeit von Reaktion und Revolution, von Kapitalismus und Sozialismus, Kapitalistenklasse und Proletariat, als Analyse der konkreten Situation betrachtet wird, daß die vielfältige Differenzierung der Klassenkräfte im Weltmaßstab bei dieser Betrachtungsweise verlorengeht. Weil der Graben zwischen diesen grundsätzlichen Seiten als die entscheidende Bestimmung auch der aktuellen Situation genommen wird, fällt auf die Seite des „Revolutionären" nicht, was die Weltrevolution gegenwärtig objektiv vorantreibt, sondern nur, was seinem Programm nach revolutionär ist; auf die Seite des Reaktionären fällt alles, was nicht Herrschaft des Proletariats oder des Volkes ist oder dafür eintritt."(31)

Besonders in den Veröffentlichungen der PAA in den letzten zwei Jahren erscheint die PAA als der einzig konsequente Vorkämpfer gegen den modernen Revisionismus; die KP Chinas wird als schwankend bzw. zuletzt als selbst revisionistisch verleumdet. (32) Sehen wir, welche „antirevisionistischen" Positionen die PAA-Führer auf ihrem letzten Parteitag eingenommen haben, und betrachten wir dann einige geschichtliche Tatsachen des Kampfes gegen den modernen Revisionismus.

Der VII. Parteitag über kapitalistische Restauration und modernen Revisionismus

Der Rechenschaftsbericht des VII. Parteitages stellte fest: Der Revisionismus ist „Hauptgefahr und Hauptfeind unserer Partei".(33) Zugleich geht er davon aus, daß der Klassenkampf „sowohl gegen die äußeren und inneren Feinde als auch im Volk und und in ihren (der Partei, d.Verf.)Reihen geführt "(34) werden muß. Das sind zunächst einmal allgemein richtige Feststellungen. Wie aber sieht das Verhältnis von Klassenkampf und Kampf gegen den modernen Revisionismus aus, wie führt die PAA diesen Kampf zur Verhinderung des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus? Die Gefahr der Restauration des Kapitalismus, sagt Hodscha, geht „nicht nur auf die ausländischen Agenten und Diversanten" zurück, sondern geht auch von „anderen Feinden des Sozialismus, die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft entstehen, aus...In der sozialistischen Gesellschaft besteht die Gefahr, daß neue bürgerliche Elemente entstehen und zu Konterrevolutionären werden".(35) Dies gehe zurück auf „einige sozialökonomische Bedingungen, die in der Übergangsphase in dieser Gesellschaft vorhanden sind".(36) Soweit gut. Was aber folgt aus diesen Feststellungen? Im gesamten Rechenschaftsbericht wie auch in anderen Veröffentlichungen der PAA werden diese Feststellungen nicht konkretisiert und weiterentwickelt!

Mao Zedong dagegen hat, entsprechend den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus und angesichts der historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats in der SU, in seinem Werk „Über die richtige Behandlung von Widersprüchen im Volke" sowie an anderen Stellen die objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaft untersucht; er hat dabei festgestellt, daß es in der sozialistischen Gesellschaft auch nach der Vollendung der sozialistischen Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln nach wie vor Klassengegensätze und Klassenkampf gibt, daß der Kampf zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Weg die ganze Periode des Sozialismus durchzieht. Er verwies auf die bestehenden wirtschaftlichen Probleme in der sozialistischen Gesellschaft, wie z.B. das unterschiedliche Lohnniveau innerhalb der Arbeiterklasse und auf die Notwendigkeit, die sozialistische Revolution auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem und kulturellem Gebiet zu vollenden. Er unterstrich besonders, daß es in der sozialistischen Gesellschaft zwei Kategorien von gesellschaftlichen Widersprüchen gibt, nämlich Widersprüche innerhalb des Volkes und Widersprüche zum Feind, wobei die Widersprüche im Volk die zahlreichsten sind, und betonte: nur durch die deutliche Unterscheidung dieser verschiedene Arten von Widersprüchen und ihre richtige Behandlung mit Hilfe entsprechender Methoden kann sich die Kommunistische Partei mit mehr als 90 Prozent der Bevölkerung zusammenschließen und die Diktatur des Proletariats festigen, kann sie vermeiden, daß sich die neuen bürgerlichen Elemente ausbreiten, in der Gesellschaft und in der Partei Einfluß gewinnen. **Und in Bezug auf die Kommunistische Partei hielt Mao zedong fest, daß** der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie auch in der Partei seine Widerspiegelung finden muß, daß er seinen Ausdruck im Kampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linie findet.

Die PAA-Führer kommen hingegen bei der Klassenanalyse ihrer Gesellschaft nicht über die folgenden Feststellungen hinaus: „Dadurch, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse vollständig errichtet wurden, endete auch der Prozeß der Liquidierung der Ausbeuterklassen als Klassen. Unsere Gesellschaft besteht jetzt aus zwei befreundeten Klassen, der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern sowie der Schicht der Volksintelligenz. Das grundlegende Merkmal der heutigen Klassenstruktur in unserem Land stellt das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern unter Führung der Arbeiterklasse dar sowie die Tatsache, daß die Einheit des Volkes auf ein qualitativ neues Niveau gehoben wurde"(37)

Verneinung der historischen Erfahrungen über die neue Bourgeoisie

Seit dem III.Parteitag der PAA (im Mai 1956) hält die PAA an der dort ausgegebenen Linie Hodschas fest, der über den Klassenkampf im Sozialismus nur soviel sagte, „daß ein enges Verständnis der ununterbrochenen Verschärfung des Klassenkampfes in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus nicht richtig ist". (38) Mit dieser und der folgenden Feststellung: „Das heißt aber keineswegs, daß der Klassenkampf erlischt, und daß die gestürzten Klassen freiwillig auf den Kampf verzichten" (39) wird jeder Marxist-Leninist einverstanden sein, sofern sie den **Ausgangspunkt** einer konkreten Analyse darüber bildet, auf Grund welcher besonderen Umstände, in welchen besonderen Formen der Klassenkampf tatsächlich verläuft, welches die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bedingungen für das Entstehen einer bürgerlicher Elemente sind und welche Methoden die Kommunistische Partei anwenden muß, um eine Restauration des Kapitalismus zu vermeiden. Aber es sind gerade diese Analysen, die in keiner Darlegung der PAA-Führung enthalten sind. Deshalb sind idealistischen Spekulationen Tür und Tor geöffnet! So gab Hodscha auf dem III. Parteitag eine Erklärung aus, die trotz der historischen Erfahrungen der Restauration des Kapitalismus in der SU im Kern bis heute beibehalten wird. Sie lautete: „Der prinzipienfeste Kampf **der Partei**, ihre **Erfolge** in allen Lebensbereichen des Landes sowie der heroische Kampf unseres **Volkes**, das unter Führung der Partei erfolgreich den Sozialismus aufbaut, **führen dazu**, daß in jedem Augenblick und in jeder Etappe solche abenteuerlichen, karrieristischen und feindlichen Elemente zum Vorschein kommen, die versuchen, den Vormarsch unserer sozialistischen Gesellschaft aufzuhalten. Das ist das Gesetz des Widerspruchs (!)" (40).

So wie an bereits zitierter Stelle die Weltkriegsgefahr angeblich aus der Revolution resultiert, ist es hier der Kampf der Partei und des Volkes, der für das Entstehen bürgerlicher Elemente verantwortlich sein soll.

Innerparteilicher Kampf: Nicht um die richtige Linie, sondern gegen ihre Erscheinungsform

So, wie die PAA-Führung lediglich das Aufkommen einzelner bürgerlicher Individuen in der Gesellschaft vermerkt, sieht sie auch die Verhältnisse innerhalb der Partei. Sie gesteht zu, daß das Aufkommen vereinzelter Abweichler auch ideologischen Kampf zur Folge hat, aber niemals den Kampf zweier Linien, der proletarischen ggen die bürgerliche. Die Partei „hatte und hat eine einzige Linie, die marxistisch-leninistische Linie, die sie treu verteidigt und entschieden verfolgt hat." (41) Alle Abweichungen werden durchgehend als „fremde Erscheinungen" bezeichnet. Und da es nur eine Linie geben kann, wird die Auseinandersetzung mit feindlichen Strömungen innerhalb der Partei auch nicht als Frage der **Linie** in der sozialistischen Politik und Ökonomie, sondern als Frage der Führungsmethode behandelt. Revisionisten können daher nicht im Kampf um die korrekte **Linie** in der sozialistischen Politik und Ökonomie, sondern als Frage der Führungsmethode behandelt. Revisionisten können daher nicht **im Kampf um die korrekte Linie entlarvt** werden, sondern sie werden an den **Erscheinungsformen** ihrer revisionistischen Linie kritisiert: Als vom „Bürokratismus" und „Liberalismus" befallen. Die „richtige Linie" wird **gleichgesetzt** mit der Erfüllung gegebener Prinzipien und der Ausführung gefällter Beschlüsse; indem die Abweichung von Prinzipien und Beschlüssen nicht auf dem Hintergrund des Klassenkampfes in der Gesellschaft, als Ausdruck nichtproletarischer Standpunkte inhaltlich kritisiert wird, sondern die Tatsache der Abweichung bereits als „Beweis" für „Revisionismus" gilt, kann die Ursache des Revisionismus nicht wirklich ergründet werden. Diese falsche Auffassung drückt sich konzentriert in der einseitigen Feststellung Hodschas aus, daß die bürgerliche Entartung der Partei „unmittelbar auch mit der Abkehr von den Prinzipien und Normen der Partei oder mit ihrer Umwandlung in tote Formen zusammen" (42) hängt. So kommt in den Überlegungen der PAA-Führer die Frage der Entfaltung der Demokratie im Volk bei der Entfaltung des Klassenkampfes, die Frage der Behandlung der Widersprüche im Volk, die Einbeziehung des Volkes beim Kampf gegen eine feindliche Linie innerhalb der Partei, nicht ein einziges Mal vor. Die PAA stellt im Gegenteil die Forderung, daß alle Haltungen und Handlungen, wie „Abwarten oder Abenteurertum, Verwirrung, Angst, Kursverlust im Kampf, . . .Kapitulation vor dem Druck der Feinde" usw. ausschließlich durch die „Prinzipien und Normen in der Tätigkeit jedes führenden Organs . . ." (43) zu beseitigen sind. Die Große Proletarische Kulturrevolution, die neue Formen der revolutionären Masseninitiative entwickelte, die die Verteidigung des Sozialismus zur Angelegenheit der Volksmassen machte, wird daher von der PAA-Führung konsequent abgelehnt.(44) Weil der innerparteiliche Kampf nicht als Widerspiegelung des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie verstanden wird, der gestützt auf die Massen des Volkes geführt werden muß, damit diese immer besser lernen, zwischen bürgerlicher Linie und proletarischer Linie zu unterscheiden, treten die organisatorischen Maßnahmen zur Behandlung innerparteilicher Kämpfe an die erste Stelle, die bis zur physischen Liquidierung von Mitgliedern reichen, die abweichende Meinungen vertreten. (45)

Moderner Revisionismus ohne kapitalistische Restauration?

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Lehren aus dem Sieg des modernen Revisionismus und der Verwandlung der proletarischen Diktatur in der SU in eine bürgerliche Diktatur von den PAA-Führern nicht verstanden worden sein können. Betonte die „Polemik über die Generallinie" die enge Wechselbeziehung zwischen der alten, gestürzten Bourgeoisie und anderen Ausbeuterklassen mit dem ideologischen und politischen Einfluß der Bourgeoisie sowie den „spontanen Kräften des Kapitalismus" in der umfangreichen Kleinproduktion auf der einen Seite und dem Entstehen und der Ausbreitung bürgerlicher Ideen in der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite (46), so ist für E. Hodscha die Sache ganz einfach: „Durch die Abkehr von den Prinzipien der Diktatur des Proletariats trat dort der Revisionismus . . . auf den Plan und führte zur Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung . . ." (47). Für ihn ist Revisionismus nicht bereits der Machtantritt der Bourgeoisie, sondern die modernen Revisionisten weichen zuerst von Prinzipien und Normen ab, dann erst erfolgt — irgendwie und irgendwann — die Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Bereits in der „Polemik über die Generallinie" hatte die KP Chinas im Jahre 1963 ausgeführt, daß einer der Gründe für das Entstehen neuer bürgerlicher Elemente auf das von Genossen J.Stalin nicht richtig behandelte Verhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der sozialistischen Gesellschaft zurückzuführen ist.

„Stalin betonte einseitig die Eintracht innerhalb der sozialistischen Gesellschaft und vernachlässigte deren Widersprüche. Er stützte sich im Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte nicht auf die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen. Er sah die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus lediglich in Verbindung mit einem bewaffneten Angriff seitens der internationalen Imperialismus. Das war sowohl theoretisch als auch praktisch unrichtig." (48)

Da Stalin zeitweilig von falschen Grundannahmen ausging, behandelte er auch die Widersprüche im Volk falsch, denn eine richtige Behandlung ist nur möglich, wenn man sich über die Basis der bürgerlichen Ideologie im klaren ist. Sieht man nur Einheit, muß jeder Widerspruch antagonistisch behandelt werden.

Die PAA-Führung leugnet nicht nur diese wichtige Erfahrung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, sondern betont im Gegenteil ausdrücklich, daß negative Erfahrungen für sie positiv sind, wenn sie schreibt:

„Unsere Partei ist der Meinung, daß J.W.Stalin in seiner **gesamten** theoretischen und **praktischer Tätigkeit** nicht nur einer der hervorragendsten Führer und Persönlichkeiten in der Sowjetunion, sondern auch der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, einer der feurigsten Beschützer und der **größte Theoretiker** des Marxismus-Leninismus **war und ist.**" (49).

Hodscha: Kein Unterschied zwischen Sowjetrevisionismus und Sozialimperialismus!

Als besonders gravierender Fehler der PAA-Führung muß ihre Analyse des sowjetischen Sozialimperialismus angesehen werden. Der Rechenschaftsbericht an den VII.Parteitag bezeichnet die imperialistische Expansionspolitik der SU bereits als **Plan** Chruschtschows bei dessen Machtantritt, als Plan, der bereits während der revisionistischen Entartung der KPdSU entstanden war.(50) Die PAA stellt sich nicht die Frage nach der Gesetzmäßigkeit der Herausbildung des Sozialimperialismus aus dem restaurierten Kapitalismus in der Sowjetunion, sie unterläßt den Versuch einer materialistischen Analyse des qualitativen Schritts, der vom Chruschtschow-Revisionismus zur Politik der Supermacht Sowjetunion gemacht wurde. Durchgehend wird deshalb bei der Darstellung des Sozialimperialismus von „Chruschtschow-Revisionismus" gesprochen: Breschnew wird nur ein Mal, im Zusammenhang mit Chruschtschow, erwähnt.

Zwar wird in der Darlegung der PAA der imperialistische Charakter der SU benannt. Aber ohne den Gesichtspunkt des Entstehens einer bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs in der SU, die „sich den Reihen des internationalen Imperialismus bei der Aufteilung der Welt anschließen und eine äußerst wütende sozialimperialistische Politik" zu befolgen begann, ist „der entscheidende Schlüssel für die Analyse der internationalen reaktionären Strömung des modernen Revisionismus damit aus der Hand gegeben!" (51) Einige Folgen aus dieser Betrachtungsweise liegen auf der Hand.

* Die besondere Gefährlichkeit der „aufsteigenden" imperialistischen Großmacht SU, welche durch die Tatsache der konzentriertesten Form des staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Lenkungsapparates in den Händen einer Monopolbourgeoisie neuen Typs noch gesteigert wird, kann nicht verstanden werden. Dies führt zu einer Unterschätzung des sowjetischen Sozialimperialismus; es verkennt daher auch die tatsächliche Rolle der modernen Revisionisten der KPdSU und ihre weltweiten Ambitionen.
* Da der moderne Revisionismus der KPdSU nicht als Linie des Weltherrschaftsstrebens einer Monopolbourgeoisie neuen Typs analysiert wird, wird auch die Agenturfunktion der anderen Parteien des modernen Revisionismus für den Sozialimperialismus geleugnet; aus der den Tatsachen widersprechenden These der PAA über die „Verschmelzung"(52) der revisionistischen Parteien des Westens mit der Sozialdemokratie kann daher keine wirkliche Waffe gegen diese Parteien geschmiedet werden.
* Aus ihrem Verständnis des Verhältnisses von modernem Revisionismus und Restauration des Kapitalismus nährt die PAA-Führung die Illusion hinsichtlich einiger Länder Osteuropas, daß die Herrschaft des modernen Revisionismus nicht gleichbedeutend mit einer vollständigen kapitalistischen Restauration sei. So fragte die PAA anläßlich des „Prager Frühlings" hinsichtlich der Politik Dubceks: „Wie entfaltet sich die neue Konterrevolution in der Tschechoslowakei?" und gab selbst die Antwort: „**In Richtung Kapitalismus**, der vollständigen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und regierungsmäßigen Restauration der bürgerlich-kapitalistischen Republik."(53) So, wie die PAA A.Dubcek als das „größere Übel" gegenüber Novotny bezeichnete, so verleumdet sie heute den (bürgerlich-)demokratischen Widerstand in der CSSR als das noch größere Übel. Ihre Haltung zu den sowjetischen Dissidenten ist die gleiche!

Aus alldem geht schon deutlich hervor, daß ein enger ideologischer Zusammenhang in

der Behandlung des modernen Revisionismus in der SU, in der Behandlung der Frage der Restauration des Kapitalismus in der SU und in der Behandlung der entsprechenden Probleme in der albanischen Gesellschaft besteht. Dieser Zusammenhang besteht darin, konkrete widersprüchliche Entwicklungen nicht vom Standpunkt des dialektischen Materialismus konkret zu analysieren, die Analyse durch die Zitierung allgemeiner Lehrsätze zu ersetzen. Gelingt dies nicht, nehmendie Analysen der Probleme subjektivistischen oder idealistischen Charakter an. Insgesamt gesehen praktizieren E.Hodscha und andere PAA-Führer bei der Lösung konkreter Widersprüche den Dogmatismus.

Einige historische Tatsachen des Kampfes der KP Chinas und der PAA gegen den modernen Revisionismus

Nach Auskunft der PAA-Führer hat E.Hodscha als einziger „von Anfang an" den modernen Revisionismus „konsequent und entschlossen" bekämpft; danach sei die Übereinstimmung der KP Chinas mit seinen Positionen „nur oberflächlich" gewesen und habe auf die „Versöhnung mit den Sowjets" und das „Ersticken der Polemik" abgezielt.(54) Wir werden sehen, daß das genaue Gegenteil der Fall war und nachweisen, mit welchen Methoden die PAA-Führer skrupellos die Geschichte fälschen.

KP Chinas und PAA im Kampf gegen den modernen Revisionismus vor 1960

Eine Fälschung der Geschichte (wir werden später sehen, wozu diese dient) ist zunächst einmal die Behauptung der PAA-Führung, die Bukarester Tagung der Kommunistischen Parteien (1960) und die Moskauer Konferenz des gleichen Jahres seien der Beginn der „offenen Polemik" gegen die Chruschtschowrevisionisten gewesen. (Bekanntlich begann die offene Polemik durch den Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14.Juli 1963).

Nehmen wir einmal an, 1960 sei das Jahr des Beginns der „offenen Polemik" gewesen: was geschah in den Jahren davor? Durften sich die Marxisten-Leninisten nicht mit dem modernen Revisionismus auseinandersetzen? Für die PAA scheint dies gegolten zu haben. Ist es nicht merkwürdig, daß Dokumente, in denen die PAA-Führer in jener Zeit den modernen Revisionismus grundlegend, „konsequent" und „entschlossen" bekämpfte, nicht vorliegen? Ganz im Gegenteil zu den „schwankenden" und „oberflächlichen" Schriften und Äußerungen Mao Tsetungs und der KP Chinas?! Um nur das wichtigste zu nennen:

* **„Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats" (April 1956), worin der „friedliche Weg" und die „friedliche Koexistenz" Chruschtschows kritisiert werden.**
* **„Über die zehn großen Beziehungen" (April 1956).**
* **„Noch einmal über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats" (Dezember 1956; in „Zeri i Popullit" vom 30.12.56 sogar nachgedruckt).**
* **„Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" (Februar 1957), worin wichtige Schlußfolgerungen aus den Fehlern der KPdSU gezogen sind.**
* **Das Auftreten Mao Zedongs auf der Moskauer Beratung von 1957, dem zu verdanken ist, daß in dem abschließenden Dokument keine prinzipiell falschen Thesen Chruschtschows enthalten waren.**

Das Gemeinsame all dieser und anderer Schriften ist, daß sie die ideologischen und politischen Auffassungen Chruschtschows **grundlegend** kritisieren. Heute, da der V.Band der Ausgewählten Werke Mao Zedongs vorliegt, haben die Marxisten-Leninisten Gelegenheit, von der Kritik Mao Zedongs am modernen Revisionismus der 50er Jahre zu lernen; sie können selber sehen, wie unglaubwürdig die Behauptung Hodschas ist, „die Opposition der KP Chinas basierte auf taktischen Überlegungen"!(55)

Sehen wir uns im Gegensatz hierzu einige Beispiele des „antirevisionistischen Kampfes" der PAA-Führung an!

Ein entscheidendes Kriterium zur Unterscheidung zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten ist die Haltung zu den revisionistischen Thesen Chruschtschows auf dem XX.Parteitag der KPdSU (Februar 1956), zur Frage des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" und zur Frage der Kriegsgefahr. Hören wir die Einschätzung E.Hodschas:

* „Die PAA hat immer erklärt und erklärt auch jetzt, daß die Erfahrungen der KP der Sowjetunion, die Erfahrungen ihrer Parteitage, einschließlich des 20. und 22.Parteitages, immer eine große Hilfe auf unserem Weges zum Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft waren, sind und sein werden."(!)(56)
* „Obwohl wir sagen, daß wir nur mit einigen Thesen des 20.Parteitages nicht einverstanden sind, gefällt es den sowjetischen Führern, die Dinge abzurunden, sie sagen mit dem ganzen Parteitag."(57)

Wenn die 1971 herausgegebene „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens" über die Einschätzung des 20.Parteitages der KPdSU durch den III.Parteitag der PAA schreibt: „Alle Schlußfolgerungen und Beschlüsse des III.Parteitages waren von einem revolutionären, marxistisch-leninistischen Geist durchdrungen, der sich in gründlichem Widerspruch zu dem revisionistischen Geist befand, der die Schlußfolgerungen und Beschlüsse des XX.Parteitages der KP der SU kennzeichnete",(58) weshalb konnte dann E.Hodscha noch 6 Jahre nach dem XX.Parteitag, der durch „revisionistischen Geist" gekennzeichnet war, eine so würdigende Aussage machen? Er hat sie nicht gemacht! „Entschlossen" und „konsequent" wird der hier im Original zitierte Text in einer späteren Fassung so dargeboten: „Die PAA hat immer erklärt und erklärt auch heute, daß uns die Erfahrungen der KPdSU auf unserem Weg, um die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, eine große Hilfe waren."(59)

Auch hinsichtlich der Kriegsgefahr verfährt die PAA nicht anders. Noch 1 1/2 Jahre nach dem XX.Parteitag der KPdSU trug E.Hodscha dies vor:

* „Bekanntlich hat der 20.Parteitag, ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Kommunismus und der internationalen kommunistischen Bewegung, nicht nur eine große Zahl marxistisch-leninistischer Thesen entwickelt, wie die These der friedlichen Koexistenz, die These von der Möglichkeit der Vermeidbarkeit von Kriegen, von den Wegen, die die Machteroberung der Arbeiterklasse sichern usw., sondern er hat auch das grandiose Programm des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus aufgestellt..."(60)

Bei der gleichen Gelegenheit führte E.Hodscha - frei nach Chruschtschow - aus:

* „Gegenwärtig wurde dank der Existenz der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, dank der Vereinigung der Arbeiter und der fortschrittlichen Menschheit um die Sowjetunion und um ihre Friedenspolitik auch die Möglichkeit geschaffen, Kriege zu vermeiden."(61)

Dieser und andere Texte zirkulieren seit 1960 nicht mehr, sind aus allen Bibliotheken verschwunden oder durch „verbesserte Auflagen" ersetzt.(62)

Daß E.Hodscha die revisionistische Linie der generellen Vermeidbarkeit aller Kriege im Imperialismus noch 5 Jahre nach dem XX.Parteitag vertrat, beweist seine Rede zum 44.Jahrestag der Oktoberrevolution:

* „Unsere tiefe Überzeugung, daß heute ein Weltkrieg und **die anderen aggressiven Kriege**", die der Imperialismus vom Zaun bricht, verhindert werden können, stützt sich keineswegs auf die 'guten Absichten der Häupter' des Imperialismus, sondern auf das kolossale ökonomische, politische und militärische Potential des mächtigen Lagers des Sozialismus, auf die Einheit und den Kampf der internationalen Arbeiterklasse sowie auf den entschlossenen Kampf der Völker der ganzen Welt gegen die imperialistischen Kriegshetzer sowie auf die Einheit und Geschlossenheit aller friedliebenden Kräfte."(63)

Die „verbesserte" Auflage der Rede aus dem Jahre 1976 ersetzt „**die** anderen aggressiven Kriege" durch **andere** vom Imperialismus angezettelte Kriege...", und „des mächtigen **Lagers** des Sozialismus" durch „der sozialistischen **Länder**"!(64)

Man kann sich nicht vorstellen, daß E. Hodscha auf der Grundlage solcher Einschätzungen die KP Chinas vor dem „Umfallen" bewahrt hat. Wäre dem so gewesen, so hätte sich dies auf den wichtigsten internationalen Konferenzen, auf denen die marxistisch-leninistischen Parteien gegen Chruschtschow kämpften, erweisen müssen: den Moskauer Konferenzen von 1957 und 1960.

Die beiden Moskauer Konferenzen: Die KP Chinas im Windschatten der PAA?

Die Moskauer Konferenz von 1957, die wie oben beschrieben von Mao Zedong und der KP Chinas im Sinne einer grundlegenden Kritik des Revisionismus Chruschtschows verstanden und in den wesentlichen Ergebnissen auch positiv bestimmt wurde, erfährt in der „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens" eine 2 1/2seitige Würdigung. (65) Wäre der Beitrag der PAA, wie heute behauptet, so entscheidend zur Aufrichtung der „schwankenden" KP Chinas gewesen, warum wird er dann in einem einzigen (!) Satz beschrieben, der lautet: „Sie (die Delegation der PAA, d. Verf.) vereinigte ihre Anstrengungen mit jenen der Delegation der KP Chinas und der anderen Delegationen, die in der Beratung die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus in Schutz nahmen."? (66)

Die Moskauer Konferenz von 1960 — nahm hier die KP Chinas auch „keine feste Haltung gegen die Chrustschowianer ein", wie die PAA heute behauptet? Die „Geschichte der PAA" sieht es noch so:

„Durch die Billigung der Haltung ihrer Delegation in der Moskauer Beratung und diese Haltung zum Vorbild nehmend, würdigte die PAA den revolutionären, prinzipienfesten und nachdrücklichen Kampf der Delegation der KP Chinas als einen entscheidenden Beitrag zum Sieg, den der Marxismus-Leninismus in dieser Beratung über den Revisionismus errang." (67) Und Hodscha selber erklärte auf dem 21. Plenum des ZK der PAA wörtlich: „Die KP Chinas steht unerschüttlich auf dem marxisitisch-leninistischen Weg und ist ein außergewöhnlich ernstes Hindernis für sie (die Revisionisten, d. Verf.). Einer der Hauptgründe dafür, daß sie auf der Moskauer Beratung einen Rückzieher gemacht haben, ist die korrekte, prinzipienfeste Haltung der KP Chinas." (68)

Dies sind nur einige Beispiele, wie die PAA die Delegation der KP Chinas würdigte, die unter der Leitung des Genossen Deng Hsiao—ping stand. Man darf gespannt sein, wie die „Verbesserungen" dieser Dokumente bald aussehen.

Weshalb macht die PAA die Bukarester Konferenz zu etwas anderem als sie war?

Die PAA macht in ihrer heutigen Geschichtsschreibung die Bukarester Tagung erstens zu **dem** Zeitpunkt des offenen Bruchs der Marxisten—Leninisten mit den modernen Revisionisten, zweitens zu **dem** Beweis ihres konsequenten antirevisionistischen Kampfes; drittens behauptet sie heute, indem sie wahrheitswidrig den Ausbruch der offenen Polemik auf dieses Ereignis „vorverlegt", daß in Bukarest die Chrustschow—Revisionisten das sozialistische Lager gespalten hätten, es also nicht mehr existierte, daß demzufolge nicht mehr um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und die Einheit des sozialistischen Lagers zu kämpfen gewesen sei. Diese Geschichtsfälschung dient zu nichts anderem, als die KP Chinas, die bis zum tatsächlichen Bruch konsequent für die Einheit kämpfte, heute „Schwanken„, „Pragmatismus", „Taktiererei" und zuletzt selbst „Revisionismus" vorzuwerfen. Sehen wir die Tatsachen an:

Kurz vor der Bukarester Tagung (die vom 24.-26.6.60 während des 3. Parteitages der Rumänen stattfand) hatte Chrustschow ein 64seitiges Dokument gegen die KP Chinas verteilt mit dem Ziel, diese zu verurteilen und aus der kommunistischen Weltbewegung auszuschließen. Tatsächlich trat die PAA-Delegation auf dieser Tagung Chrustschow entgegen, darin liegt ein historischer Verdienst, wenn die PAA jedoch heute meint: „Die PAA trat auf dieser Beratung offen zur Unterstützung der Kommunistischen Partei Chinas auf und verteidigte sie bis zum letzten", (69) so muß man nüchtern festhalten, daß die PAA-Delegation nicht den Inhalt, sondern die Form kritisierte, mit der Chrustschow in Bukarest auftrat und die abwesende KP Chinas verurteilen lassen wollte, und daß die PAA — was den Inhalt der Auseinandersetzung betraf — eine mittlere Haltung einnahm, nämlich: „Unser Politbüro steht wie immer unerschüttlich auf der marxistisch-leninistischen Linie, daß man auf keinen Fall hätte zulassen dürfen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und China so groß wurden und sich der Konflikt vertiefte, sondern daß man sie auf marxistisch-leninistische Weise und mit marxistisch-leninistischen Methoden hätte lösen müssen." (70)

Wie die PAA-Führer durch Geschichtsfälschung ihre Linie „Einer gegen Alle" als Antirevisionismus ausgeben wollen

Von ihrer zentralen These ausgehend, „Die Bukarester Beratung und danach die **Beratung der 81** kommunistischen und Ar**beiterparteien** in Moskau bedeutete die de**finitive Trennung** zwischen den Marxisten-Leninisten und den Chrustschowrevisionisten und den Beginn der **offenen Polemik** zwischen ihnen." (71) muß die PAA-Führung als erstes ihre eigene damalige Haltung verdecken, die mit der Haltung der KP Chinas **identisch** war: **daß das sozialistische Lager nach wie vor bestand und daß der Kampf für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung fortgesetzt werden müsse — gegen Chrustschow.**

So wird die Rede E. Hodschas auf der Moskauer Konferenz von 1960 heute in „verbesserter" Form verbreitet, wobei in der jüngsten Ausgabe 10 Auslassungen kenntlich, 19 Auslassungen jedoch überhaupt nicht mehr kenntlich gemacht sind! Alle Auslassungen betreffen die Existenz des sozialistischen Lagers und die Beteuerung der führenden Rolle der Sowjetunion! (72)

Die heute geäußerte Auffassung der PAA-Führung (die sie angeblich schon 1960 hatte), nämlich daß die Einheit bereits 1960 nicht mehr bestanden habe und das sozialistische Lager zerfallen gewesen sei, dient ihr dazu, grundsätzlich die Taktik zur Gewinnung aller Kräfte für die Einheit als opportunistisch, als „Versöhnung" usw. zu verleumden.

Ihre Gleichsetzung des prinzipiellen Kampfes gegen den Chrustschow-Revisionismus mit dem endgültigen Zerfall des sozialistischen Lagers wird von ihr historisch nicht bewiesen; daß im **Ergebnis** das sozialistische Lager endgültig zerfiel, kann dabei nicht als Begründung gelten! Solange noch eine minimale Chance bestand, den Prozeß des Zerfalls der Einheit aufzuhalten — und zwar im Kampf gegen Chrustschow — mußten alle Mittel, darunter die Taktik der Einheitsfront angewandt werden. Bekanntlich hat die KP Chinas — im hartnäckigen Kampf gegen den Chruschtschowrevisionismus — bis 1964 solche Versuche unternommen. Erst als die von Mao Tsetung analysierte Entwicklung, daß sich die Sowjetunion auf dem Weg zu einer Supermacht befinde, durch die Politik des Nachfolgers Chruschtschows (Breschnew) unwiderruflich bestätigt wurde, stellte die KPCh diese Versuche ein und lehnte die von Breschnew 1965 geforderte Einheitsfront gegen den Vietnam-Aggressionskrieg ab. Aufgrund dieser historischen Tatsachen ist es eine durchsichtige Geschichtsklitterung, wenn die PAA-Führung heute schreibt:

„Die Linie der Versöhnung mit den Sowjetrevisionisten begründete die chinesische Führung mit der Notwendigkeit der Vereinigung »mit allen« gegen den amerikanischen Imperialismus, der — wie sie sagte — der Hauptfeind war." (73) Dagegen will die PAA-Führung gefordert haben, „daß die anitimperialistische Front nicht nur auf keinen Fall auch die Sowjetrevisionisten einschließen darf, sondern daß der Kampf gleichzeitig so wie gegen den Imperialismus auch gegen den Sowjetrevisionismus gerichtet werden muß."(74) Ebensowenig zutreffend, wie diese nachträgliche Behauptung, genausowenig schlüssig die dafür angeführte „Begründung" durch den richtigen Satz Lenins, „daß man nicht erfolgreich gegen den Imperialismus kämpfen kann, ohne gleichzeitig auch gegen den Revisionismus zu kämpfen."! Denn:.

Der Versuch der KP Chinas und anderer marxistisch-leninistischen Parteien, die Einheit des sozialistischen Lagers durch eine Isolierung Chruschtschows und seiner Anhänger wiederherzustellen, die gegen die antiimperialistische Einheitsfront waren, war ja gerade der Versuch der Erfüllung der Leninischen Forderung, Opportunismus und Revisionismus zu bekämpfen — in dieser Situation mit Hilfe der Einheitsfront!

Die Taktik der KP Chinas, unmittelbar nach dem Sturz Chruschtschows dessen Nachfolger beim Wort zu nehmen und sie durch Konfrontation mit ihren Taten vor einigen noch schwankenden kommunisti-

schen Parteien zu entlarven, war vollkommen richtig. Dabei hat die KPCh weder grundlegende Positionen aufgegeben, noch die PAA zur „Versöhnung" mit dem modernen Revisionisten aufgefordert, wie diese es heute hinzudeuten versucht.

Schließlich: es ist eine historische Tatsache, daß die beiden Moskauer Erklärungen klipp und klar beinhalten, daß die Kommunistischen Parteien gegen den USA-Imperialismus eine weltweite Einheitsfront mit dem sozialistischen Lager unter Führung der SU herstellen sollten. Das bestätigte die PAA-Führung sogar selber mit den Worten: „Die Haltung gegenüber dem Klassenfeind, vor allem dem Imperialismus und insbesondere dem amerikanischen, der wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 unterstreicht, die Hauptmacht der Aggression und des Krieges, das Hauptbollwerk der Reaktion und des Kolonialismus, der Gendarm und der größte internationale Ausbeuter und der wildeste Feind der Völker ist, bildet das Grundkriterium, um zu urteilen, wer dem Marxismus-Leninismus treu ist und wer sich von ihm entfernt hat, wer wirklich für die Interessen des Sozialismus, der Völkerbefreiung, der Demokratie und des Friedens kämpft und wer diese mit Füßen tritt und verrät." (75) Und endlich kann nicht die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die PAA-Führung auch die „Polemik über die Generallinie" der KP Chinas unterstützte, in der es ebenfalls hieß:

„Eine breite Einheitsfront mit dem sozialistischen Lager und dem internationalen Proletariat als Kern zu bilden, zum Kampf gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze und gegen die Reaktionäre aller Länder..." (76)

Mit ihren Geschichtsfälschungen will die PAA-Führung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: indem sie „beweist", daß die KP Chinas schon immer „opportunistisch" und den modernen Revisionisten gegenüer „versöhnlerisch" war, will sie auch deren Konzeption der **weltweiten Einheitsfront** gegen den USA-Imperialismus als falsch hinstellen und den „Vorschlag über die Generallinie" ins Mark treffen!

Soll man daraus den Schluß ziehen, die PAA-Führer seien schon immer gegen die Linie der KP Chinas gewesen und hätten ihr nur heuchlerisch zugestimmt, um wenigstens einen Verbündeten auf der Welt zu haben? Das entspräche nicht den Tatsachen. Vielmehr ergibt sich aus der vorgelegten Übersicht, daß nicht die Kritik Mao Tsetungs in der KP Chinas, die sie gegen den modernen Revisionismus und Sozialimperialismus führten, „oberflächlich" war, sondern daß diese Kennzeichnung voll und ganz auf die Positionen der PA-Führung zutrifft!

Lenin hat erkannt, und die Geschichte hat es bewiesen, daß der Kampf gegen den Imperialismus mit einer Niederlage endet, wenn er nicht verbunden ist mit einer tiefgehenden, korrekten Kritik des Revisionismus. Nimmt man aber in diesem Kampf selbst eine dogmatische Haltung ein und verläßt man den Boden des dialektischen Materialismus, dann ist die Kapitulation vor dem Imperialismus vorgezeichnet. Der wachsende Druck des Sozialimperialismus auf Europa, der Einfluß dieser gefährlichsten imperialistischen Macht, beschleunigt die Kapitulation der schwankenden und unsicheren Kräfte. Aber er wird mit Sicherheit auch mit dem Erstarken der marxistisch-leninistischen Kräfte konfrontiert werden, wenn diese die Realität nüchtern betrachten und den Marxismus, den Leninismus und die Gedanken Mao Zedongs auf die konkreten Bedingungen anwenden.

Anmerkungen

(1) Frau Fiqret Sheu, zit. ATA (Albanian Telegraphic Agency), Nr. 278, Seite 4f (1978)
(2) a.a.O. Seite 6
(3) Prof. Agim Popa, zit a.a.O. Seite 9
(4) Ramiz Alla, Mitglied des PB der PAA, zit ATA, Nr. 179, Seite 2 (1978)
(5) vgl. E. Hoxha, Bericht an den 7. Parteitag der PAA. Dortmund 1977, im folg. zit 7. Parteitag; Brief des ZK der PAA und der Regierung der SVR Albaniens gerichtet an das ZK der KP Chinas und die chinesische Regierung, 29. Juli 1978, im folg. tit. Brief 29. Juli, Theorie und Praxis der Revolution, redaktioneller Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des ZK der PAA, 7. Juli 1977, im folg. zit. „Theorie und Praxis"; Mehmet Shehu, Rede auf einer Wahlversammlung, zit. „Süddeutsche Zeitung", 9.11.1978
(6) 7. Parteitag, S 171
(7) a.a.O. Seite 170
(8) E. Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZK der PAA, erstattet auf dem VI. Parteitag der PAA, 1. Nov. 1971, Tirana 1972, Seite 20; im folg. zit. 6. Parteitag.
(9) a.a.O., S 170
(10) a.a.O., Seite 28
(11) a.a.O., S 29
(12) a.a.O., S. 31
(13) 7. Parteitag, S 22 f
(14) E. Hoxha, zit. ATA, 11.7. 1978
(15) R. Alia. Die „Theorie der Drei Welten", — Opium für die Völker, zit. „Roter Morgen", Nr. 25/23.6.1978, Seite 9 im folg. zit. „Opium"
(16) „Die kriegstreiberische chinesische Politik und Hua Gou-fengs Besuch auf dem Balkan", Artikel aus „Zeri i Popullit", 3.9.;978, zit. „Roter Morgen", Nr. 37, 15.9.1978, Seite 10
(17) „Horizont", Nr. 35, Berlin 1978, Seite 8, siehe auch: „Sozialismus, Theorie und Praxis", Moskau, 5/ 1978, Seite 33
(18) Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Berlin, 1971, Seite 28f; im folg. zit. „Polemik"
(19) „Peking Rundschau", Nr.43, 1978, Seite 27
(20) 7.Parteitag, Seite 179
(21) Zirkular des Ständigen Ausschusses, Nr.3, 1977, im folg. zit. „Zirkular"
(22) Mao Tsetung, Über den Widerspruch, AW. Bd. I, Seite 391
(23) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Peking, 1974, Seite 148
(24) Zirkular, Seite 23
(25) 7.Parteitag, Seite 178
(26) Opium, Seite 10
(27) W.I.Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung
(28) Theorie und Praxis, Seite 32
(29) siehe Bericht an den XVIII.Parteitag der KPdSU
(30) Mao Tsetung, Über unsere Politik, AW, Bd. II, Seite 524
(31) Zirkular, Seite 28
(32) Brief, 29.Juli
(33) 7.Parteitag, Seite 112
(34) ebda.
(35) a.a.O. Seite 113
(36) ebda.
(37) Hysni Kapo, zit. „Albanien heute", 1 (19), 1976, Seite 4
(38) E.Hoxha, Bericht auf dem III.Parteitag der PAA, AW 2, Dortmund 1978, Seite 516, im folg. zit. „3.Parteitag"
(39) ebda.
(40) a.a.O., Seite 518
(41) 7.Parteitag, Seite 83
(42) ebda.
(43) a.a.O. Seite 83f
(44) Brief, 29.Juli
(45) zuletzt der Verteidigungsminister B.Balluku sowie der Vorsitzende der Albanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft
(46) Polemik, Seite 477
(47) 7.Parteitag, Seite 18
(48) Polemik, Seite 478
(49) E. Hoxha, Rede, gehalten in der feierlichen Sitzung anläßlich des 20.Jahrestages der Gründung der PAA und des 44.Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 7.November 1961, o.O. (Tirana) o.J. (1961), Seite 50, im folg. zit. „20.Jahrestag".
(50) 7.Parteitag, Seite 221
(51) Zirkular, Seite 14
(52) Die modernen Revisionisten auf dem Wege zur Entartung in Sozialdemokraten und Verschmelzung mit der Sozialdemokratie, Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit", 7.April 1964, Tirana, 1964
(53) The Party of Labour in Battle with Modern Revisionism, Tirana, 1972, p.399
(54) vgl. Brief, 29.Juli
(55) ebda.
(56) 20.Jahrestag
(57) a.a.O., Seite 47
(58) Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, Tirana, 1971, Seite 444
(59) Albanien heute, Nr.4 (22), Juli/ August 1976, Seite 35, Sp.2 Abschnitt 4
(60) E. Hoxha, Rede anläßlich der Feier des 40.Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Tirana am 2.11.1957, Seite 8
(61) a.a.O., Seite 19
(62) Das gilt z.B. auch für die Rede E. Hoxhasx auf der Moskauer Konferenz am 6.11.1960; vgl. die 1971 in Tirana und die 1976 in Dortmund erschienene Fassung innerhalb des 19. Bandes der Werke E. H.
(63) 20.Jahrestag, Seite 50
(64) Albanien heute, Nr.4 (22), 1976, Seite 32
(65) Geschichte der PAA, Seite 462 ff.
(66) a.a.O., Seite 463
(67) a.a.O., Seite 339
(68) E. Hoxha, Aus dem 19.Band, Seite 345
(69) siehe Brief, 29.Juli
(70) E. Hoxha, Aus dem 19.Band, Seite 345
(71) siehe Brief, 29.Juli
(72) Vergleiche die Fassung von „Verlag Naim Frasheri, Tirana, 1971" und „Aus dem 19.Band", Dortmund, 1976
(73) siehe Brief, 29.Juli
(74) ebda.
(75) „Wir müssen das revolutionäre Banner der Moskauer Deklarationen hochhalten und sie vor den Angriffen der modernen Revisionisten schützen", „Zeri i Popullit", 6.12.1962.
(76) Polemik, Seite 6

Zur Entwicklung des bisherigen Kampfes gegen das AKW-Programm in Österreich

Vorbemerkung der Redaktion

Der Kampf gegen das AKW-Programm war und ist eine große und bedeutende politische Massenbewegung, d.h. eine Bewegung des Volkes bzw. von Teilen des Volkes gegen die herrschende Klasse und den Staat. Diese Massenbewegung hat ihre Grundlage in objektiven Tatsachen, in Interessenswidersprüchen zwischen dem Volk und dem Staat, nicht in subjektiven Wünschen oder Bestrebungen dieser oder jener Menschen, Kräfte, Organisationen. Allerdings wird der Kampf von Menschen durchgeführt und Menschen können richtige oder falsche Auffassungen haben und mehr oder weniger Fehler machen. Insofern hängt das Schicksal einer solchen Massenbewegung davon ab, welche Kräfte sie tragen, welche Kräfte die Mehrheit der Bewegung gewinnen können, usw. usf. Oft genug schon sind solche Bewegungen in Niederlagen geführt worden, nicht weil diese unvermeidbar waren — auch das gibt es natürlich — sondern weil die Bewegung in eine Sackgasse oder in die Kapitulation geführt wurde. Wir meinen, daß der Kommunistische Bund Österreichs im Kampf gegen das AKW-Programm der Regierung eine entscheidende Rolle gespielt hat. Wir meinen weiters, daß wir eine positive Rolle gespielt haben, und daß unsere Politik im großen und ganzen richtig war. Andererseits haben wir Fehler gemacht, wobei Fehler in der Einheitsfrontpolitik eine entscheidende Rolle gespielt haben. Aus den positiven und negativen Erfahrungen des bisherigen Kampfes gegen das AKW-Programm haben wir genauso wie alle anderen beteiligten Kräfte viel zu lernen. Die Volksabstimmung hat einen gewissen Einschnitt in der Bewegung dargestellt. Es hat seither viele Diskussionen in unserer Organisation über diese Fragen gegeben. Viele Lehren und Erfahrungen aus dem bisherigen Kampf hat die vom Ständigen Ausschuß des Zentralkomitees als Entwurf dem 4. ZK-Plenum vorgelegte Taktische Resolution gezogen und verallgemeinert. Diese Resolution soll noch im Jänner vom ZK beschlossen und dann veröffentlicht werden. Andererseits hat ein Genosse den folgenden Artikel verfaßt. Dieser Artikel ist eine Geschichtsschreibung der bisherigen Bewegung, verarbeitet aber gleichzeitig positive und negative Erfahrungen daraus. Wir fordern auch alle Leser auf, sich dazu kritisch zu äußern und selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Analyse zu leisten. Außerdem fassen wir für die nächste Nummer des „Kommunist" einen diesen Artikel ergänzenden Diskussionsbeitrag ins Auge, der sich konkret mit den bedeutendsten Fehlern befaßt, die von uns in der Bewegung gemacht worden sind. Die Faksimiles und Zitate aus unserem Zentralorgan seit 1976 sollen die wichtigsten Stationen der Bewegung dokumentieren und beleuchten.

Am 5.November ist das AKW-Programm für die Bourgeoisie vorläufig undurchführbar geworden. Endgültig ist Zwentendorf als Atomkraftwerk zwar noch keineswegs abgeschrieben, aber die AKW-Gegner sind wachsam und hellhörig und setzen den Kampf unter den heutigen Bedingungen fort. Dafür ist die Auswertung und Beherzigung der Erfahrungen und Lehren des Kampfs bis zum Sieg in der Volksabstimmung sicher von großem Nutzen.

Aber nicht nur das: Der Sieg in der Volksabstimmung gegen Zwentendorf ist ein Ansporn für das Volk, auch in anderen Belangen seine Interessen selbständig und vehement zu vertreten, und so sind auch die Erfahrungen und Lehren der Massenbewegung gegen Atomkraftwerke nützlich und wichtig für den gesamten Klassenkampf.

Der Sieg in der Volksabstimmung gegen Zwentendorf ist für unsere Organisation die Bestätigung für unsere Politik.

Das staatliche AKW-Programm stieß von Anfang an dort auf den größten Widerstand, wo es die Bevölkerung unmittelbar bedroht

Zwischen 1971 und 1975 marschierten bis zu 20.000 Vorarlberger gegen das grenznahe Schweizer AKW Rüthi und verhindern zusammen mit der Schweizer Bevölkerung bis auf weiteres dieses Projekt. Anfang 1975 kommen auf einer Veranstaltung in Enns die Landeshauptmänner Maurer und Wenzl vor 2.000 Menschen und bald darauf Bundeskanzler Kreisky in Linz vor 3.500 Menschen schwer unter Beschuß und die Regierung muß den Baubeginn für das zweite AKW in St. Pantaleon öffentlich um zwei Jahre verschieben. Am 25.Juni 1977 demonstrieren in Allensteig im Waldviertel etwa 3.000 Menschen, z.T. mit Traktoren gegen die Atommüllagerung in diesem Gebiet und erzwingen schließlich eine offizielle Erklärung des Bundeskanzlers, daß eine Atommüllagerung gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung nicht stattfinden wird. Die Absicht des Handelsministers, in der Gemeinde Alberndorf im niederösterreichischen Pulkautal unter Berufung auf die Zustimmung des dortigen Bürgermeisters Atommüll zu lagern, wird Anfang 1978 innerhalb weniger Tage nach dem Bekanntwerden von einem Proteststurm aller umliegenden Gemeinden, vieler Menschen in Alberndorf selbst und tausenden AKW-Gegnern aus ganz Österreich hinweggefegt.

In allen diesen Fällen konnten die verschiedenen Projekte schon von ihrem Ansatz her bekämpft und verhindert werden. Da es sich meistens um ländliche Gebiete drehte, spielten die Bauern die wichtigste Rolle im Widerstand. Die Bewegung der Massen war in diesen Fällen zeitweise so heftig, daß sie nahezu sämtliche politischen Organisationen des jeweiligen Gebiets mitriß, sodaß z.B. die Vorarlberger SPÖ bis heute gegen AKW Stellung nehmen muß. Anders verläuft die Entwicklung in Zwentendorf selbst. Trotz energischer Bemühungen gelingt es den aktiven Atomkraftwerksgegnern — Anfang der 70er Jahre noch relativ klein an der Zahl und zum größten Teil nicht aus dem Tullnerfeld stammend — nicht, gegen die Propagandawalze der Politiker und der Erbauerfirmen, gegen die Bestechung der Zwentendorfer Gemeinde, gegen den schweren politischen Druck auf die ansässige Bevölkerung eine Front zur Verhinderung des Baubeginns aufzurichten. Nicht, daß im Tullnerfeld die Zustimmung zum Atomkraftwerk überwog — die Volksabstimmung bewies ja schwarz auf weiß das Gegenteil —, nicht, daß es nicht genug Anzeichen für die mit näherrückender Fertigstellung Zwentendorfs spürbar wachsende Beunruhigung der Bevölkerung des Tullnerfeldes gegeben hätte: Von verschiedenen AKW-Gegnerveranstaltungen im Tullnerfeld, über

den einstimmigen Beschluß des Zwentendorfer Gemeinderats vom 10. März 1977, sich gegen ein zusätzliches Brennelementlagerbekken „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen", bis hin zu einer Unterschriftensammlung unter der bäuerlichen Bevölkerung des Tullnerfeldes mit mehreren hundert Unterschriften unter einen Protestbrief an den Bundeskanzler sowie schließlich dem Aufruf der Tullnerfelder Bevölkerung an das österreichische Volk, am 5. November mit Nein zu stimmen. Hatte die Regierung aber 1971 einmal den Baubeschluß und Baubeginn durchsetzen können, so wurde in der Folge das Gestalt annehmende Werk selbst zum Hauptmittel der Demoralisierung und Schwächung des glosenden Widerstands: „Jetzt steht es schon, was kann man da noch machen".

Die Intelligenz und die Jugend in den größteren Städten werden aktiv — eine gesamtösterreichische Bewegung bildet sich heraus

Sowohl unter dem Eindruck des Widerstands gegen AKW-Projekte in Österreich selbst, als auch besonders unter dem Eindruck mächtiger Kämpfe gegen AKWs in der BRD (insbesondere die Kämpfe in Wyhl), Frankreich, den USA usw. wird Mitte der 70er Jahre eine rasch wachsende Zahl von Angehörigen der Intelligenz (Lehrer, Ärzte sowie der Studenten-, Schul- und teilweise Arbeitjugend in den größeren Städten Österreichs aktiv und schließt sich in Diskussions- und Arbeitsgruppen zusammen.

Aus diesen beiden gesellschaftlichen Hauptreservoirs — der Bevölkerung der unmittelbar betroffenen Gebiete und der Intelligenz und Jugend der größeren Städte — werden der Bewegung gegen Atomkraftwerke in Österreich Kräfte zugeführt. Als im Mai 1976 angesichts einer österreichweit angekündigten „Aufklärungskampagne" der Regierung und angesichts des Baufortschritts in Zwentendorf die IÖAG von Vertretern aus fünf Bundesländern gegründet wird, spiegelt dies — wenn auch erst in Keimform — die Herausbildung einer gesamtösterreichischen Bewegung und die Vereinigung der regional zersplitterten und sozial ganz unterschiedlichen Kräfte wider.

Erste Veranstaltung der „Aufklärungs kampagne" der Regierung: Ein »Fiasko«

Das Volk will keine Atomkraftwerke

Mit einem "Fiasko" (Kurier) endete der erste Anlauf der Regierung, den berechtigten Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken durch eine großangelegte "Aufklärungskampagne" zu unterlaufen.

Am 14.10. sollten in Wien 7 von der Regierung ausgesuchte "Experten" über "gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen" der Atomenergie diskutieren. Ausgangspunkt dieser Diskussion waren aber nicht die berechtigten Anliegen, die in der Resolution der Kernenergiegegner zum Ausdruck kamen.

Doch die Regierung mußte mit ansehen, wie die Gegner "die Diskussion an sich rissen, den Wirtschaftsreferenten die Argumente ausgingen" (Presse) und der ganze Fragenkatalog über den Haufen geworfen wurde. Unter diesen Umständen zog es dann der Diskussionsleiter auch vor, die von den Atomkraftwerksgegnern eingebrachte Resolution gleich selber vorzulesen und "sie an die Regierung weiterzuleiten".

Auch bei den kommenden 9 ...nahmen in die Diskussion eingegriffen.

"Wir brauchen Atomkraftwerke"

Keinesfalls sind "an sich" Atomkraftwerke die einzige Möglichkeit, die Energieerzeugung zu steigern. Die Kohlen- und Erdölvorräte sind alles andere als erschöpft; man könnte neue Energieformen wie die Sonnenenergie entwickeln usw. usf. Atomkraftwerke haben aber gegenüber allen anderen Energieformen einen "Vorteil". Sie sind im Augenblick die profitabelste Art, Energie zu erzeugen. Da sich die Völker der 3. Welt zusammengeschlossen haben, um die Ausplünderung ihrer Bodenschätze durch die Imperialisten zu bekämpfen und da es ihnen gelungen ist, in diesem Kampf höhere Preise für ihre Rohstoffe und Energieträger durchzusetzen und den schrankenlosen Raubbau ihrer Rohstoffe einzuschränken, steigen die Kosten, die die Kapitalisten für Energie aufwenden müssen und sinken die Extraprofite, die sich aus der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung

"Energie-Mangel" verschuldet. Wurde irgendwo die Produktion eingeschränkt, kurzgearbeitet, Arbeiter auf die Straße geworfen oder ein Betrieb stillgelegt, weil zu wenig Strom da war? Nein, dieser Fall tritt immer dann ein, wenn infolge der anarchischen Wirtschaftsentwicklung die Märkte verstopft sind, die Konkurrenz sich verschärft, wenn der Kapitalist sein Kapital nicht mehr profitabel verwerten kann. Ist es nicht im letzten Jahr zu einem Produktionsrückgang gekommen, obwohl niemand die Regierung an ihrem Kraftwerksausbauprogramm hinderte?

Gigantische Mengen an Energie, Rohstoffen, werden im Kapitalismus sinnlos verschwendet. Nicht nur durch den Luxuskonsum der Kapitalisten und ihres Anhangs, sondern auch durch die imperialistische Aufrüstung, durch die Überproduktionskrisen (in denen man riesige Mengen unverkäuflicher Waren, aber auch Maschinen, ja ganze Betriebe einfach verrotten läßt), durch die Produktion von Verschleißgütern, deren

"Presse" zugeben, daß es "zu keiner einzigen Begründung für den Zusammenhang von Zwentendorf und Arbeitsplatzsicherung kam".

Die Diskussion zeigte deutlich: Der Bau der Atomkraftwerke bedeutet nicht den geringsten Fortschritt für die Arbeiterklasse und das Volk, ändert nichts an ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, löst keines ihrer Probleme. Nicht steht die Alternative Atomkraftwerke oder Arbeitslosigkeit. Die Tatsachen zeigen: Beides, Zerstörung der Umweltbedingungen un Gefährdung der Gesundheit, wie auch Arbeitslosigkeit werden durch den Kapitalismus hervorgebracht.

Wenn die Regierung uns vor die Alternative "Atomenergie oder Sparen und Arbeitslosigkeit" stellt, dann müssen wir ihr zwei Dinge antworten: Erstens tretet ihr auf wie Räuber, die sagen "Geld oder Leben". Zweitens seid ihr noch schlimmer als Straßenräuber, denn ihr wollt "Geld und Leben" - uns die Kernenergie aufzwingen, uns zum Sparen zwingen und könnt die Arbeitsplätze erst recht

Nr. 3/77, 3. Februar 1977 Klassenkampf

Regierungsveranstaltung in Wien

Mehr als 1000 Menschen erzwingen freie Diskussion über den Kampf gegen Atomkraftwerke

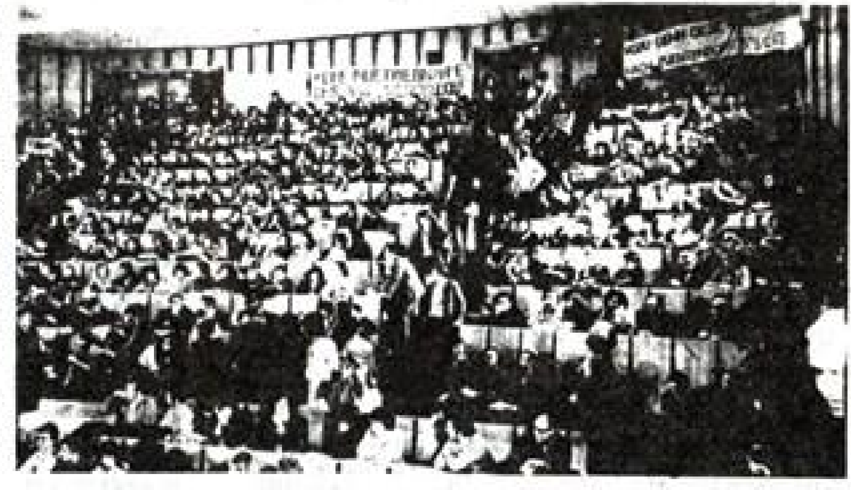
Am 27. Jänner fand in Wien auf der Technischen Universität erneut eine Expertendiskussion, sprich Propagandaveranstaltung der Regierung für den Bau von Atomkraftwerken statt.

Wer nur die nachfolgenden Zeitungsberichte kennt, muß den Eindruck gewonnen haben, daß es wild herging. Die „AZ" schreibt: *„Atomgegner verhindern Diskussion"*, und in der „Kronen-Zeitung" darf der Staberl sogar den *„Ausbruch nackter Gewalt"*, den *„nackten Terror an Stelle jedweder Diskussion"* beschwören. Und in Wirklichkeit? Ist von gut 1.200 Menschen die vom „Arbeitskreis Atomenergie" vorher ausgegebene Parole, die Regierunsveranstaltung zu einer Protestkundgebung gegen den Bau von Atomkraftwerken zu machen, begrüßt und in die Tat umgesetzt worden.

Protestkundgebung bei der Technischen Universität

Zum Gelingen hatte wesentlich beigetragen die Bildung einer breiten Aktionseinheit, angeregt und getragen vom „Arbeitskreis Atomenergie". Neben anderen Gruppen und Komitees (aus Mödling und der Großfeldsiedlung) beteiligten sich mehrere Organisationen, darunter die Ortsgruppe Wien des KB Österreichs. Eine Stunde vor Beginn der Regierungsveranstaltung fand vor dem Gebäude der Technischen Universität eine vorbereitete Protestkundgebung statt, bei der sich bereits ein paar hundert Menschen sammelten. Immer wieder wurden Sprechchöre wie *„Kein Atomkraftwerk in Zwentendorf und St. Pantaleon"* laut.

In ihrer Rede auf der Kundgebung führte die Vertreterin des Arbeitskreises Atomenergie aus, daß diese Expertenveranstaltungen ein Ende haben müßten und die vorzufällig mit keinem Sterbenswörtchen die Regierungsveranstaltung vorher angekündigt hatten, währenddessen die Atomkraftwerksgegner 10.000 Flugblätter dazu verteilt und 2.000 Plakate geklebt hatten. Und so erschienen statt den nach Aussagen eines Polizisten und eines Beleuchters erwarteten 200 - eingeladenen - Teilnehmern insgesamt gut 1.200 Menschen. Die allermeisten davon riefen denn auch, sichtlich angespornt durch den Kampf um freien Zutritt zur Veranstaltung: *„Im Kampf gegen die Atomkraftwerke ist die Einheit unsere Stärke"*. Die Stärke einheitlichen Willens und Handelns wurde denn auch sichtbar, sobald die mit etwa 15.000.- S Gage pro Exemplar für den Abend geköderten Experten ihr Geschäft erledigen wollten. Sie konnten dies gerade solange tun, bis auch den wenigen, die zwar gegen Atomkraftwerke eingestellt waren, aber sich von den Expertenreden doch irgendetwas erhofften, klar war, würdigkeit bangen und wie wenig sie sich mit der 'Aufklärungs'-Kampagne begnügen, zeigten mindestens 150 noch außerhalb des Saales in Einsatzbereitschaft stehende geheime und uniformierte Polizisten.



Eine rege Debatte über die Aufgaben der Bewegung

Ungeachtet dessen entfaltete sich eine rege Debatte über gemachte und anstehende Schritte im Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken. Als ein Mitglied unserer Organisation den Zusammenhang aufdeckte, der zwischen der imperialistischen Energiepolitik und dem Atomkraftwerksbau in Österreich einerseits sowie dem Vormarsch der Dritten Welt, ihrer wachsenden Stärke durch den Einsatz des Öls als politische Waffe und Bekämpfung von nationaler Unterdrückung und Ausplünderung be-

Die „Aufklärungskampagne" der Regierung: Der erste Schuß, der hinten losging Sternfahrt 12. Juni 77 nach Zwentendorf

Im Herbst 1976 beginnt die Regierung mit einer Serie von „Aufklärungsveranstaltungen" in fast allen Landeshauptstädten. Statt die Bewegung abzufangen und einzudämmen rütteln diese Veranstaltungen schlagartig unzählige weitere Menschen auf, führen sie in vielen Städten erstmalig zur Sammlung der AKW-Gegner und zur Gründung neuer Gruppen, werden sie teilweise vollständig zu Debatten der anwesenden AKW-Gegner über die nächsten Kampfaufgaben umfunktioniert. Sie sind insgesamt ein Fiasko für die Regierung.

Für 24. März 1977, dem Tag der letzten Regierungsveranstaltung in Wien, hat die IÖAG einen Aktionstag beschlossen. Insgesamt 4.500 Menschen sind an diesem Tag auf der Straße. Die Regierung hat vielen AKW-Gegnern zu einer wichtigen Einsicht verholfen: Mit Diskutieren allein, abgeschirmt von der Öffentlichkeit, können die Anliegen und Forderungen nicht durchgesetzt werden. Die Teilnehmerzahl am Aktionstag spricht für sich. Die Regierung gibt das Scheitern der „Aufklärungskampagne" zu, indem sie die letzte Veranstaltung in der Wiener Stadthalle kurzerhand absagt. Jetzt darf nicht nachgelassen werden. Es ist klar geworden, daß endlich in aller Öffentlichkeit gezeigt werden muß, daß es überall in Österreich Menschen gibt, die gegen Atomkraftwerke und speziell Zwentendorf sind und die sich auch aktiv dagegen einsetzen. Am 16.4.77 tritt in Tulln die gesamtösterreichische Delegiertenkonferenz der IÖAG zusammen. Laut Presseaussendung der IÖAG wurde festgelegt: „Während das Parlament im Herbst 1977 über die Einführung der Energiegewinnung aus Atomkernspaltung in Österreich entscheiden

In ganz Österreich 4.500 Menschen gegen die AKW auf der Straße

Wenn die Regierung mit dem Polizeiknüppel droht, dann ist das ein Zeichen ihrer Schwäche und ihres Unrechts

Am Donnerstag, den 24. März, war Aktionstag gegen Atomkraftwerke in Österreich, insbesondere gegen das in Zwentendorf/Niederösterreich vor der Vollendung stehende Werk. In den sechs größten Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt, in mehreren kleineren Städten und Ortschaften gab es Veranstaltungen, und wie ein Vergleich der Teilnehmer- und Zuschauerzahlen mit früheren Aktivitäten zeigt (siehe Bilderreportage im Inneren), weitet sich die Bewegung in ganz Österreich aus und nimmt einen weiteren Aufschwung.

Insgesamt 4.500 Menschen brachten am 24. März zum Ausdruck: Das Volk läßt sich nicht unwidersprochen Atomkraftwerke oder Atommüllagerplätze vor die Nase setzen, es läßt sich für den Profit in- und ausländischer Konzerne nicht ohne Gegenwehr seine Umwelt bedrohen und seine Existenz ruinieren und von den Elektrizitätsgesellschaften auch noch immer stärker zur Kasse bitten, es bekämpft das gesamte Energieprogramm der herrschenden Klasse, es will nicht anerkennen, daß ein paar gutbezahlte bürgerliche Parlamentarier nach eigenem Wissen und Gewissen im Namen des Volkes gegen die Interessen des Volkes dem Zwentendorfer und anderen Werken grünes Licht geben.

Dabei hat der von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) ausgerufene Aktionstag noch nicht einmal alle Kräfte der Bewegung mitreißen können – so ist es in Vorarlberg auf Grund verspätet eingeleiteter Vorbereitung leider zu keinem Auftreten gekommen, wo ja bekanntlich anläßlich der Regierungsveranstaltung in Feldkirch erst vor wenigen Monaten über 500 demonstrierten, und so ist es in der Gegend von Zwentendorf und Allentsteig zu keinen Aktionen gekommen, weil erst in jüngster Zeit die Zahl der Aktivisten dort zunimmt, weil ihr fester und organisierter Zusammenschluß noch am Anfang steht und viele Aktivisten den Aktionstag eben nützten, um an der großen Wiener Demonstration teilzunehmen und sich der Unterstützung für den gerechten Kampf der Bevölkerung des Waldviertels zu versichern. Überdies hat ein paar Tage vorher eine Veranstaltung in Tulln nahe Zwentendorf mit ein paar Hundert Teilnehmern stattgefunden und weitere stehen in Zwettl und andern Orten bevor. In einem von AKW-Gegnern aus dem Waldviertel am Aktionstag in Wien verteilten Flugblatt heißt es: „Die ohnedies durch Besatzung, tote Grenze, Abwanderung durch den Sog

Fortsetzung auf Seite 4



In Wien demonstrierten an die 3000 gegen die AKW-Politik der Regierung





Nieder mit dem parlamentarischen Betrug!

Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen!

Aufruf des KB Österreichs zu der von der IÖAG beschlossenen Sternfahrt nach Zwentendorf am 12. Juni

soll, werden schon vor dem Sommer die Kernbrennstoffe im Atomkraftwerk Zwentendorf erwartet, der Probebetrieb steht also unmittelbar bevor. Damit beginnt — schon lange vor einer offiziellen Inbetriebnahme — der radioaktive Betrieb. In dieser Situation müssen wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen — wir dürfen nicht auf die Manöver der Regierung hereinfallen, sondern den Widerstand aus ganz Österreich am Brennpunkt des Geschehens sammeln. Zu diesem Zweck ruft die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner ... zu einer Sternfahrt nach Zwentendorf auf. ... Eine Besetzung des Baugeländes steht heute nicht auf der Tagesordnung und ist daher auch nicht geplant." Am 12. Juni 1977 kommen über 6.000 Menschen aus ganz Österreich nach Tulln und Zwentendorf. Der Kampf wird also jetzt auf das vor seiner Fertigstellung stehende Atomkraftwerk in Zwentendorf konzentriert. Ist diese Konzentration auf Zwentendorf für die Kräfte der Intelligenz naheliegend und in Wien bereits mit direkter Aufklärungs- und Organisierungsarbeit im Tullnerfeld verbunden, so haben auch die Kräfte der Bevölkerung der anderen unmittelbar betroffenen Gebiete (Waldviertel, Vorarlberg, Linz-Enns-St. Pantaleon, Braunau-Bogenhofen) fundamentales Interesse an einer Verhinderung der Inbetriebnahme Zwentendorfs, da es die eigenen vorläufigen Erfolge sichern hilft.

Demonstration zu Bundeskanzleramt und Parlament am Nationalfeiertag 1977: Die SP-Regierung an der Spitze des Staates ist der Hauptfeind im Kampf gegen das AKW-Programm

Am 2. Juli 1977 beschließt die gesamtösterreichische Delegiertenkonferenz der IÖAG einstimmig, angesichts einer möglichen Parlamentsentscheidung im Herbst desselben Jahres und angesichts damit näherrükkendem Zeitpunkt der Inbetriebnahme Zwentendorfs als nächsten Kampfschritt eine zentrale Demonstration am Nationalfeiertag in Wien zu organisieren, um Regierung und Parlament mit den Forderungen der AKW-Gegner zu konfrontieren und ihnen das Recht abzusprechen, über eine so wichtige Sache über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg zu entscheiden. Das Volk selbst soll entscheiden, heißt es zum ersten Mal, das Volk will kein Atomkraftwerk, dem müssen sich Kreisky und die Regierung beugen.

Allerdings gibt es über diesen Plan in der Reihen der AKW-Gegner zunächst große Auseinandersetzungen über die Frage, ob eine Demonstration zu Regierung und Parlament richtig und sinnvoll ist. Es gibt nämlich sowohl verschieden Auffassungen über den Hauptfeind im Kampf gegen das AKW-Programm (ob es nun eine „internationale Atomlobby", die E-Wirtschaft oder die Regierung an der Spitze des Staates ist) als auch noch viel häufiger beträchtliche Illusionen über die verantwortlichen Politiker, die man angeblich vor allem mit Informationen versorgen müßte, um sie vor einer „Fehlentscheidung" zu bewahren. Aber die praktische Erfahrung der Massen in und nach der Demonstration vom 12. Juni ermöglicht schließlich dennoch eine vereinte Vorbereitung des 26. Oktober durch alle wesentlichen Kräfte der Bewegung. Der 12. Juni hat die Anerkennung der Bewegung als politischer Kraft bedeutet und die Stärke des einheitlichen Auftretens vor Augen geführt, der Vorbeimarsch am leblosen AKW am 12. Juni hat aber auch unwillkürlich den Eindruck verstärkt, daß die Verantwortlichen woanders zu finden sind; die Notwendigkeit einer Demonstration zum Bundeskanzleramt und zum Parlament wird schließlich auch dadurch unterstrichen, daß die Regierung eine ausdrückliche „Entscheidung" über Zwentendorf im Parlament, das heißt eine Absegnung der Inbetriebnahme herbeiführen will.

Mehr als 6.000 Menschen vor dem Bundeskanzleramt fordern den nur zwischen Jalousien herausblinzelnden Bundeskanzler auf, sich dem Willen des Volkes zu beugen und dem AKW Zwentendorf einen Riegel vorzuschieben. Kreisky ist nur bereit, Vertreter der Demonstranten zu einem „sachlichen Gespräch in ruhiger Atmosphäre" zu empfangen. Das wird abgelehnt, es sprechen nur sol-

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

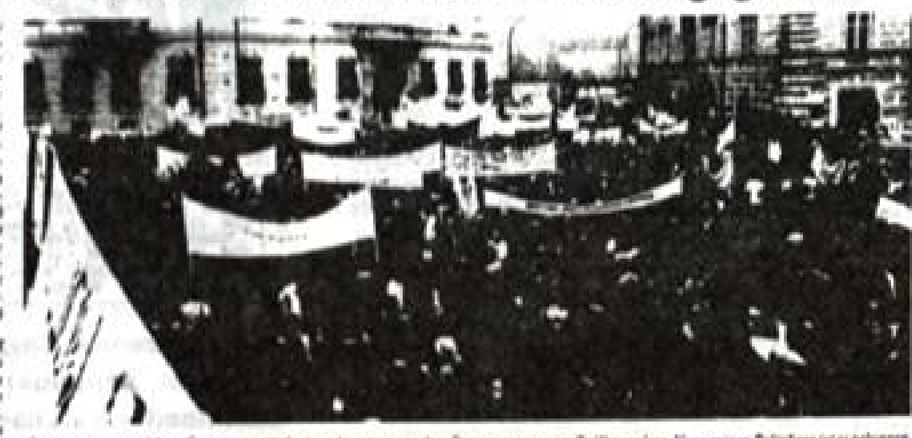
Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b. Nr. 22/2. Jg — 27. Oktober 1977 — Preis S 5,-

26. Oktober:

Kreisky verkriecht sich vor 6.000 Atomkraftwerksgegnern



dem Kanzler Forderungen überbringen und ihn auffordern, dazu sofort und vor allen Versammelten Stellung zunehmen. Kreisky beschimpft gegenüber den Delegierten der Kundgebung die Demonstranten als „Lausbuben", „von Extremisten wie dem Kommunistischen Bund irregeführt" und spricht den Demonstranten jedes Recht ab, im Namen des Volkes zu sprechen. Es gibt große Empörung darüber unter den Demonstranten und in der Öffentlichkeit. Der primitive Spaltungsversuch, die „ehrlichen AKW-Gegner" gegen die „Extremisten wie den Kommunistischen Bund" aufzuhetzen, ist gescheitert. Vielen gehen dagegen jetzt die Augen auf über den Charakter der Politik Kreiskys: Nicht „Kurzsichtigkeit", sondern handfeste Intessen des Monopolkapitals sind für sie bestimmend.

Die Volksbewegung reißt Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien auf — die Regierung flüchtet in die Volksabstimmung

Nach dem 26. Oktober 1977 kommt es unter heftigem Druck und Spaltungsversuchen der Bourgeoisie und der SPÖ-Regierung zu beträchtlichen Krisenerscheinungen und zu Zersetzungstendenzen unter der Anti-AKW-Bewegung. Eine Reihe von Fragen tauchen auf, Teile der Bewegung tragen sich mit Kapitulationsabsichten, Widersprüche brechen offen hervor: Ist nach der Demonstration vom 26. Oktober eine Steigerung des Kampfs noch möglich? War es überhaupt richtig, so schroff gegen die Regierung und den Staat aufzutreten? Sind die „Extremisten", die „Linksradikalen" in der Bewegung schuld, daß die Regierung den Forderungen der „vernünftigen" AKW-Gegner jetzt nicht mehr nachkommen kann? Darf man als Demokrat im Fall eines Parlamentsbeschlusses für AKW trotzdem weiterhin gegen Zwentendorf kämpfen? Der Waldviertler Arbeitskreis gegen Atommüll und einzelne andere Gruppen ziehen sich von der IÖAG zurück. Verschiedene Kräfte aus den unmittelbar betroffenen Gebieten — abgesehen vom Tullnerfeld — neigen wieder dazu, sich nur auf die eigene Region, die Verhinderung des jeweiligen AKW-Projekts oder Müllagerplatzes, zu beschränken und ihr Vertrauen in die Möglichkeit einer Verhinderung der Inbetriebnahme Zwentendorfs schwindet. Andere Teile der Bewegung lassen sich durch die vermeintliche Übermacht des Staates einschüchtern und stecken im Kampf zurück auf bloße Versuche, im Hinblick auf die Parlamentsdebatte über AKW einzelne Polikiker individuell zu überzeugen. Auch bringen sie dem „Hohen Haus" offenkundig zu viel Ehrfurcht entgegen. Schließlich jammern sie über die angebliche Schwäche der Bewegung, weshalb man die IÖAG „öffnen", ihr einen Wasserkopf von „Prominenten" überstülpen und vor allem alle KB-Mitglieder und Sympathisanten aus der IÖAG ausschließen müsse. Diese Bestrebungen, die von Teilen der Bewegung auch auf eigenen fraktionellen Spalterkonferenzen mit streng ausgewähltem „Publikum" beraten wurden, setzten vielfach an tatsächlichen Schwächen der Bewegung an (etwa was den Zusammenschluß mit Wissenschaftlern, Künstlern, Ärzten usw. anbelangt), liefen aber insgesamt darauf hinaus, die Bewegung zu spalten, sie in „mahnende" Anhängsel der bürgerlichen Parteien zu verwandeln, sie zu zerstören. Hätten diese Bestrebungen Erfolg gehabt, wäre die IÖAG zerschlagen worden.

Wie konnte die Bewegung diese akute Krise über winden, die Spaltungspläne zum Scheitern bringen und zu neuen Erfolgen kommen? Nicht durch Kapitulation vor dem Falschen und Schädlichen, sondern durch Festhalten am Richtigen, vor allem dadurch, daß an den gemeinsamen Forderungen festgehalten wurde, daß der Situation entsprechende konkretisierte Forderungen und Losungen aufgestellt wurden, daß der Kampf darum vor allem in Gestalt neuer Massenaktionen und mit zwei Hauptstoßrichtungen fortgesetzt wurde: Einerseits Maßnahmen zur Vorbereitung der praktischen Verhinderung der Inbetriebnahme, andererseits fortgesetzte direkte Attacken gegen Parlament, Regierung und Staat.

Mit dem Versuch der GKT (Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H.) und der staatlichen Behörden, die Brennelemente fürs AKW buchstäblich bei Nacht und Nebel in einer Geheimaktion heranzuschaffen, lieferten sie den besten Zündstoff für neue Protestaktionen, sobald es den AKW-Gegnern einmal gelungen war, durch Ausnützung mehrer Informationsquellen die Geheimpläne ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Am 5. Jänner 1978 meldete der „Klassenkampf", das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, auf seiner Titelseite als erste Zeitung in Österreich: „Es ist soweit: Ab 10. Jänner werden Brennelemente angeliefert — Kein Uran nach Zwentendorf! Keine Inbetriebnahme!"

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Pbb — Preis S 5,- — 5. Jän. 1978 — 3. Jhg. — Nr. 1

Es ist soweit: Ab 10. Jänner werden Brennelemente angeliefert

Kein Uran nach Zwentendorf! Keine Inbetriebnahme!

KEIN URAN NACH ZWENTENDORF! KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW! 4.1.1978

Aus dem Inhalt

Angesichts der von der IÖAG für 18. und 19. Jänner 1978 angekündigten Protestdemonstrationen sagte der „Klassenkampf": „Auch das geplante ‚Parteiengespräch' von SPÖ, ÖVP und FPÖ über Atomkraftwerke am 19. Jänner steht für die Teilnehmer unter keinem guten Stern, wenn gleichzeitig Hunderte und Tausende im selbständigen Kampf allen bürgerlichen Parteien eine Absage erteilen." Und in der Tat: Nachdem am 18.1.1978 mehrere hundert Manifestanten in Linz-Hörsching und in Zwentendorf gegen den Einflug der Brennelemente an Ort und Stelle protestiert hatten, und während am 19.1. in mehreren Städten Österreichs viele Hundert, in Wien über 3.000 Menschen über die Mariahilferstraße demonstrierten, brachen Kreisky

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Pbb — Preis S 5,- — 19. Jänner 1978 — 3. Jahrgang — Nr. 2/78

Das Atomkraftwerksprogramm weiter auf Schritt und Tritt bekämpfen — Einen Großkampftag für die Zeit der Parlamentsdebatte vorbereiten!

„Der Politiker ist berufen, Entscheidungen zu treffen" (Starbacher im Fernsehen, 17.1.1978)

Aus dem Inhalt

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTES FÜR EROL SEVER! SOFORTIGE WIEDEREINREISEGENEHMIGUNG FÜR EROL SEVER!

Artikel auf Seite 9

und Taus ihre Gipfelbesprechung nach einer knappen halben Stunde unter gegenseitigen Beschimpfungen ergebnislos ab. Die Spaltung der bürgerlichen Parteien war in dieser Frage tief wie selten zuvor. Jedoch hatte die Bewegung ihre Krise auch nach diesen Atkionen noch nicht überwunden: soll man gegenüber dem noch bevorstehenden Parlamentsentscheid auftreten? Soll man, darf man, kann man offensiv gegen das Parlament auftreten, sein Entscheidungsrecht in Frage stellen, diese heuchlerische „Demokratie" anprangern? Soll man das Parlament und die von ihm zu erwartende Entscheidung offen angreifen und bekanntgeben, daß man sich nicht an eine solche volksfeindliche Entscheidung halten wird? Und als nächste Frage noch: Wie soll man dabei vorgehen? Die IÖAG-Delegiertenkonferenz vom 4. Februar 1978 handelte hauptsächlich davon, insbesondere auch über eine neue offensive Parole, die dem betrügerischen Parlamentsspektaktel entgegengehalten werden sollte: „Volksabstimmung!" Mangels vorheriger breiter Meinungsbildung in den Gruppen beschloß die Konferenz, eine briefliche Abstimmung über die Aufnahme dieser Parole unter den Delegierten vorzunehmen, nachdem diese sich mit den Aktivisten ihres Ortes und ihrer Gruppe darüber beraten hätten. Gut vier Fünftel der Delegierten stimmten schließlich zu. Keineswegs waren damit alle Differenzen unter den AKW-Gegnern ausgeräumt, noch weniger war damit die Parole unter den Massen bekannt und verankert, genausowenig wie die Regierung vorderhand damit konfrontiert war.

Die Delegiertenkonferenz hatte die Durchführung eines Großaktionswochenendes für 8./9. April in Wien beschlossen. Einige Kräfte aber, denen der Kampf gegen die Regierung und Parlament inzwischen entschieden zu weit ging, darunter auch einige „Superrevolutionäre", sabotierten den Beschluß hartnäckig, eine Reihe von Aktivisten ist unsicher, die Vorbereitungen für das Aktionswochenende zögern sich bedrohlich lange hinaus. Erst nachdem sich in der IÖAG jene Kräfte, die an der Durchführung des Beschlusses der Delegiertenkonferenz festhalten, durchgesetzt haben, ziehen auch die meisten Gruppen am Rande oder außerhalb der IÖAG — wenn auch nur halbherzig — mit. Vor allem diese innere Schwächung bedingte, daß am 9. April 1978 zahlenmäßig weniger als bei früheren zentralen Demonstrationen marschierten — dennoch waren es 4.500 bis 5.000 Teilnehmer, die unter der zentralen Parole „Volksabstimmung über Zwentendorf" über den Wiener Ring zogen. Die Demonstration trug entscheidend dazu bei, die Volksabstimmungsparole innerhalb der Bewegung zu verankern, was wohl ausschlaggebend für die Verbreitung und Verankerung der Parole im weiteren im ganzen Volk war. Weiters waren die erstmals relativ starke Beteiligung von Bauern aus dem Tullnerfeld und von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftern bedeutende Fortschritte. Die herrschende Klasse war von der Parole „Volksabstimmung" offenbar sehr berührt, denn soweit bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen von der Demonstration überhaupt berichteten, verschwiegen sie fast lückenlos und offensichtlich gesteuert die auf der Demonstration erhobene Volksabstimmungsparole. Nicht nur das: Eine in der Nacht vom 8. auf den 9.4.1978 an der Parlamentsmauer angebrachte Aufschrift „Kein AKW — Volksabstimmung" wurde noch am Sonntag früh vor Eintreffen der Demonstration in Windeseile von einem polizeilichen Putzkommando hellgrau übertüncht.

Die Demonstration am 9. April war alles in allem erfolgreich. Maßnahmen zur Reorganisation der IÖAG wurden ergriffen, insbesondere die Umgestaltung des „Initiativ" zu einer wirklichen Massenzeitung. Nach wie vor gab es aber die größten Probleme mit einer klaren einheitlichen und zielstrebigen Vorbereitung

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf **Sondernummer**

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Am 9. April zum Großaktionstag gegen das AKW-Programm der Regierung nach Wien zum Parlament! Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf — Volksabstimmung!

10 Argumente für den Kampf gegen das AKW-Programm der Regierung

Antwort auf die „10 Argumente für Zwentendorf" in der „Solidarität" vom März 1978

Aufruf zur Gewerkschafterkonferenz zur Vorbereitung des Großaktionstages gegen das AKW-Programm : Seite 4

der Aktionen für den Tag der Parlamentsdebatte selbst. Es fand ein erbitterter Stellungskrieg zwischen dem Staat und der Anti-AKW-Bewegung statt. Wer wurde mit seinen Schwierigkeiten besser fertig, wer konnte den Gegner nach wie vor angreifen, wer hielt länger durch? Die Anti-AKW-Bewegung ist siegreich aus diesem zähen Ringen hervorgegangen: Die Regierung selbst sah keinen Weg mehr und mußte das Signal für einen neuen, breiten Aufschwung der Bewegung setzen: In einer sprichwörtlichen Flucht nah vorne beschließen am 28.Juni 1978 im Parlament SPÖ, ÖVP und FPÖ dem Druck nachzugeben und eine Volksabstimmung über Zwentendorf abzuhalten. Obwohl von Anfang 1978 an ein parlamentarischer Unterausschuß monatelang eine Kompromißformel zumindest für einen SPÖ-ÖVP-Beschluß zu Zwentendorf sucht, scheitern auch die letzten hektischen Bemühungen der Regierung: Die Volksbewegung hat durch ihren vereinten, unbeugsamen und lanjährigen Kampf die bürgerlichen Parteien untereinander und im Innern zutiefst gespalten.

Der Sieg in der Volksabstimmung — ein Ergebnis des langjährigen vereinten und unbeugsamen Kampfes

Am 8.Juli 1978 treffen sich in Linz Vertreter so ziemlich aller bekannten AKW-Gegnergruppen aus ganz Österreich, um über die Arbeit bis zur Volksabstimmung zu beraten. Schlagartig hat die Regierung mit dem Beschluß zur Durchführung einer Volksabstimmung alle aktiven Kräfte der Massenbewegung gegen AKW wieder wachgerüttelt und mobilisiert. Obwohl die Linzer Beratung kaum zu weiterreichenden und verbindlichen Festlegungen führt, ist sie der erste Schritt zu einer Aktionseinheit für ein Nein am 5.November, die in den darauffolgenden Wochen und Monaten eine ungeahnte Breite erlangt.

Die „reaktionäre Allianz von Faschisten, ÖVP bis Maoisten": In Wirklichkeit breiteste Aktionseinheit der Massen seit vielen Jahren mit demokratischen Massenkomitees als Kern

Schon sehr früh hat die SPÖ-Regierung versucht, sowohl die AKW-Gegner untereinander auszuspielen und zu spalten, als auch das Ansehen der Bewegung inbesondere unter der Arbeiterklasse herunterzumachen. Beides hat zwar gewisse Früchte getragen, aber letzten Endes sind diese Spaltungs- und Denunzierungsversuche erfolglos geblieben.

Auf welcher Grundlage und durch welche sozialen Kräfte die Komitees und Bürgerinitiativen gegen Zwentendorf und das ganze AKW-Programm zustandekamen, wurde bereits ausgeführt. Der wichtigste Faktor für das Zustandekommen der breitesten Aktionseinheit in dieser Frage war zweifellos der feste und selbständige Zusammenschluß von ein paar Dutzend, später ein paar hundert, schließlich ein paar tausend engagierten Menschen auf der Grundlage richtiger und klarer Forderungen in und um demokratische Komitees und Bürgerinitiativen, die sich zum größten Teil in der IÖAG vereinigten. Die IÖAG und insbesondere die Beschlüsse ihrer gesamtösterreichischen Konferenzen waren für diese Komitees und Bürgerinitiativen, aber darüber hinaus auch für unzählige politische, kulturelle und andere Organisationen bzw. Teile von Organisationen, für das Handeln unzähliger Menschen in ihrem Arbeits- und Lebensbereich wegweisend. Die IÖAG ist zum Motor und Kristallisationspunkt der Bewegung gegen Atomkraftwerke geworden. Die IÖAG konnte diese Bedeutung vor allem deshalb erlangen,

— weil sie nicht mehr Forderungen als Aktionseinheitsgrundlage aufstellte, als für die Erreichung der nächsten Ziele notwendig, nämlich gegen Zwentendorf, gegen weitere Atomkraftwerke in Österreich und an den Grenzen, gegen die Atommüllagerprojekte;

— weil sie eine demokratische Arbeitsweise entwickelte und weil die wichtigsten nächsten Kampfschritte und die Hauptforderungen immer breit diskutiert und meistens auch auf gesamtösterreichischen Konferenzen im großen und ganzen einmütig festgelegt wurden;

— weil sie sich nicht vor den Karren einer der bürgerlichen Parteien spannen ließ, sondern die Selbständigkeit der Bewegung propagierte, und praktizierte und sich auf das Volk stützte und stützen konnte;

— weil sie zur Koordinierung, Weiterführung und Anleitung der laufenden Arbeit seit der Tullner Konferenz im April 1977 einen Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß eingerichtet hat;

— weil mit der Heraugabe der Zeitschrift „Initiativ" (mit bis zu 30.000 Auflage vor der Volksabstimmung) die Ausstrahlungskraft der Argumente udn Aktionsvorschläge der IÖAG entscheidend verbessert wurde.

All das war freilich auch innerhalb der AKW-Gegner teilweise heftig umstritten, aber hat nicht die Praxis letztlich erwiesen, daß die getroffenen Regelungen richtig waren? Nur als Beispiel: Hätte es nicht viele Kräfte ausgeschlossen und auch jeden Einfluß in die Arbeiterschaft verunmöglicht, wenn die IÖAG nicht die Ablehnung Zwentendorfs und anderer konkreter Projekte, sondern die generelle Ablehnung der Nutzung der Kernenergie zu ihrer Plattform erhoben hätte? Wäre nicht die Durchführung zentraler und koordinierter Aktionen wesentlich erschwert, wenn nicht oft unmöglich gemacht, der erfolgreiche Verlauf der gesamtösterreichischen Konferenzen erheblich in Frage gestellt, die Herausgabe der Zeitung wahrscheinlich nie realisiert worden, wenn nicht in Gestalt des Gesamtösterreichischen Koordinationausschusses eine führende Gruppe eingerichtet und deren Tätigkeit und Zusammensetzung immer aufs neue kontrolliert und korrigiert worden wäre? War nicht die Herausgabe des „Initiativ" als mobilisierende Massenzeitung gegenüber dem ursprünglichen Zögern und Zaudern und gegenüber der Einschränkung der Zeitung auf einen kleineren Rahmen und auf rückblickende Betrachtungen ein gewaltiger Schritt vorwärts? Schließlich liegt es heute auf der Hand, wie wichtig das Aufstellen der Forderung nach Volksabstimmung war und wie unbegründet die Angst vieler vor einer Niederlage.

Die Einheit der AKW-Gegner ist mehrmals harten Zerreißproben unterworfen gewesen und die Regierungspartei wie die anderen Parteien haben immer wieder die vorhandenen Widersprüche auszunutzen versucht, um die Front von innen her zu knacken. Sie sind damit nicht durchgekommen. Wenn verschiedene Leute behaupten, es habe sich bei den bestehenden Differenzen innerhalb der Bewegung um solche zwischen den „Linken" und den „Bürgerlichen" gehandelt, und die Herausbildung der „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf" als „bürgerliches Sammelbecken" neben der IÖAG als „linkem Sammelbecken" sei deshalb eine naturnotwendige Entwicklung gewesen, so ist das ganz falsch. Der Hauptgrund für Differenzen und auch Spaltungserscheinungen unter den AKW-Gegnern waren immer wieder die Meinungsverschiedenheiten über den Gegner, die Art und Stoßrichtung, ja die Möglichkeit des weiteren Kampfes, ob man abwarten, dem Staat klein beigeben, vor dem Parlament in Ehrfurcht erschauern, sich mit Bittschriften an die Politiker begnügen soll, oder ab man beharrlich am Zusammenschluß immer größerer Teile des Volkes arbeiten und auf dieser Basis die Politiker zur Rechenschaft ziehen und dem Staat Kompromisse abtrotzen soll bis zur Durchsetzung der gerechten Forderungen. Dies waren die Hauptursachen für die Widersprüche in den Reihen derAKW-Gegner, und in diesen Fragen fanden sich so manche „Linke" unter den Kapitulanten, während so mancher „Bürgerliche" immer wieder erstaunliche Klarsicht und Entschlossenheit bezüglich der nächsten Aufgaben an den Tag legte.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

INBETRIEBNAHME JA ODER NEIN – NUR DAS DARF DER TEXT DER VOLKSABSTIMMUNG SEIN

Die beste Vorbereitung auf die Volksabstimmung im Herbst:

Eine allseitige Offensive gegen das staatliche AKW-Programm einleiten

ZWENTENDORF

VOLKSABSTIMMUNG

Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG)

Der SP-Gesetzesentwurf im

Staribacher zu Probebetrieb und COGEMA-Vertrag

Mit dem Beschluß zur Durchführung einer Volksabstimmung hat die Regierung der Forderung eines beträchtlichen Teils der AKW-Gegner Rechnung getragen, und hat über Nacht wieder so gut wie alle AKW-Gegner fest an einem Strang ziehen lassen und den politischen Rahmen, den Termin, den Orientierungspunkt für eine so breite Aktionseinheit der Massen vorgegeben, wie es sie in Österreich seit Jahren nicht gegeben hat. Mit wechselnder Breite und Intensität der Aktionseinheit gegen das AKW-Programm änderten sich auch die Denunzierungsversuche vor allem der SPÖ-Regierung gegenüber der Massenbewegung: War die Demonstration von 6.000 in Zwentendorf Mitte 1977 vor allem ein belächelter Idealistenhaufen auf einem Volksfest ohne Rückhalt unter der unmittelbar betroffenen Bevölkerung, so waren die 6.000 vor dem Bundeskanzleramt schon „Lausbuben" und „von Extremisten irregeführt". ÖVP-Frau Schmitz, FPÖ und „linke Extremisten" in einer Reihe, auch mit diesem Schreckbild sollte die Arbeiterklasse von einer aktiven Unterstützung und Anteilnahme an der Bewegung abgehalten werden. Aber selbst diese primitive Vernebelungspropaganda konnte letztlich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß ja nicht die AKW-Gegner sich an FPÖ und ÖVP angehängt haben, sondern daß diese Parteien, wiewohl Ende der 60er-Jahre hochaktiv bei der Einleitung des AKW-Programms, sich nun mehr oder weniger stark der Massenbewegung gegen AKW anhängten und sie parteipolitisch auszuschlachten versuchten. Offensichtlich waren die Massenbewegung gegen AKW und die Politik von ÖVP und FPÖ immer zwei Paar Schuhe: Während alle drei Parlamentsparteien im ersten Halbjahr 1978 hinter verschlossenen Türen um eine Kompromißformel für einen Parlamentsbeschluß feilschten, während sich der KPÖ-Chef Muhri und sowjetische Expertendelegationen ob der erwarteten AKW-Geschäfte in Zwentendorf gegenseitig die Türklinken in die Hand drückten, setzte die Massenbewegung beharrlich ihren Kampf fort — gegen die Vorbereitungen zur Inbetriebnahme, gegen den Parlamentsbetrug, für eine Volksabstimmung. Erst als die Volksabstimmung Tatsache war, empfahl die FPÖ ein Nein am 5. November und begann die ÖVP — ausdrücklich ohne eine Empfehlung abzugeben — eine Propaganda, die verschiedentlich die Argumente der AKW-Gegner widerspiegelte. Was ist also mit der „reaktionären Allianz von den Faschisten über die ÖVP bis zu den Maoisten", über die insbesondere die SPÖ-Spitze vor der Volksabstimmung nicht genug verbissen und hysterisch wettern konnte? Eines steht fest: Die Aktionseinheit für ein Nein am 5. November hat an Breite und Aktivität vorhergehende Zusammenschlüsse noch weit in den Schatten gestellt. Kern sowie Dreh- und Angelpunkt dieser Aktionseinheit waren wiederum die selbständigen Massenkomitees der IÖAG und neben ihr die neuentstandene „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf". Aber das waren dennoch nicht mehr als ein paar hundert relativ bewußte und aktive Menschen in ganz Österreich. Wie konnten sie gegen eine derartige politische und ökonomische Übermacht trotz zahlreicher Behinderungen durch die Behörden über eineinhalb Millionen Wahlberechtigte und damit die Mehrheit der Abstimmenden zu einem Nein mobilisieren?

Das war in der Tat nur möglich, weil das AKW-Programm den Interessen des Volkes widerspricht, und weil es gelang, weit über die Kräfte der bereits aktiven AKW-Gegner hinaus unzählige Kräfte und Initiativen im Volk zu wecken, in politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und anderen Organisationen, unter Ärzten, Journalisten, Künstlern, Wissenschaftern, in Betrieben, an Schulen, im Wohnviertel, unter Bekannten.

Und der Sieg in der Volksabstimmung war weiters nur möglich, weil, aufbauend auf der selbständigen Bewegung der Massen, die Widersprüche im Lager des Gegners, insbesondere zwischen den bürgerlichen Parteien geschürt und genützt werden konnten, ohne daß sich die Bewegung diesen Kräften unterworfen hat.

Der jahrelange und selbständige Zusammenschluß der AKW-Gegner war wohl eine notwendige, aber bei weitem nicht ausreichende Vorbedingung für den Sieg in der Volksabstimmung. Erst das Zusammenwirken tausender Initiativen und die Ausweitung und Fortpflanzung der Nein-Front in alle Bereiche hinein, wo immer Menschen zusammen mit anderen arbeiten, leben, lernen, sich kulturell, sportlich, politisch betätigen, sowie

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Auch auf Deine Stimme kommt es an!

Volksabstimmung am 5. November 1978

Ja Nein X

Steyr-Daimler-Puch Konzern:

Entlassungen, Lohnkürzungen

Trotz Millionenpropaganda

Mehrheitliches NEIN möglich!

Regierung will Radikalenerlaß

Eritrea

Arbeitslosenversicherung im Würgegriff des Staates

Aus dem Inhalt:

die schwere Zerrüttung, Zersetzung und Spaltung des gegnerischen Lagers haben den Sieg am 5. November herbeigeführt.

„Die sprichwörtliche Wurschtigkeit des Österreichers allen Fragen des Gemeinwesens gegenüber ist binnen weniger Monate abgefallen. Flugschriften werden da in Eigenregie verfaßt und hektographiert, Politiker bombardiert, am Stammtisch beherrscht das Atom die Bierrunde". (‚Die Presse‚, 28. 10. 78) Ganz besonders wichtig für den Sieg war zweifellos, daß gerade in der SPÖ selbst, in der Regierungspartei, der schon immer vorhandene und glosende Widerstand gegen die AKW-Politik sich in Gestalt der „Sozialisten gegen Zwentendorf" eine Plattform schuf. Vorwürfe und offene Drohungen der Parteispitze konnten diese Initiative nicht aus der Welt schaffen. Zweifellos haben dann am 5. November jene Zehn-, ja Hunderttausende zählenden traditionellen SP-Wähler, die entweder gar nicht zur Abstimmung gingen, oder angespornt durch den Aufruf der „Sozialisten gegen Zwentendorf" — mit Nein stimmten, den Ausschlag gegeben, daß es nicht nur in den betroffenen Gebieten klare Nein-Mehrheiten gab, sondern daß die Volksabstimmung ein doppelter Erfolg wurde, eine Nein-Mehrheit österreichweit gab.

Stimmt es, daß sich die AKW-Gegner, auch jene aus den Reihen der SPÖ, vor den Karren der ÖVP und FPÖ haben spannen lassen? Oder stimmt nicht eher eine solche Einschätzung, wie sie der Chefredakteur der „Presse" am 4. November 1978 zum Besten gab: *„Schwer verletzt liegt auf dem Schlachtfeld aber schließlich auch das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern. . . Wenn sich heute, und vor allem unter den jungen Österreichern, zunehmendes Unbehagen mit den etablierten Parteien bemerkbar macht, sind nicht zuletzt die Winkelzüge der Atompolitik mit schuld."*

Offensichtlich haben nicht die bürgerlichen Parteien die AKW-Gegner ausnützen können, sondern die AKW-Gegner haben die Widersprüche zwischen und innerhalb der bürgerlichen Parteien ausgenützt.

Und die „Aktionseinheit mit Faschisten und Neonazis"? Das ist nichts als eine billige und schmutzige Propagandalüge der SPÖ: Tatsächlich haben sich bei den ersten größeren Demonstrationen der AKW-Gegner vereinzelt neofaschistische Gruppierungen mit Flugblättern unter die Menge gemischt. Wenn es nach der SPÖ-Spitze gegangen wäre, so hätte eben sie es mit ihrer Politik und dann hingenommen, daß Menschen, die berechtigte Sorge um ihre Existenz und Zukunft haben, unter den Einfluß solcher faschistischer Grüppchen kommen. Daß es nicht dazu kam, daß es überhaupt nie eine Aktionseinheit mit ANR oder ähnlichen Grüppchen gab, daß der Einfluß von Faschisten und Neonazis auf die Bewegung gleich null war, das liegt in der Ideologie dieser Gruppen selbst, der jedes selbständige Handeln der Volksmassen und die Demokratie höchst zuwider sind. Es ist dies den demokratischen Massenkomitees sowie fortschrittlichen und revolutionären Organisationen zu verdanken, die die Bewegung nicht als reaktionär und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet verteufelten, sondern die diese Bewegung als fortschrittlich, zutiefst im Interesse der Arbeiterklasse und des Volks gelegen betrachteten und förderten.

Das ist die Grundfrage für die Beurteilung jeder Bewegung und damit auch für die Frage ihrer Unterstützung und Verbreiterung. *„Da verbrüderten sich Christen mit Maoisten, Anarchisten mit ÖVPlern und gewissensstarke Sozialisten mit Ehemaligen von der FPÖ"* (Welt der Arbeit, Dez. 78) — das SPÖ-Fraktionsblatt mag noch so schäumen, aber solche „Verbrüderungen" gegen eine Sache wie das AKW Zwentendorf waren und sind fortschrittlich und dienen den Interessen des Volkes. Zu solchen „Verbrüderungen" sollte und wird es in Zukunft noch viel öfter auch in anderen Fragen kommen, denn ohne vereinten Kampf ist kein Sieg möglich — diese Erfahrungen hat gerade die Arbeiterbewegung schon viel früher gemacht.

Die wirkliche reaktionäre Allianz in punkto Zwentendorf ist auf der Gegenseite angesiedelt, das hat sich die SPÖ-Spitze von ihren eigenen Parteimitgliedern ins Gesicht sagen lassen müssen: *„Zu dem Vorwurf von SP-Seite, die Sozialisten gegen Atomenergie befänden sich in schlechter Gesellschaft, bei Krethi und Plethi, antwortete Blau, andere Sozialisten befänden sich ‚bei Krejci und Plejci' in der Gesellschaft von Sallinger, Mussil, Muhri und der Gesellschaft des etablierten Großkapitals".* (AZ, 4.11.78)

Der Sieg in der Volksabstimmung ist auch ein Sieg des Kommunistischen Bundes Österreichs

Der KB, gegründet im August 1976, unterstützt vom Tag seines Bestehens an den gerechten Kampf gegen das AKW-Programm und hat im Laufe seines Kampfes seine ideologische und politische Linie in dieser Frage ständig weiterentwickelt. Betrachtet man den Werdegang der Bewegung gegen AKW, so fällt die Gründung des KB in eine wichtige Entwicklungsphase der Bewegung. Die Vorzüge einer nationalen Kampforganisation gegenüber den früheren zersplitterten kommunistischen Zirkeln kommen erstmals beim Aktionstag im März 1977 voll zum Tragen, der von allen Ortsgruppen des KB tatkräftig unterstützt und einheitlich vorbereitet wird.

Der KB unterstützt die Forderungen, den Aufbau und die Stärkung der IÖAG, er unterbreitet ausgehend von einer konkreten Einschätzung der Situation und gestützt auf Vorschläge und Anregungen immer wieder Vorschläge für die jeweils nächsten Kampfschritte der AKW-Gegner. Der KB weist vom kommunistischen Standpunkt auf die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen des staatlichen AKW-Programms hin, gibt der Bewegung eine ideologische und politische Rückenstärkung und arbeitet beharrlich in der Arbeiterklasse, um dem Propagandafeuer der SP- und Gewerkschaftsspitzen zu kontern und um speziell die Arbeiter und die anderen Lohnabhängigen in die Front gegen Zwentendorf einzureihen.

Seite 4 Klassenkampf Nr. 12/77, 9. Juni 1977

Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke in Österreich steht vor großen Aufgaben

Die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerks kann verhindert werden

Aus allen diesen Gründen haben der Bundeskanzler und seine Partei in wichtigen Situationen immer wieder durchblicken lassen, wer sie besonders stört, und sie versuchten auch immer wieder, allerdings erfolglos, die Kommunisten von der Masse der AKW-Gegner zu isolieren. Am 26. Oktober behauptete Kreisky gegenüber Vertretern der versammelten Demonstranten, daß der Kommunistische Bund die Demonstration umzufunktionieren versuche. Bei dem Beschluß zur Durchführung der Volksabstimmung Mitte 1978 hat der Kanzler dann allerdings darauf verzichtet, bekanntzugeben, daß diese als aktuelle Forderung auf einen Vorschlag des KB an die IÖAG-Delegiertenkonferenz im Februar desselben Jahres zurückgeht, sondern sie als seine eigene Idee reklamiert.

Dafür hat Kreisky dann auf einer Pressekonferenz einen Tag nach der Volksabstimmung etwas von „diesem Bund da, nicht die KPÖ, dieser Kommunistische Bund da" gebrummt, was in den meisten Zeitungen allerdings gar nicht, im „Kurier" vom 7.11.78 nur folgendermaßen umschrieben wiedergegeben wurde: „Härtere Gangart des Kanzlers hingegen zu den neuesten Forderungen der Kernkraftwerksgegner nach Rückführung der Brennstäbe und Aussteigen aus dem Cogema-Vertrag: Diese Forderungen kämen von ‚extremen Linken', im übrigen gehörten die Brennstäbe nicht der Regierung, sondern dem Werk". Drei Tage später beschloß übrigens der Vorstand der GKT einige dieser „linksextremen Forderungen", die von der IÖAG und dann auch von der „ARGE Nein" erhoben worden waren.

Wenn der Kommunistische Bund Österreichs den Sieg in der Volksabstimmung auch als Bestätigung für die Richtigkeit seiner Politik versteht, so heißt das nicht, daß diese Politik immer völlig richtig war und es aus negativen wie positiven Erfahrungen nichts zu lernen gäbe. Insbesondere für die Arbeit der Kommunisten zur Herstellung der Aktionseinheit der Massen, in gewerkschaftlichen, politischen und anderen Organisationen, in Betrieben, Schulen, in Komitees usw. hat der Kampf gegen das AKW-Programm wichtige Erfahrungen gebracht. Alle Fehler, die von uns auf den verschiedenen Ebenen der Organisation gemacht wurden, mußten umso schwerer wiegen, als der Kommunistische Bund Österreichs, durch seine von Anfang an enge Verbindung mit der Bewegung und durch sein sehr starkes Engagement in diesem Kampf alle wichtigen Stationen der Entwicklung der IÖAG und die Orientierung der Bewegung auf die jeweils nächsten Kampfschritte mehr oder weniger stark beeinflußt hat (siehe dazu die Zusammenstellung einiger wichtiger Nummern des „Klassenkampf"). Sei es die Gründung der IÖAG und die Festlegung ihrer Forderungen, sei es die Einrichtung eines Gesamtösterreichischen Koordinationsausschusses, sei es die Herausgabe einer Zeitung der IÖAG, sei es die Weiterentwicklung des „Initiativ" aus einem halbinternen Blättchen zur Massenzeitung, sei es die Sternfahrt im Juni, die Demonstration am Nationalfeiertag 1977, sei es die Initiierung der Gewerkschaftsarbeit der IÖAG (die allerdings auch von uns selbst seit Frühjahr 1978 vernachlässigt wurde), sei es die Aufstellung und Durchsetzung der Forderung nach einer Volksabstimmung Anfang 1978, sei es beim Festhalten an der Einheit der Bewegung bei gleichzeitigem Kampf gegen Kapitulation und Spalterei, in diesen und vielen anderen Fragen hatte zuerst der KB entsprechende konkrete Vorschläge an die Bewegung gemacht bzw. unterstützte er massiv solche Positionen und Vorschläge innerhalb der Bewegung. Unvermeidlich gab und gibt es vor jeder Entscheidung auch Differenzen in der Bewegung. Daß dabei seitens des KB und seiner Genossen zwar immer wieder sektiererische Fehler gemacht wurden, diese aber im allgemeinen nicht überwogen, läßt sich am besten daran ablesen, daß auf den gesamtösterreichischen Delegiertenkonferenzen der IÖAG die meisten der wichtigen, wegweisenden Beschlüsse trotz anfänglicher Uneinigkeit einstimmig oder zumindest mit übergroßer Mehrheit gefaßt wurden (siehe Zusammenstellung der IÖAG-Delegiertenkonferenzen).

Zeittafel: Konferenzen der IÖAG

Mai 1976

In Enns treffen sich Vertreter von AKW-Gegnergruppen aus Oberösterreich, Salzburg, Wien, Vorarlberg und Kärnten, um erstmals über ein gemeinsames Vorgehen der österreichischen AKW-Gegner zu beraten, was angesichts der angekündigten „Aufklärungskampagne" der Regierung und des Baufortschritts in Zwentendorf dringend notwendig erscheint. Die Gruppen beschließen die erste gemeinsame Erklärung der INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER und beauftragen ein Redaktionskomitee mit der Zusammenstellung einer Broschüre, in der der Standpunkt und die Forderungen der IÖAG dargelegt werden.

September 1976

Konferenz der IÖAG in Salzburg. In einer Resolution legt die IÖAG ihre Haltung zur geplanten „Aufklärungskampagne" fest. Sie beschließt, am 13.10., dem Vorabend der ersten Regierungsveranstaltung, in ganz Österreich Protestversammlungen durchzuführen und gibt ein gemeinsames Plakat heraus: „Unsere Gesundheit steht an letzter Stelle..."

8.12.1976

Konferenz der IÖAG in Salzburg (36 Teilnehmer aus 8 Bundesländer). Beschlossen wird unter anderem ein gesamtösterreichischer Aktionstag für den 24.3. (Tag der letzten Regierungsveranstaltung). Weiters beschließt die IÖAG, an einer „2. Phase der Aufklärungskampagne" nur unter der Bedingung teilzunehmen, daß sich die verantwortlichen Politiker der Diskussion stellen und diese Veranstaltungen öffentlich sind.

16.4.1977:

Delegiertenkonferenz der IÖAG in Tulln. 25 Delegierte, und zwar vom Arbeitskreis Atomenergie Wien (Vorläuferorganisation der Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke), WSL-Wien, Biag-Wien, Bund für Volksgesundheit, AKW-Gegnergruppen Wien-Großfeldsiedlung, Klosterneuburg, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg, Arbeitskreis Linz, Biag Linz-Enns, Biga Graz und WSL Vorarlberg rufen einhellig zu einer gesamtösterreichischen Sternfahrt für den 12.6.1977 nach Zwentendorf auf. Die Delegierten wählen erstmals einen gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß, der für die Durchführung der Konferenzbeschlüsse und die Herausgabe der zentralen Publikationen verantwortlich ist.

2.7.1977

IÖAG-Delegiertenkonferenz in Droß/NÖ. AKW-Gegnergruppen aus dem Waldviertel, Schärding, Vorchdorf, Bogenhofen, Mödling, Korneuburg, Sieghartskirchen, Kufstein, Knittelfeld und die „Mütter gegen Atomkraftwerke" schließen sich der IÖAG an und erhalten Delegiertenstimmen. Einstimmig rufen die Delegierten zu einer gesamtösterreichischen Demonstration zum Bundeskanzleramt am Nationalfeiertag auf. Gleichzeitig werden Vorbereitungen getroffen, um einer eventuellen Anlieferung der Uran-Brennstäbe entgegenzutreten.

1.10.1977

IÖAG-Konferenz in Linz. Detaillierte Festlegungen für die Demonstration am 26.10., Neuaufnahme der BI Tulln.

4.2.1978:

IÖAG-Konferenz in Wien: Mit 24:9:5 Stimmen beschließt die Konferenz angesichts des immer näherrückenden „Parlamentsentscheids" ein Großaktionswochenende für den 8./9.4.1978. Weit über zwei Drittel der Delegierten fordern im Zuge der nachträglichen brieflichen Abstimmung eine VOLKSABSTIMMUNG über die Inbetriebnahme Zwentendorfs. Neuaufnahme: AKW-Gegner Gmunden.

6./7.5.1978:

IÖAG-Konferenz in Salzburg: Einhelliger Aufruf zu Aktionen am Tag der Parlamentsdebatte.

17.9.1978:

IÖAG-Konferenz in Salzburg, Beratung und Festlegungen für die letzten Wochen der Volksabstimmungskampagne.

18./19.11.1978:

Da die Regierung nicht die notwendigen Konsequenzen aus der Volksabstimmung zieht, beschließen die Delegierten einen neuerlichen Großaktionstag für den 19.1.1979. Neuaufnahmen: AKW-Gegnergruppen St. Pölten, Krems, Neunkirchen, Technische Fakultät der Universität Innsbruck, Ärzte gegen AKW.



Am 19. Jänner: Aktionen gegen Zwentendorf!



Funde aus Ephesos in der Antikensammlung des Kunsthistorischen Museums in Wien

Im vergangenen Jahr gab es drei Höhepunkte der österreichischen Ausgrabungs- und Forschungstätigkeit in Ephesos. Erstens wurde in Ephesos selbst die Fassade der „Celsusbibliothek", eines Bauwerks aus der römischen Kaiserzeit, aufgebaut. Zweitens ist ein Buch „Ephesos, Weltstadt der Antike" erschienen, das den Versuch unternimmt, *„textlich und photographisch ein alle Aspekt umfassendes Bild der Metropole ... zu zeichnen"*. Drittens wurde in der Neuen Hofburg in Wien das Ephesos-Museum eröffnet als Dauerausstellung (bisher hatte es nur verschiedene Provisorien gegeben). *„Es entstand ein Museum, das – allein von der Fülle und Qualität des gebotenen Materials gesehen – zweifellos zu den bedeutendsten seiner Art gehört,"* schreibt der Direktor der Wiener Antikensammlung selbst.

1. Die Finanzierung

Für die finanzielle Unterstützung bei der Errichtung des Ephesos-Museums bedankt sich die Direktion des Museums bei: Gebr. Böhler & Co.AG, Wiener Börsenkammer, Creditanstalt-Bankverein, Österreichisches Credit-Institut AG, Dkfm. H.Edlinger, Elektrobau AG Linz, Österreichische Länderbank, Oberösterreichische Landesregierung, Österreichische Nationalbank, Senator Dipl. Ing. A.Prskawetz, Österreichische Volksbanken AG, Oberösterreichische Volkskreditbank, Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft in Winterthur. Zum Dipl.Ing. Prskawetz ist anzumerken, daß er der Schwiegersohn des Dipl.Ing. Dr.Adalbert Kallinger, Chef des gleichnamigen Wiener Bauunternehmen ist. Die Firma Kallinger ist der breiten Öffentlichkeit als Abbruchunternehmen bekannt. Vielleicht gibt es da einen tieferen Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in Ephesos beim Aufbau der Fassade der „Celsus-Bibliothek". Bei den meisten Geldgebern (Mäzenen) handelt es sich um Einrichtungen und Unternehmungen des österreichischen Finanzkapitals oder des Staats. Da die österreichische Bourgeoisie (so wie die ausländische) kein Geld zu verschenken hat (sie braucht es in der Konkurrenz), ist nach ihren Beweggründen zu fragen. Zum besseren Verständnis sollen vorher noch einige andere Fragen behandelt werden.



2. Die Entstehung des Ephesos-Museums

Das Haupthaus des Kunsthistorischen Museums, 1891 eröffnet, hat für die zahlreichen großformatigen Objekte keine geeigneten Räume zur Verfügung. Die Funde wurden zeitweise im Theseustempel im Volksgarten, zeitweise im Unteren Belvedere in Wien ausgestellt. Seit 1947 standen einige große Stücke in der Vorhalle des Völkermuseums in der Neuen Hofburg (der Hofburgtrakt war 1881 begonnen worden, der Plan eines großen „Kaiserforums" wurde mit dem Ersten Weltkrieg eingestellt, ab 1920 begann die Umgestaltung des Baues in Museen).

Das Gebäude der Neuen Hofburg ist in historisierendem Stil errichtet worden, die Architektur der Räume, in denen die Ausstellung untergebracht ist, leitet sich direkt und indirekt von den Kunststilen her, in denen die Ausstellungsobjekte entstanden sind. So wird in der Ausstellung ein Zusammenhang zwischen der Antike und der Zeit vor den Ersten Weltkrieg sichtbar, der uns schließlich einige Zusammenhänge besser erkennen lassen wird.

Die Einrichtung der Ephesos-Sammlung verlangte nicht nur die Lösung größerer technischer Schwierigkeiten (einige Stücke wiegen mehrere Tonnen), sondern auch organisatorische Probleme. *„Die durch das Bundesheer schadens- und unfallfrei durchgeführten Verlagerungsarbeiten erbrachten einerseits beachtliche finanzielle Einsparungen an öffentlichen Mitteln, andererseits war die Aktion für die Luftschutztruppenschule eine Bergungsübung . . . zum Schutz von Kulturgütern im Falle bewaffneter Konflikte, eine Aktion, die auch aus internationaler Sicht als einzigartiger Modellfall beurteilt werden kann"*, heißt es interessanterweise im Katalog der Ausstellung.



Die wiederaufgebaute Fassade der Celsus-Bibliothek im Mai 1978. Unten rechts ein Schild der Baufirma Kallinger.

3. Stadtgeschichte von Ephesos

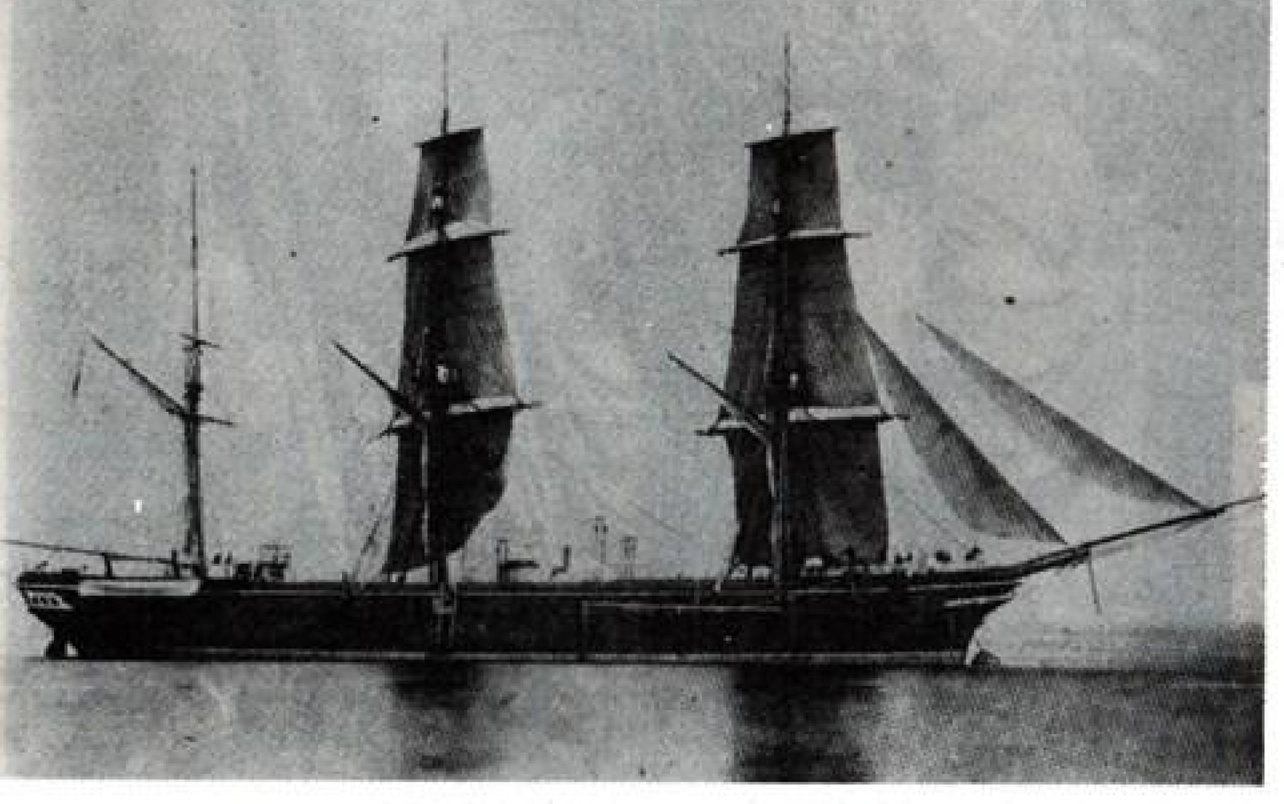
Eine alte Siedlung an der Ostküste der Ägäis wurde um 1000 vor Christus von den Griechen „übernommen", da sie als Hafen von Bedeutung war. Nach wechselnder Herrschaft „übernahmen" die Perser um 550 v.Chr. die Stadt. Um 500 v.Chr. wirkte der große Philosoph Heraklith, ein Vertreter der Dialektik. In den Perserkriegen befreite sich Ephesos 480 v.Chr. mit den anderen kleinasiatischen Griechen. Um 350 v.Chr. wurde der weltberühmte Artemis-Tempel von einem Geltungssüchtigen angezündet. Um 300 v.Chr. geriet die Stadt unter die Herrschaft eines Nachfolgers von Alexander dem Großen und um 130 v.Chr. unter die Herrschaft der Römer.

Im Katalog heißt es: (Als die römische Herrschaft angefochten wurde, unterstützten die Epheser Rom) *„Ephesos war diesmal auf der richtigen Seite gestanden und hatte auch seinen Teil zum römischen Sieg beigetragen. Der Lohn blieb nicht aus; Geldnot und Verschuldung wichen, italische Kaufleute strömten ins Land, der Lebensstandard stieg; damit begann aber auch eine hemmungslose Ausbeutung durch die von Rom bestellten Steuerpächter; aus Unwillen wurde Haß gegen alles Römische."* Das läßt durchaus die Frage zu, können wir Bewohner der Metropole Wien an der Donau aus der Geschichte von Ephesos (Der Metropole am Fluß Kaystros) lernen, und zwar was? Als König Mithridates, ein Zeitgenosse der Spartakus, gegen die Römer Krieg führte, ergriff Ephesos seine Partei, „alle lateinisch sprechenden Bewohner der Stadt" wurden ermordet (Katalog), nachdem die Römer die Stadt zurückerobert hatten, hielten sie ein furchtbares Strafgericht. Diesmal stand Ephesos offenbar nicht „auf der richtigen Seite". Dennoch: die römischen Kaiser begünstigten bald die Stadt, aus dem Tempelschatz und dem Tempelmarkt kristallisierte sich eine Bank, „eine der bedeutendsten der Welt" (Katalog), während weitverzweigte Handelsbeziehungen und aufstrebende Industrie (in der Antike große Handwerkliche Betriebe) „die Wohlhabenheit zu einem ungewohnten Reichtum anwachsen" ließen. In dieser Römerzeit werden die Werke berühmter griechischer Bildhauer vielfach kopiert, Ephesos wird ein Zentrum dafür. Mit dem beginnenden Niedergang des römischen Imperiums im 3. Jahrhundert n.Chr. gehts auch mit der Stadt bergab. Im 5. Jh. nimmt Ephesos noch einen kurzen Aufschwung in den Dogmen-Streitigkeiten des frühen Christentums. Da aber in dieser Zeit der Hafen endgültig versandet, sinkt die Stadt bald zur Bedeutungslosigkeit herab. Nach wechselnden Herrschaften wird die Stadt um 1430 türkisch und bleibt es. Das heutige Ruinenfeld liegt bei der Stadt Ayasoluk-Selçuk.

Zur Zeit ihrer Hochblüte hatte die Stadt etwa 300.000 Einwohner. Von den Wohnhäusern wurde bisher äußerst wenig ausgegraben. Erforscht wurden vor allem öffentliche Bauten.

4. Die österreichischen Ausgrabungen und wie die Funde nach Wien gelangten

Nachdem sich die Wogen des russisch-türkischen Krieges von 1877/78 sozusagen „gelegt" hatten (d.h. die den Türken abgenommene „Beute" auf dem Berliner Kongreß „gerecht" aufgeteilt wurde, wobei Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina „zufiel"), konnten die vor diesem Krieg auf der Insel Samothrake begonnenen Ausgrabungen ab 1895 in Ephesos fortgesetzt werden. Finanziert wurden sie von einem Mautner-Markhof. *„Kluger Diplomatie und der im Augenblick günstigen politischen Lage zu danken, daß die wertvollsten Funde nach Österreich ausgeführt werden durften"*. Zwischen 1896 und 1907 wurden sieben Transporte, als Geschenke Sultan Abdul Hamids II. an Kaiser Franz Josef I., nach Österreich gebracht. Diesem Kunstraub in großem Stil und Ausmaß trat bereits 1899 der Generaldirektor des Ottomanischen Antiken-Museums in Istanbul, Hamdi Bey, entgegen. Mit dem Sturz des Sultans 1908 erlosch auch dessen Ausfuhrerlaubnis endgültig, die bereits 1907 durch ein neues Gesetz verboten worden war. Das neue Gesetz ermächtigte Hamdi Bey zur Untersagung weiterer Grabungen. Er verband eine weitere Grabungserlaubnis mit der Forderung nach Rückführung **sämtlicher** nach Wien gebrachten Objekte! Erst 1911 gelang es den Österreichischen Ausgräbern, mit dem Nachfolger Hamdi Beys einen Kompromiß auszuhandeln. Befürwortet vom damaligen Direktor der Antikensammlung Schrader, „der die beachtenswerte Meinung vertrat, gegenüber dem Wert wissenschaftlicher Ergebnisse aus weiteren Grabungen müsse der Besitz einiger Skulpturen zurückstehen", bewilligte Franz Josef I. die Rückgabe von 7 Marmorskulpturen. Seit damals werden die österreichischen Grabungen in Ephesos, nur von zwei Weltkriegen unterbrochen, fortgesetzt. Der heute ausgestellte Kunstschatz ist also uns „erhalten" geblieben. Die Werke gehören dennoch nach unserer Meinung den Erben der antiken Kulturen in Kleinasien, den Völkern der Türkei. Sie sollen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und studiert werden, Überlegungen für ihre Rückführung sollten angestellt und der Öffentlichkeit vorgelegt werden.



De Corvette „Frundsberg" der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine diente im Jahr 1875 als „Expeditionsschiff" zur Verschleppung von Kunstschätzen aus der Türkei

5. Die Ausstellung

Sie umfaßt im ganzen über 270 Stücke verschiedener Größe und verschiedener Bedeutung. Zwei Werke stechen hervor: der Bronzejüngling und die Marmorplatten mit den Reliefs des Partherdenkmals.

Der Bronzejüngling, die lebensgroße Statue eines Athleten, ist eine vermutlich römische Kopie eines griechischen Originals aus der Zeit um 330 v.Chr., der Zeit Alexander des Großen. Sie stellt einen Athleten nach dem Wettkampf da, der ein (nicht vorhandenes) Werkzeug/Gerät in den Händen hält. Die Statue zeigt ein Idealbild, eine Verbindung von körperlicher und geistiger Herrschaft über sich selbst und damit über die Natur, was die Griechen als Verbindung von Widersprüchen für harmonisch (= schön) hielten. Die Figur ist von starkem Bezug auf die Wirklichkeit, als des menschlichen Körpers und des Geistes in ihm, geprägt. Sie zeigt keine rohen, unverarbeiteten Details, keinen Schematismus der Darstellung (als Übernahme von anderen Werken). Besondere Erwähnung soll noch die Kunst der Restauratoren finden, die sie aus 234 Bruchstücken wieder zusammensetzten. Mit Recht nimmt die Statue in der Aufstellung und Gliederung der Ausstellung einen bedeutenden Platz ein. (Katalog Nr. 129).

Die lebensgroßen Marmorreliefs des Parther-Denkmals sind eine Kaiser-Huldigung aus der Zeit des Marc Aurel, um 160 n.Chr. Ein Teil der Platten zeigt den Staatsakt der Adoption des Nachfolgers durch den Kaiser, der zweite Teil zeigt die Schlacht der siegreichen Römer gegen die Parther, der dritte Teil die Personifikationen bedeutender römischer



Statue eines Athleten, Bronze, 192 cm hoch, gefunden 1896

Städte rund ums Mittelmeer und den Kaiser als Kriegsgott Mars, seine Auffahrt in den Götterhimmel und wie er dort thront. Die Reliefplatten von etwa 2m Höhe waren vermutlich an den Außenseiten eines monumentalen Opferaltares rechteckiger Form, 20m auf 20m, angebracht. Der Wirklichkeitsbezug der einzelnen Figurengruppen ist verschieden schwach, im großen und ganzen ziemlich schematisch, teilweise von roher Eindringlichkeit. Technisch ist das Werk gegenüber älteren Werken ungekonnt, ein allgemeines Kennzeichen der Zeit, die die Quantität höher schätzte als die Qualität. Seine Bedeutung liegt in gesellschaftlicher und kultureller Richtung als Beweisstück für den Kaiserkult und seine Form.

6. Das Interesse der Bourgeoisie an der Antike

Mit dem ausgehenden Mittelalter, dem Herabkommen der auf Grundherrschaft aufgebauten Gesellschaft in Europa, steigt das Bürgertum in den Städten empor. Seiner zunehmenden wirtschaftlichen Macht galt es auch, eine „neue", bürgerliche Ideologie als Krone aufzusetzen, als Hilfsmittel in den Kämpfen um die für den weiteren Fortschritt nötigen Freiheiten. In den oberitalienischen Städten, vor allem in Florenz, wurde dies durch die Wiederentdeckung der eigenen glorreichen Vergangenheit, der römischen Antike, mächtig gefördert. Der Prozeß wurde als „Wiedergeburt" bezeichnet und erhielt später den Namen „Renaissance". Mit der Erforschung der Antike ergab sich eine Zweiteilung. Einerseits in die Anhänger der Republik und der Demokratie, andrerseits in die des Kaisertums. Dieser Widerspruch entwickelte sich in der ganzen bürgerlichen Epoche. Seine stufenweise Lösung fand und findet dieser Widerspruch in den bürgerlichen, nationalen und sozialistischen Revolutionen. Das Interesse der Österreichischen Bourgeoisie vor hundert Jahren, vor Eintritt in die Epoche des Imperialismus, hatte bei seiner ganzen Brutalität der „Aneignung" auch auf künstlerischen Gebiet, fortschrittlichen Charakter. Heute ist von diesem Fortschritt nichts mehr vorhanden (es sei denn, die österreichische imperialistische Bourgeoisie verliert durch die Bedrohung Österreichs durch eine Supermacht soviel, daß sie für kurz auf die nationale Unabhängigkeit setzen muß). Von daher sind auch die Wohltaten eines Kallinger für die türkische Öffentlichkeit zu verstehen: wenn die imperialistische österreichische Bourgeoisie schon nicht mehr mit der Türkei umspringen kann wie eine der beiden Supermächte (und auch die können es immer weniger), dann soll wenigstens die Wohltat Zinsen tragen. Nach einer einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung läßt sich deren Werbewirksamkeit für den österreichischen Waren-und Kapitalexport in die Türkei als äußerst hoch veranschlagen. War es also ein Fortschritt, daß die Kunstschätze der Habsburger nach 1918 verstaatlicht wurden, bedeutet es heute Reaktion, sie zu behalten (dem österreichischen Volk, den Werktätigen und der Arbeiterklasse haben sie seit 1918 ohnehin nur „formal" gehört). Über das Interesse der Habsburger an solchen Kunstschätzen braucht weiter nicht viel gesagt zu werden. Ihr Interesse am römischen Kaiserkult, ihre Identifizierung mit römischen Kaisern liegt offen zutage. Außerdem ist es historisch erledigt. Der unterbrochene Bau der Neuen Hofburg zeigt das.

Zum Abschluß ist noch anzumerken, daß weder die Ausstellung noch der Ausstellungskatalog ein Ansatzpunkt für eine fortschrittliche Betrachtungsweise geben. Gemacht für „gebildete" Laien (= Nichtkunsthistoriker) und für Fachleute, bleiben sie - außer einer gepflegten Aufmachung - der Volksbildung so gut wie alles schuldig. Dazu tragen noch die Öffnungszeiten (Mo-Fr 10-15 Uhr, Sa und So 9-13 Uhr) des Museums, der Eintrittspreis (S 20, der Preis des Katalogs 170,-) und seine Formulierungen bei. Das Buch „Ephesos - Weltstadt der Antike" kostest übrigens 800,-!!. Unsere Aufgabe müßte sein, das Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes an Kultur und Geschichte (von der Bourgeoisie systematisch verschüttet und verhunzt) zuwecken, wozu die Ausstellung „Funde aus Ephesos" reichen Anlass gibt.

Die römischen Kaiser Hadrian (rechts), daneben Antoninus Pius, dahinter (ganz links) der siebzehnjährige Marc Aurel, vorne der achtjährige Lucius Verus.